

Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung

Pegida im Spiegel der Medien

Vom „bürgerlichen Protest“ zur „Bedrohung von rechts“

Eine Studie des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung,
durchgeführt von Paul Bey, Mark Haarfeldt, Johannes Richter und Regina Wamper,
gefördert durch die Otto Brenner Stiftung.

Duisburg 2016

Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung
Siegstraße 15, 47051 Duisburg
0203-20249
info@diss-duisburg.de
www.diss-duisburg.de



Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	5
Pegida in der Wissenschaft.....	6
Methode.....	8
Definitionen.....	10
Völkischer Nationalismus und extreme Rechte.....	10
Spektren der extremen Rechten.....	11
Rassismus.....	13
Antimuslimischer Rassismus.....	14
Kontexte.....	15
„Der Arabische Frühling“.....	15
Die Mahnwachen.....	17
Die Identitäre Bewegung.....	18
Hooligans gegen Salafisten.....	20
Der gesellschaftliche Umgang mit der extremen Rechten.....	22
Geschichte und Struktur von Pegida bis Ende 2015.....	25
Nationale und internationale Ableger.....	28
Ablauf des „Spazierganges“ in Dresden.....	29
Politische Themen.....	31
Islamisierung.....	31
Sozialer Protest.....	32
Russland und die „Lügenpresse“.....	33
Politische Einordnung.....	34
Das Untersuchungsmaterial.....	36
Pegida im Spiegel der FAZ.....	38
Vom Aufkommen Pegidas bis zu den Anschlägen in Paris im Januar 2015.....	38
... bis zum Bachmann-Hitler Selfie.....	42
... bis zu den Ausschreitungen in Heidenau im August 2015.....	45
...bis zum Jahresende.....	51
Vom „Bürgertum“ zum „Pack“.....	53
Pegida in der Süddeutschen Zeitung.....	55
Gründung und Etablierung von Pegida.....	55
Die Anschläge in Paris und die Spaltung Pegidas.....	58
Pegida im medialen Sommerloch.....	62
Pegida-Jahrestag, Erstarkung und Radikalisierung.....	63

Fazit.....	66
Die Berichterstattung zu Pegida in der Sächsischen Zeitung.....	68
Anfangs- und Orientierungsphase von Pegida: Entstehung bis Sternmarsch..	68
Gesprächs- und Dialogphase: Sternmarsch bis Spaltung.....	70
Radikalisierungsphase: Spaltung bis Jahrestag.....	75
Ordnungsphase: Geburtstag bis Jahresende.....	79
Fazit – Wissen im Pegida-Kernland.....	83
Die Mitte sind wir. Das Sagbarkeitsfeld zu Pegida.....	85
Fazit und Ausblick.....	89
Literaturverzeichnis.....	92

Einleitung

Im Oktober 2014 versammelten sich scheinbar wie aus dem Nichts „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) in Dresden, um gegen eine vermeintliche „Islamisierung“ zu demonstrieren. Obwohl der erste selbsternannte „Spaziergang“ noch eher an das im Sommer aufgetauchte Netzwerk der „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) erinnerte, konnten die montäglichen Aufmärsche von Pegida schon Wochen später tausende TeilnehmerInnen verzeichnen und erzielten eine hohe Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Pegida entwickelte sich zu einem Phänomen, das durch eine permanente Präsenz und hohe Mobilisierungskraft gekennzeichnet ist. In der politischen Öffentlichkeit führte die politische Einordnung von Beginn an zu Kontroversen, auch deshalb, weil Pegida sich als Netzwerk abseits des traditionellen Parteiensystems positionierte. Vor allem in Dresden wurde eine Ablehnung von geflüchteten Menschen betont und damit eine Position formuliert, die sich scheinbar von den etablierten Parteien und Medien abhob. Damit stieß Pegida eine Debatte an, die weitreichende Folgen für die politische Kultur in Deutschland hatte. Das Netzwerk war über mehrere Wochen ein zentrales Thema in den Medien. Seine politische Einordnung war dabei nicht in erster Linie Gegenstand der Politikwissenschaft, sondern beschäftigte einen Großteil der Gesellschaft.

Zentral waren die Fragen, wie Pegida in die politische Landschaft einzuordnen sei und welche Forderungen dem demokratischen Grundsatz entsprechen würden. In Hinblick auf die gesellschaftliche Herausforderung, in kurzer Zeit mehrere hunderttausend geflüchtete Menschen in Deutschland aufzunehmen, vertrat neben der AfD vor allem Pegida die Position einer strikten Reglementierung von Einwanderung. Pegida offenbarte damit eine politische Sichtweise, die gesellschaftliche Prozesse mit kulturalistischen und rassistischen Inhalten unterfütterte. Mit diesen Positionen konnte Pegida auch an den politischen Mainstream anschließen.

Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit den politischen Inhalten Pegidas und ihrer medialen Rezeption. In den Medien wurde Pegida eingeordnet und bewertet. Um dominante Charakterisierungen, Bewertungen und Interpretationen des Phänomens herauszustellen, sollen die Tageszeitungen Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Süddeutsche Zeitung (SZ) und Sächsische Zeitung (SäZ) einer Kritischen Diskursanalyse zugeführt werden. Es geht dabei um die Frage, in welchen gesellschaftspolitischen Debatten Pegida erwähnt wurde, welche Auf-

merksamkeit man dem Phänomen zukommen ließ und vor allem, wie sich diese Aufmerksamkeit ausdrückte. Die Untersuchung soll Aufschluss über den Umgang mit einem extrem rechten Zusammenschluss geben, der mehr Fragen als Antworten in der politischen Landschaft Deutschlands entstehen ließ, wohl auch, weil er sich der bis dato gängigen Inszenierungen der extremen Rechten entzog. Der diskursanalytische Ansatz kann so auch die gesellschaftliche Wirkung von Pegida erfassen und fragt gleichzeitig nach einer möglichen Wechselseitigkeit zwischen politischen AkteurInnen und Medien.

Pegida in der Wissenschaft

Das Phänomen Pegida wirbelte im Herbst 2014 auch die Debatten der Protestforschung und der Forschung zu sozialen Bewegungen auf. SozialwissenschaftlerInnen versuchten vor allem die Motivation und Gründe der TeilnehmerInnen zu eruieren, um Pegida im politischen Horizont einzuordnen und Ursachen für die „Protesthaltung“ zu benennen.

Dabei ist festzustellen, dass Pegida selbst erfahrene ForscherInnen mit ihren altbewährten Forschungsmethoden an ein Limit¹ gebracht hat und bis zum Jahresende 2015 zeigte sich eine relative Unschärfe in der Analyse der AnhängerInnenenschaft von Pegida. Der wissenschaftliche Diskurs konzentrierte sich auf die TeilnehmerInnen und AnhängerInnen von Pegida und weniger auf diskursive Effekte oder gesellschaftliche Auswirkungen der rassistischen Proteste. Für die Analyse der Teilnehmenden wurde auf verschiedene Methoden der empirischen Sozialforschung zurückgegriffen und so standardisierte Befragungen, Gruppeninterviews und Beobachtungen kombiniert. Dabei unterschieden sich die Studien weniger im wissenschaftlichen Ansatz, als vielmehr in der Forschungsperspektive² und interpretierten ähnliche Ergebnisse unterschiedlich. Einige reflektierten ihre Schwierigkeiten oder setzten ein Fragezeichen³ ans Ende ihrer Studie, um so zu verdeutlichen, dass ein endgültiger Befund nicht erzielt wurde. In einigen Studien wurden die Schlussfolgerungen mit politischen Empfehlungen

¹ Vgl. Rucht, Dieter et al: Protestforschung am Limit: Eine soziologische Annäherung an Pegida, Berlin, 2015.

² Unter Forschungsperspektiven sollen hier im Folgenden die erkenntnistheoretischen sowie begrifflich-theoretischen Grundlagen verstanden werden, welche im besonderen Maße Forschungsfragen und Deutungen prägen. Vgl. Bührmann, Andrea / Schneider, Werner: Vom Diskurs zum Dispositiv: eine Einführung in die Dispositivanalyse (2., unveränd. Aufl.). Bielefeld, 2012, S.14ff.

³ Geiges, Lars / Marg, Stine / Walter, Franz: Pegida: Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld, 2015.

verbunden. Insbesondere sind hier die umstrittenen Prognosen und Schlussfolgerungen zu erwähnen, die in den Studien des Dresdner Politikwissenschaftlers und Extremismusforschers Werner J. Patzelt gezogen wurden.⁴

Hinsichtlich der soziostrukturellen Merkmale konnte sich in den zahlreichen Studien zu Pegida eine Erkenntnis vereinheitlichen: der „typische Spaziergänger“ sei männlich, Ende vierzig, berufstätig, durchschnittlich- bis besserverdienend und stamme aus dem Raum Dresden. Die persönlichen Motive seien oftmals eine Distanz zwischen dem allgemeinen Politikbetrieb als auch den Massenmedien auf der einen Seite und Pegida-AnhängerInnen auf der anderen Seite. Dies würde Menschen bewegen, bei Pegida teilzunehmen.⁵ Hinsichtlich der politischen Einordnung der AnhängerInnenschaft kommt Karl-Heinz Reuband im Vergleich der verschiedenen Pegida-Studien zu folgender Erkenntnis:

„Mögen die Pegida-Teilnehmer auch in ihrem soziodemographischen Profil den Normalbürgern entsprechen, in ihrer politischen Selbsteinstufung sind sie es nicht. Sie sind, gemessen an ihren Wahlpräferenzen und ihrer politischen Selbsteinstufung, konservativ bis rechts, aber nicht rechtsradikal.“⁶

Diese Feststellung wird insbesondere durch die Studien der Dresdner Politikwissenschaftler Hans Vorländer⁷ und Werner J. Patzelt bewahrheitet. Alle Studien weisen aber auf eine mögliche Verzerrung der Ergebnisse durch die teilweise schlechten Rücklaufquoten in den Befragungen hin. Die Befunde lassen also offen, inwieweit es sich bei den erhobenen Daten tatsächlich um ein repräsentatives Ergebnis handelt. Zwar wurden die Datenerhebung und Methodenauswahl immer weiter an Pegida angepasst, jedoch bleiben Aussagen über jene, die eine Teilnahme an wissenschaftlichen Untersuchungen konsequent verweigerten, in den Studien nicht repräsentiert. Es ist darüber hinaus fraglich, die politische Einstellung der AnhängerInnenschaft ausschließlich über die politische Selbstverortung erfassen zu wollen und nicht über Einstellungsmuster bezüglich konkreter politischer Aussagen.

⁴ Patzelt, Werner J. / Klose, Joachim (Hg.): PEGIDA. Warnsignale aus Dresden, Dresden 2016.

⁵ Vgl. Reuband, Karl-Heinz: Wer demonstriert in Dresden für Pegida? Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen, in: Mitteilungen Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung 2015, Düsseldorf, 2015, S.133-143.

⁶ Ebd. S. 141

⁷ Vorländer, Hans: Pegida. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden, 2016.

Method

Demgegenüber stützt sich die vorliegende Studie auf die Perspektive und Methode der Kritischen Diskursanalyse (KDA). Die KDA sieht sich in der Tradition der Diskurstheorie von Michel Foucault. Grundlage der Methodik ist ein Wissenschaftsverständnis, das Wissenschaft als Teil einer politischen Deutung versteht und der These einer werturteilsfreien Wissenschaft widerspricht. Wissenschaft *deutet* gesellschaftliche Wirklichkeit

„und das geschah und geschieht immer auf dem Hintergrund eines Wissens, das das jeweilige, auch wissenschaftliche Subjekt im Lauf seines Lebens erworben hat, das an es weitergegeben worden ist und während seines Lebens mancherlei Veränderungen erfahren hat. Dies zu reflektieren, wenn es um die Deutung von Wirklichkeit geht, zu wissen, dass man auch als WissenschaftlerIn immer dazu Position bezieht, [...] hat Leitlinie aller Wissenschaft [...] zu sein.“⁸

Wissenschaft und Methodik ist somit Teil einer diskursiven und politischen Aushandlung.

„Das aber heißt, dass wir der Wirklichkeit keine Wahrheiten entnehmen können, dass wir sie immer nur deuten können und es immer einen Kampf um unterschiedliche Deutungen geben wird.“⁹

Der zentrale Begriff in der Rezeption von Foucault durch die KDA ist der *Diskurs*.¹⁰ In der KDA ist Diskurs ein

„Fluss von Wissen bzw. sozialen Wissensvorräten durch die Zeit, der durchaus einmal rückwärts fließen kann, und [der...] die Vorgaben für die Subjektbildung und die Strukturierung der Gestaltung von Gesellschaften [schafft], die sich entsprechend als außerordentlich vielseitig erweisen.“¹¹

Diskurse fließen auf unterschiedlichen Diskursebenen „durch Zeit und Raum“¹². Diskursebenen spiegeln die (sozialen) Orte wider, von denen aus gesprochen wird. Als soziale Orte werden unter anderem die Bereiche der Politik, des Alltags sowie der Wissenschaft und die für diese Studie relevante Ebene der Medi-

⁸ Jäger, Siegfried / Zimmermann, Jens: Lexikon Kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste, Münster, 2010, S.7.

⁹ Ebd.

¹⁰ Ein Überblick über die Debatte und den Wandel der Diskurstheorie und des Begriffes gibt Jäger in seinem Einführungswerk zur KDA. Vgl. Jäger, Siegfried: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Münster, 2012, S.17ff.

¹¹ Jäger, Margarete / Jäger, Siegfried: Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse, Wiesbaden, 2007. S.23.

¹² Jäger, Siegfried: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Münster, 2012, S. 29.

en genannt.¹³ In der Analyse lassen sich Diskurse in unterschiedliche Diskursstränge aufschlüsseln. Diese umfassen Diskursfragmente zu einem bestimmten einheitlichen Thema. Diskursstränge existieren nicht losgelöst voneinander, sondern beeinflussen sich gegenseitig. Dies geschieht, wenn sich zwei Diskursstränge zu einer Diskursverschränkung verknüpfen und so zwei Themen permanent zusammen besprochen werden. Solche Verschränkungen gilt es in einer Analyse offenzulegen und ihre Effekte herauszuarbeiten, weil sie dazu führen können, das Sagbarkeitsfeld der jeweiligen Diskurse zu verändern.

Kern der Kritischen Diskursanalyse ist die Erfassung von Aussagen, welche als „Atome des Diskurse[s]“¹⁴ gesehen werden. Äußerungen sind im Unterschied zu Aussagen ereignisgebundene Zeichenabfolgen. Sie sind nicht als „Sätze“ zu verstehen, sondern als der inhaltliche gemeinsame Nenner, „der aus Sätzen und Texten gezogen werden kann“.¹⁵ Die gesamten Aussagen zu einem Thema bilden das Sagbarkeitsfeld, das beschreibt, was „in einer Gesellschaft in einer bestimmten Epoche“ geäußert werden kann.¹⁶

Eng an die theoretische Konstruktion des Sagbarkeitsfeldes angeschlossen ist der Begriff der Wahrheit, der in der foucaultschen Rezeption der KDA die Regeln und Techniken der Wahrheitsfindung beschreibt, die zwischen legitimen und illegitimen Aussagen unterscheiden. Wahrheit ist in diesem Verständnis ein diskursiver Effekt und keine objektive Tatsache oder Befund. Die KDA will herausarbeiten, wie Wahrheiten geschaffen werden, was als wahr gilt und welche Effekte dies hat.¹⁷ So ist der Diskurs immer mit Macht verknüpft, da hier Wahrheiten produziert werden. Diskurse sind nach Foucault handlungsleitend. Daher versteht sich die KDA als materialistische Theorie, die durch die Konstruktion von Subjekten soziale Wirklichkeit schafft.

¹³ Vgl. Jäger, Siegfried / Zimmermann, Jens: Lexikon Kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste, Münster, 2010, S.38.

¹⁴ Foucault, Michel, Archäologie des Wissens, übers. v. Ulrich Koppen, Frankfurt a. M., 1970, S.148.

¹⁵ Jäger, Margarete / Jäger, Siegfried: Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse, Wiesbaden, 2007, S. 26.

¹⁶ Vgl. Jäger, Siegfried / Zimmermann, Jens: Lexikon Kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste, Münster, 2010, S.106.

¹⁷ Vgl. ebd. S.123ff.

Definitionen

Im Folgenden sollen einige in dieser Studie verwendete Begriffe der Rechtsextremismus- und Rassismusforschung näher beschrieben und definiert werden. Weder ist der Begriff des Rechtsextremismus, noch der des Rassismus konsensual bestimmt. Die folgenden Definitionen verweisen auf Begriffsverwendungen in der vorliegenden Studie.

Völkischer Nationalismus und extreme Rechte

Es gibt viele verschiedene Definitionen, die versuchen, das Feld der extremen Rechten zu bestimmen. Wir nutzen in dieser Studie den Ansatz des völkischen Nationalismus (VN). Dieser Analyseansatz, der vor allem von Helmut Kellershohn entwickelt wurde, geht davon aus, dass die verschiedenen Spektren der extremen Rechten sieben gemeinsame Kernbestandteile miteinander teilen.¹⁸ Erstens setzt der VN Volk mit Nation gleich. Es wird davon ausgegangen, dass das Volk per Abstammung über eine gemeinsame Sprache, Kultur, sowie biologisch determinierte Eigenschaften verfügt. Zweiter Punkt ist die Überhöhung des Volkes zu einem ethnisch homogenen Kollektiv-Subjekt, inklusive einer Vorrangstellung der Volksgemeinschaft vor gesellschaftlichen Interessenskonflikten. Für die Volksgemeinschaft hat das Volk einen kollektiven Körper, Willen und Charakter. Das Individuum ist dieser Gemeinschaft untergeordnet. Zur Durchsetzung des Primats der Volksgemeinschaft, auch gegen die Einzelinteressen, wird drittens ein autoritärer Staat, ein charismatischer Führer oder eine national gesonnene Elite benötigt. Viertes Element ist die Stilisierung der Angehörigen des Volkes zu Helden, da sie sich freiwillig der Volksgemeinschaft unterwerfen und so Teil des „Volkskörpers“ sind. Fünftes Element ist die Konstruktion

¹⁸ Vgl. Kellershohn, Helmut: Das Projekt Junge Freiheit. Eine Einführung, in: Kellershohn, Helmut (Hg.): Das Plagiat. Der völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg, 1994, S. 17-50, hier S. 27f. Vgl. auch Kellershohn, Helmut: Vom rechten Verständnis der Nation. Einführung in den Völkischen Nationalismus der „Jungen Freiheit“, in: Dietzsch, Martin u.a. (Hg.): Nation statt Demokratie. Sein und Design der ‚Jungen Freiheit‘, 2. Auflage, Münster, 2004, S. 13-40, hier S. 13ff.

des inneren Feindes. Dieser ist definiert als alles ethnisch Nicht-Homogene oder als eineR, der oder die sich der Herrschaft der Volksgemeinschaft entzieht. Solange es ihn oder sie gibt, ist die Homogenität der Volksgemeinschaft noch nicht erreicht. Wichtiger Aspekt ist, sechstens, die Biopolitik. Im VN wird eine quantitative Vermehrung des Volkes gefordert. Zudem wird eine, im Sinne der Eugenik, „qualitative“ Erhaltung der Bevölkerung angestrebt. Die Bevölkerungspolitik hat zentralen Stellenwert und taucht vor allem in den Bereichen Frauen, Bildung und Familie auf. Letztes Element ist der Kampf gegen den äußeren Feind. Das eigene Volk wird anderen Völkern als feindlich gegenübergestellt und diese werden nach verschiedenen Kriterien hierarchisiert. Äußerer und innerer Feind werden verknüpft, woraus sich ein auf Kampf basierendes Geschichtsbild entwickelt.

Spektren der extremen Rechten

Diese Kriterien des völkischen Nationalismus sind hilfreich dazu, die extrem rechten Ideologien in der politischen Ideenwelt zu beschreiben. Innerhalb der extremen Rechten existiert eine Vielzahl ideologischer Ausrichtungen und strategischer Ansätze. Die extreme Rechte lässt sich grob in die drei Spektren Neonazismus, Rechtspopulismus und Neue Rechte einteilen.

Der Neonazismus bezieht sich positiv auf den deutschen Faschismus, steht in fundamentaler Opposition zum aktuellen politischen System und greift auch auf terroristische Mittel zurück. Die NPD als NS-nostalgische Partei verfolgt ein Vier-Säulen-Konzept als Parteistrategie. Den Kampf um die Köpfe, den Kampf um die Parlamente, den Kampf um die Straße und den Kampf um den organisierten Willen.¹⁹ Gerade der Kampf um die Parlamente beinhaltet den Versuch, sich der sozialen und alltäglichen Probleme der Menschen anzunehmen und diese vermeintlich unideologisch zu bearbeiten.

Der Rechtspopulismus ist durch eine vordergründige Abgrenzung zum Nationalsozialismus gekennzeichnet und versucht, als scheinbar bürgerliche, auf dem Boden der Verfassung stehende Opposition aufzutreten. Alexander Häusler sieht im Rechtspopulismus eine aktuelle, modernisierte Form der extremen Rechten²⁰, ebenso wie der Sozialwissenschaftler Phillip Becher, der von einer

¹⁹ Vgl. Schulze, Christoph: Das Viersäulenkonzept der NPD, in: Braun, Stephan / Geisler, Alexander / Gerster, Martin (Hg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden, 2009, S. 92-108, hier: S. 93ff.

²⁰ Vgl. Häusler, Alexander: Rechtspopulismus als Stilmittel zur Modernisierung der extremen Rechten, in: Häusler, Alexander (Hg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen

Kontinuität extrem rechter Ideologie spricht.²¹ Populismus wird als die durchgehende Bezugnahme auf das Volk und eine oppositionelle Haltung gegen die jeweiligen gesellschaftlichen Eliten definiert.²² Beim Rechtspopulismus kommt hinzu, dass er sich nicht nur gegen „oben“, sondern auch gegen „außen“ abgrenzt, also gegen Menschen, die nicht zum Eigenen gezählt werden.²³ Die Bezugnahme auf das Volk ist konstitutiv für den Rechtspopulismus. Das Volk wird als homogen und mit einem gemeinsamen Interesse ausgestattet angesehen. Die Politik habe die Aufgabe, sich an einem übergeordneten Gemeinwohl zu orientieren.²⁴ Rechtspopulistische Strukturen gerieren sich oft als Bewegungen oder Plattformen, um sich von der Parteipolitik abzugrenzen. Zugleich werden hier aber die Ziele in den allermeisten Fällen durch eine Führungspersonlichkeit vorgegeben.²⁵ Weiterhin immanent ist dem Rechtspopulismus eine Nähe zum Neoliberalismus, wobei er versucht, sich als Kämpfer gegen neoliberale Politiken zu inszenieren.²⁶

Die sogenannte Neue Rechte hat ihre Wurzeln im Jungkonservatismus der 1920er Jahre. Sie verfolgt einen metapolitischen Ansatz.²⁷ Dies wird als Voraussetzung dafür betrachtet, die politische Macht zu erobern.²⁸ VertreterInnen der Neuen Rechten versuchen, mittels der Vereinnahmung kultureller Felder gesellschaftliche Debatten und Diskurse der Mitte mit ihrer Ideologie zu besetzen.²⁹

Diese Einteilung in Spektren der extremen Rechten ist idealtypisch zu verstehen. Es handelt sich um Tendenzen.

gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden, 2008, S. 37-51, hier: S. 49.

²¹ Vgl. Becher, Phillip: Rechtspopulismus, Köln, 2013, S. 17.

²² Vgl. Geden, Oliver: Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien, Berlin, 2007, S. 8.

²³ Vgl. Rensmann, Lars: Populismus und Ideologie, in: Decker, Frank (Hg.): Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Bonn, 2006, S. 59-80, hier S. 65.

²⁴ Vgl. Geden, Oliver: Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien, Berlin, 2007, S. 10.

²⁵ Vgl. ebd., S. 9ff.

²⁶ Vgl. Becher, Phillip: Rechtspopulismus, Köln, 2013, S. 105.

²⁷ Metapolitik bedeutet in diesem Kontext den Versuch, sich aus dem tagespolitischen Geschäft und der Parteipolitik herauszuhalten und stattdessen durch Beeinflussung von Diskursen auf einen gesellschaftlichen Wandel hin zu arbeiten.

²⁸ Vgl. Kellershohn, Helmut: Das Projekt Junge Freiheit. Eine Einführung, in: Kellershohn, Helmut (Hg.): Das Plagiat. Der völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg, 1994, S. 17-50, hier: S. 32.

²⁹ Vgl. ebd.

Rassismus

Unter Rassismus wird die strukturelle und alltägliche Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Äußeren, ihrer (zugeschriebenen) Herkunft und damit verbundener Eigenschaften oder beispielsweise ihrer Religion verstanden. Rassismus ist keineswegs nur in der extremen Rechten beheimatet. Quer durch alle Bevölkerungsschichten finden sich Rassismen und rassistische Einstellungen. Auch ist Rassismus keinesfalls an Migration gebunden. Es ist wichtig, Rassismus in Zusammenhang mit Macht und gesamtgesellschaftlichen Prozessen zu betrachten. Das heißt, dass rassistisches Verhalten, rassistische Aussagen oder Einstellungen ihren Ursprung in der Gesellschaft und den dort existenten Herrschaftsideologien haben.³⁰ Klassenverhältnisse und gesellschaftliche Zusammensetzung wirken sich jeweils auf die ideologische Prägung von Rassismen aus.³¹ Der Begriff der „Rasse“ schreibt Menschen verschiedene Merkmale und Eigenschaften zu, die dazu dienen, sie als „anders“ zu markieren und zu klassifizieren. Im gegenwärtigen Rassismus wird meist nicht länger von „Rasse“ gesprochen. Vielmehr werden soziale und kulturelle Merkmale verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen unter dem Begriff der Ethnizität verallgemeinert und als „anders“ markiert. Auch Kategorien wie „Kultur“ oder „Religion“ können den Begriff der „Rasse“ in diesem Fall ersetzen.³² Nach dem Soziologen Stuart Hall funktionieren rassistische Klassifikationssysteme so, dass sie bestimmte Gruppen von Ressourcen symbolischer, kultureller oder materieller Art ausschließen, Identitäten produzieren und zugleich Identifikationen absichern.³³ Die eigene Identität wird als positiv und in Abgrenzung zu der der „Anderen“ konstruiert.³⁴

³⁰ Vgl. Kuhn, Inva: Antimuslimischer Rassismus. Auf Kreuzzug für das Abendland, Köln, 2015, S. 15.

³¹ Vgl. Hall, Stuart: „Rasse“, Artikulation und Gesellschaften mit struktureller Dominanz, in: Hall, Stuart: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Hamburg, 1994, S. 89-136, hier: S. 135.

³² Vgl. Kuhn, Inva: Antimuslimischer Rassismus. Auf Kreuzzug für das Abendland, Köln, 2015, S. 19.

³³ Vgl. Hall, Stuart: Rassismus als ideologischer Diskurs, in: Das Argument Nr. 178, Hamburg, 1989, S.913-921, hier: S. 919.

³⁴ Vgl. ebd., S. 913.

Antimuslimischer Rassismus

Mittels der Kategorie des antimuslimischen Rassismus werden speziell auf Muslime und Muslima und ihre vermeintlichen kulturellen Hintergründe und damit verbundene Handlungen bezogene Vorurteile analysiert. Der antimuslimische Rassismus ist dadurch gekennzeichnet, dass er eine Bipolarität zwischen dem Westen und dem Islam aufbaut.³⁵ Die Politikwissenschaftlerin Inva Kuhn stellt heraus, dass mit dem Begriff versucht werde, „die Feindschaft, strukturelle Diskriminierung und Ängste gegenüber dem Islam, den Muslimen und muslimisierten Menschen sowie islamischen Einrichtungen“³⁶ zu fassen. Der Terminus „antimuslimischer Rassismus“ bezieht auch die Ethnisierung der Kategorie Muslime mit ein und betrachtet die gesellschaftlichen Ursachen und Wirkungen dieser Ethnisierung. Dabei handelt es sich nicht um eine frei wählbare Identität, sondern Menschen werden mit kollektiven Zuschreibungen versehen. Zudem werden sie in Opposition zur eigenen Gruppe verortet. „So können als Muslime markierte Menschen diesem Konstruktionsprozess kaum entrinnen.“³⁷ Der antimuslimische Rassismus konstruiert kulturelle Differenzen als vorbestimmt und betrachtet den Islam als eine homogene, statische Kultur. Muslime und Muslima werden auf ihre Religionszugehörigkeit reduziert.³⁸

Der antimuslimische Rassismus richtet sich dabei gegen Menschen mit vor allem arabischen oder türkischen Familienhintergründen, „bzw. gegen jene, die aus einer dominanten gesellschaftlichen Position heraus als solche wahrgenommen und markiert werden.“³⁹ Auch Menschen, die sich nicht als Muslime verstehen, können von antimuslimischem Rassismus betroffen sein. Menschen mit vermeintlich muslimischen Merkmalen, wie Kopftuch oder Name, werden mit Verweisen auf ihre angebliche Kultur, Tradition, Mentalität oder eben Religion kategorisiert. Durch diese Regelung von (Nicht-)Zugehörigkeiten zur deutschen Mehrheitsbevölkerung „erfolgt eine konstruierte Gegenüberstellung von ‚Muslimisch-Sein‘ und ‚Deutsch-Sein‘“.⁴⁰

³⁵ Vgl. Friedrich, Sebastian / Schultes, Hannah: Der antimuslimische Diskurs in Deutschland, in: Wamper, Regina / Jadschenko, Ekaterina / Jacobsen, Marc (Hg.): „Das hat doch nichts mit uns zu tun!“ Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien, Münster, 2011, S. 23-32, hier: S. 29.

³⁶ Kuhn, Inva: Antimuslimischer Rassismus. Auf Kreuzzug für das Abendland, Köln, 2015, S. 21.

³⁷ Ebd., S. 23.

³⁸ Vgl. Müller-Uri, Fanny: Antimuslimischer Rassismus, Wien, 2014, S. 107.

³⁹ Kuhn, Inva: Antimuslimischer Rassismus. Auf Kreuzzug für das Abendland, Köln, 2015, S. 23.

⁴⁰ Ebd., S. 24.

Kontexte

Die Gründung der AfD im Mai 2013 hatte und hat weitreichende Auswirkungen auf die parlamentarischen Verhältnisse in der Bundesrepublik und tangiert somit maßgeblich die politische Landschaft. Die AfD ist das parteipolitische Endprodukt einer Entwicklung, die sich am rechten Rand seit 2005 formierte und entschieden gegen die EU auftrat, einen nationalistischen Protektionismus gegenüber Nichtdeutschen favorisierte, neoliberale Reformen forderte und den Islam als feindlich charakterisierte. Parallel zur Entstehung der AfD entstanden ab 2012 Gruppen und Netzwerke, die eine umfangreiche Demonstrationstätigkeit entwickelten und abseits der Parlamente agierten. Diese Gruppen waren nicht ambitioniert, parlamentarische Mandate zu gewinnen, sondern formulierten ihren Protest auf der Straße, um gegen das „Altparteiensystem“ zu opponieren. Sie bezogen sich dabei auf folgend dargestellte gesellschaftliche Entwicklungen.

„Der Arabische Frühling“

Mit dem Begriff „Arabischer Frühling“ wird hier eine Bewegung beschrieben, die besonders in muslimisch-geprägten Ländern im Nahen Osten, der arabischen Halbinsel und Nordafrikas 2010 entstand. In insgesamt 17 Ländern kam es zu Demonstrationen, bewaffneten Aufständen und Bürgerkriegen, die maßgeblich die internationale Politik beeinflussten und für eine äußerst instabile Lage in diesen Ländern sorgten. Besonders in autoritären Regimen wie Bahrain, Libyen oder Syrien waren anfänglich demokratische Forderungen Ausgangspunkt von Massendemonstrationen, um der Bevölkerung mehr Partizipationsmöglichkeiten zu verschaffen. Despotische und autoritäre Systeme, deren Machtbasis auf einer Partei, dem Militär und der Polizei beruhten, waren mit Bewegungen konfrontiert, die Meinungsfreiheit und freie Wahlen als Kernthemen formulierten. Die Entwicklungen dieser Proteste waren jedoch sehr unterschiedlich. In einigen Ländern führten sie zur Absetzung von Regierungen und Reformen, so in Tunesien und kurzzeitig in Ägypten, in anderen Staaten eskalierte die Situation und führte zum Bürgerkrieg, wie in Libyen, Syrien und Jemen.

Die Auswirkungen für Nordafrika, den Nahen Osten und die Arabische Halbinsel waren und sind weiterhin verheerend. Neben demokratischen Gruppen und Parteien, die vor allem von Studierenden und der Mittelschicht getragen wurden, etablierten sich dschihadistische Gruppen, die die Umgestaltung zu Staaten mit einem islamisch ausgerichteten Rechtssystem anstrebten. In allen Ländern war diese Gegenbewegung unter verschiedenen Namen zu registrieren. In Ländern wie Syrien, dem Irak, Jemen und Libyen brachen Bürgerkriege aus, die noch heute anhalten. Die Kriege, Massenproteste und Verfolgungen führten schon 2011 zu einer Flüchtlingsbewegung, die jedoch Europa nur minimal betraf. Ab dem Sommer 2014 nahmen die gefährlichen Überfahrten über das Mittelmeer in kaum tauglichen Wasserfahrzeugen zu. Auslöser war hierbei u.a. die Expansion des „Islamischen Staates“ (IS), der im Sommer 2014 fast ein Drittel des Iraks und umfangreiche Gebiete in Syrien unter seine Kontrolle brachte. Der „Islamische Staat“ entstand im Irak um 2003 und versteht sich als eine globale Erneuerungsbewegung, die nationale und weltliche Staatlichkeit ablehnt und ein weltumfassendes Kalifat aufbauen will. Ideologisch orientiert er sich an einem atavistischen Gesellschaftsaufbau, der jegliche Abweichung mit Vernichtung bekämpfen will. Besonders in Syrien und dem Irak führte der „IS“ Massaker an religiösen Minderheiten durch und errichtete in den eroberten Gebieten ein brutales Regime.

Obwohl bis 2015 die Nachbarländer von Syrien und dem Irak die meisten Flüchtlinge aufnahmen⁴¹ und mehrere Millionen Menschen innerhalb der Kriegsgebiete auf der Flucht waren, versuchten mehrere hunderttausend Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten nach Europa zu flüchten. Im Frühjahr stiegen die Zahlen der Menschen, die um Asyl baten, auch in Deutschland an. Bis Jahresende 2015 registrierte das EASY-System 1,1 Millionen Menschen, von denen laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 476.649 einen Asylantrag stellten.⁴² Der Krieg im Nahen Osten und die Konflikte in Nordafrika waren für die europäischen Staaten eine Herausforderung, die bis heute zu Streitigkeiten und Spannungen zwischen einzelnen Staaten in der EU sorgt. Die Debatten wurden u.a. von der extremen Rechten mit rassistischen und autoritären Aussagen unterfüttert. Der Aufschwung der AfD⁴³ und Pegidas müssen deshalb auch in Be-

⁴¹ Der Libanon mit einer Gesamtbevölkerung von 5,8 Millionen Menschen hat ca. 1,2 Millionen Menschen aus Syrien aufgenommen. Siehe zur Flüchtlingssituation im Libanon den Bericht der FAZ: <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/wie-viele-fluechtlinge-verkraftet-der-libanon-noch-14006912.html> abgerufen am 14. April 2016.

⁴² Ob das EASY-System auch Ausreisende registriert, ist nicht offen kommuniziert worden: Siehe die Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/01/asylantraege-dezember-2015.html> abgerufen am 14. April 2016.

⁴³ Der brandenburgische AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland erklärte in einem Spiegel-Interview: „Natürlich verdanken wir unseren Wiederaufstieg in erster Linie der Flüchtlingskrise.“ In: Spiegel, 12.12.2015, Nr. 51, S. 24.

zug auf die humanitäre Katastrophe im Nahen Osten und Nordafrikas betrachtet werden.

Die Mahnwachen

Die *Mahnwachen für den Frieden* oder auch Montagsmahnwachen entstanden im März 2014. Durchgeführt wurden sie in zahlreichen deutschen Städten sowie in Österreich. Laut den OrganisatorInnen sollten sich die Mahnwachen weder dem linken noch rechten Spektrum zuordnen lassen. Als Tag für ihre Demonstrationstätigkeit wurde der Montag gewählt, in Anlehnung an die Proteste gegen die SED in der DDR vom Herbst 1989. So sollte in der Öffentlichkeit eine historische Kontinuität vermittelt werden, die der „Bewegung“ eine starke Symbolkraft verleihen sollte. Neben dieser positiv aufgeladenen historischen Kontinuität, enthält der Bezug auf 1989 auch eine politische Botschaft: Es sollte eine Kritik am politischen System geübt werden, die wie 1989 auf einen Systemwechsel zielt.⁴⁴ Dies kam in den zahlreichen Reden immer wieder zum Ausdruck. Die Bundesregierung entwickle Mechanismen, die die Bevölkerung durch die Medien manipuliere, um ihre Macht zu sichern. Die InitiatorInnen der Mahnwachen verstanden sich deshalb auch als VertreterInnen einer „schweigenden Mehrheit“, die es nicht wage, gegen die Regierung auf die Straße zu gehen. Dieser Mythos der „schweigenden Mehrheit“, sollte später ein wichtiges Merkmal bei Pegida werden.

Das Spektrum, das sich an den Demonstrationen beteiligte, war breit gefächert. Neben AnhängerInnen der Partei „Die Linke“, die sich später aufgrund strittiger Personen wieder zurückzogen, über die Friedensbewegung und bürgerliche Mitte bis zu „Reichsbürgern“ und neurechten Gruppen wie pi-News oder der Identitären Bewegung sammelten die Mahnwachen laut ihrer Auffassung AnhängerInnen aus allen politischen Lagern. Den InitiatorInnen wurde besonders die Beteiligung und Tolerierung von Gruppen wie den „Reichsbürgern“ und anderer neurechter Gruppen vorgeworfen. Die „Reichsbürger“ sind eine lose Gruppe, die kein ideologisch einheitliches Weltbild hat, aber grundsätzlich jegliche Behörden der Bundesrepublik ablehnt, da nach ihrer Auffassung das Deutsche Reich

⁴⁴ Auch Björn Höcke erklärte im September 2015, dass die Demonstrationen in Erfurt in dieser Tradition sind: „Haben wir 1989 mit unserer friedlichen Revolution die sozialistische Diktatur in den Orkus der Geschichte geworfen, um 25 Jahre später in einer erstarrten Parteiendemokratie mit überwiegend gleichgeschalteten Medien leben zu müssen? Ich meine: nein!“ Auch Höcke war 1989 nicht auf den Straßen der DDR zu sehen. Zitiert aus: <http://www.bjoern-hoecke.de/#!Rede-zur-Demonstration-der-AfD-Th%C3%BCrtingen-am-16-September-2015-in-Erfurt/c1gjk/5601aaaf0cf256c0bf974293> abgerufen am 14. April 2016.

von 1937 noch existiere. Die Ideologie der Reichsbürger hatte Einfluss auf die politische Entwicklung der Mahnwachen und dominierte zum Schluss ihre Inhalte.

Die ProtagonistInnen der Mahnwachen waren in der politischen Landschaft der Bundesrepublik bisher unbedeutend. Die Idee stammte von Lars Mährholz, der bis dahin nicht politisch organisiert war, ebenso wie Ken Jepsen, der die virtuelle Radioplattform „KenFM“ initiierte. Er war bis 2011 Radio-DJ beim Rundfunk Berlin-Brandenburg. Jepsen forderte in seinen Reden immer wieder, dass Linke und Rechte zusammenarbeiten sollten, da sie inhaltliche Schnittmengen hätten. Mit dieser Forderung war er bei den Mahnwachen nicht allein: Jürgen Elsässer, Journalist und Herausgeber des rechtspolitischen Magazins *Compact*, entstammt dem kommunistischen Spektrum. Bereits 2009 gründete er die „Volksinitiative gegen das Finanzkapital“, die gegen den „bewussten Angriff des anglo-amerikanischen Finanzkapital“ opponierte. Schon zu diesem Zeitpunkt verlangte Elsässer eine „Querfront“ linker und rechter Menschen, die der Kampf gegen die „aggressiven Finanzplätze New York und London“ eine. Für Elsässer war der Nationalstaat die einzige Möglichkeit, den „Angriff“ abzuwehren.⁴⁵ Elsässer fand mit den Mahnwachen ideale Rahmenbedingungen vor, um seine Querfront-Bestrebungen fortzuführen. In seinen Reden kürte er die USA und die mit ihr vermeintlich verbündeten Juden als Hauptfeind von Deutschland. Dieser auf eine Gruppe von Menschen fokussierte völkische „Antikapitalismus“ war das Kernthema der Mahnwachen. Auch bei seinen Auftritten bei Legida sprach Elsässer im Sinne seiner Querfrontbemühungen.

Die Mahnwachen verloren Ende 2014 an politischer Bedeutung. Viele AnhängerInnen fanden in anderen Strukturen eine politische Heimat. Als Beispiel sei das Bündnis „Patriotische Europäer gegen die Amerikanisierung des Abendlandes“ (Pegada) genannt, das in Anlehnung an Pegida 2015 mehrere Demonstrationen durchführte.

Die Identitäre Bewegung

Dass in neurechten Kreisen Diskussionen stattfinden, die eine aktive Politik auf der Straße und nicht bei Wahlen favorisierten, ist seit den 1970er Jahren zu erkennen. Die öffentliche Aktion soll politische Ziele verwirklichen, so die Idee. Die Identitäre Bewegung, die in Frankreich als „bloc identitaire“ ab 2002 entstand,

⁴⁵ Siehe: Unsere Einschätzung der Lage vom 18. März 2009: <https://web.archive.org/web/20090517124611/http://www.volksinitiative.info/2009/03/18/unsere-einschätzung-der-lage> abgerufen am 14. April 2016.

hat genau diese Maxime in ihr Grundsatzprogramm geschrieben. Sie selbst sehen sich als eine Neuerung, die einzigartig ist: „Wir sind die erste freie, patriotische Kraft, die sich aktiv und erfolgreich für Heimat, Freiheit und Tradition einsetzt.“⁴⁶ Als selbsternannte Jugendbewegung treten sie elitär auf und bezeichnen sich als „aktivistischer Arm der Neuen Rechten“.⁴⁷ Politik findet nach ihrer Auffassung auf der Straße statt. Durch popkulturelle Propaganda und Aktionen soll damit Öffentlichkeit geschaffen sowie um AnhängerInnen geworben werden. Als Symbol wählten die Identitären den griechischen Buchstaben Lambda, der gelb in einem gelben Kreis auf schwarzen Grund eingebettet ist. Die historische Identifikation mit dem antiken Sparta, entlehnt aus dem Kinofilm „300“, soll dabei eine entschlossene Kampfbereitschaft und Elitarismus vermitteln. Die symbolische Botschaft des eigenen Logos wird damit zur politischen Doktrin.

Die Identitäre Bewegung expandierte besonders nach Österreich, doch auch nach Deutschland, wo ab 2009 kleine lokale Gruppen aufgebaut wurden. Mit Beginn der Demonstrationstätigkeit von Pegida stiegen ihre Aktivitäten deutlich an. In Dresden fielen sie erstmals durch die kurzzeitige symbolische Besetzung des sächsischen Landtages am 5. Januar 2015 auf. Mittlerweile gibt es in allen Bundesländern lokale Gruppen. Gerade in Österreich entwickelten die Identitären einen Aktionismus, der auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit politischen GegnerInnen und der Polizei führte. Obwohl sie offiziell den Nationalsozialismus ablehnen, sind Kontakte in die österreichische Neonaziszene vorhanden, und es kommt auch zu gemeinsamen Aktionen. Ideologisch knüpfen die Identitären an die Neue Rechte an. Mag ihre Agitation vordergründig für „ein Ende der Islamisierung Europas“ sein und die Forderung nach einer „Festung Europa“ als defensive Haltung propagiert werden, sind ihre gesellschaftlichen Vorstellungen geprägt von einem rassistischen Weltbild, das durch eine Elite in einem autoritären System durchgesetzt werden soll. Die Benennung von politischen Feinden verläuft deshalb nach dem Muster, dass jegliche BefürworterInnen für eine Gesellschaft, in der die Kategorien ‚Rasse‘, ‚Kultur‘ oder ‚Religion‘ kein automatisches Unterscheidungskriterium darstellen, als GegnerInnen betrachtet werden. Die Identitären fordern deshalb nicht nur die Abschaffung der EU zu Gunsten von Nationalstaaten, sondern auch deren rassische, religiöse und kulturelle Homogenität. Damit greifen sie auf Vorstellungen der TheoretikerInnen der „Konservativen Revolution“ in den 1920er Jahren zurück. Ihre gegenwärtigen Ideengeber stammen ebenso aus dem Lager der Neuen Rechten. Der Herausgeber der Zeitschrift *Sezession* Götz Kubitschek und seine theoretischen Ausführungen zur Umbildung der Gesellschaft haben bei den Identitären eine Vorbildfunktion, die sie praktisch umsetzen wollen. Die kriegerische Rhe-

⁴⁶ Siehe: <http://www.identitaere-bewegung.de/wer-wir-sind/> abgerufen am 14. April 2016.

⁴⁷ Siehe: <http://www.identitaere-bewegung.de/idee-tat/> abgerufen am 14. April 2016.

torik zeichnet sich dadurch aus, dass sie von einer „Zeitenwende“ sprechen, die eben auch Opfer fordere.⁴⁸

Ein Konsens bei Pegida in Dresden ist, dass jegliche Symbolik oder Logos von Parteien auf den Veranstaltungen verboten sein sollen. Die Identitären sowie das Portal „politically incorrect“ bilden hier eine Ausnahme. Dies wundert deshalb nicht, da bei Reden in Dresden und anderen Städten immer deutlich wird, dass Pegida ein hohes Maß an politischen Übereinstimmungen mit den Identitären hat. Besonders in der zweiten Hälfte von 2015 war oft ein größerer Block der Identitären in Dresden im ersten Drittel des Demonstrationszuges zu sehen. Dies ist ein Indiz, dass die Identitären versuchen, auch Pegida als Aktionsfeld zu nutzen.

Hooligans gegen Salafisten

Das Netzwerk „Hooligans gegen Salafisten“ hatte eine Vorläuferplattform, die nach ihrer Ansicht auf eine negative Entwicklung in den Kurven der Fußballstadien vereinsübergreifend reagieren wollte. Die „GnuHonnter“, entstanden 2011, um antirassistische Ultras aus den Fankurven zu „entfernen“. Bei zwei Dutzend Vereinen kam es in Folge zu Angriffen von Hooligan-Gruppen auf Ultras. Der Zusammenschluss von Hooligans aus verschiedenen Vereinen war eine Neuheit, die zuvor nur bei Spielen der DFB-Auswahl auf internationalen Parkett gegeben hatte. Nachdem der Spiegel die „Gnuhoonters“ thematisierte, löste sich das Netzwerk auf.⁴⁹ Die personellen Kontakte blieben aber bestehen.

Abseits der Fußballstadien trat das HoGeSa gegen Öffentlichkeitsaktionen der salafistischen Gruppe um Pierre Vogel auf, der bereits ab 2011 eine salafistische Missionstätigkeit in der Öffentlichkeit entfaltete. Aufgrund ihrer aggressiven Auslegung des Korans und ideologischen Nähe zum erzkonservativen Wahabismus gilt die Gruppe als Rekrutierungspool für Kämpfer dschihadistischer Gruppen.

Erste Aktionen von Hooligans verschiedener Vereine gegen Vogel und seine Gruppe fanden bereits 2013 statt. Es folgten Auseinandersetzungen im Jahr 2014 in mehreren Städten in Nordrhein-Westfalen, wo öffentliche Predigten verhindert werden sollten. Im Sommer 2014 gab es zwei öffentliche Treffen in Essen und Dortmund, aus denen dann HoGeSa entstand.

⁴⁸ Siehe: <http://www.identitaere-bewegung.de/idee-tat/> abgerufen am 16. April 2016.

⁴⁹ Siehe: <http://www.spiegel.de/sport/fussball/rechtsextreme-im-fussball-hooligans-und-nazis-ernetzen-sich-a-933194.html>, abgerufen am 22. November 2016.

An HoGeSa beteiligten sich zu Beginn besonders Hooligans aus Nordrhein-Westfalen. HoGeSa konnte jedoch über soziale Netzwerke schnell expandieren und hatte im Spätsommer 2014 einen bundesweiten UnterstützerInnenkreis, der nicht nur aus Hooligans bestand, sondern ebenso aus Strömungen der Neuen Rechten. Die plakative Äußerung, gegen Salafisten zu sein, war hierbei ein gemeinsamer Nenner. Eine politische Programmatik veröffentlichte HoGeSa nicht, sondern lehnte sich an die These der extremen Rechten an, dass der Islam auf dem Vormarsch sei und sie dies verhindern würden. Dabei betonten sie, ähnlich wie die Mahnwachen, dass sie nicht rechts seien. Besonders ihre kämpferische Rhetorik, bekannt aus dem Fußballkontext, war für viele anziehend. Am 26. Oktober 2014 fand in Köln eine HoGeSa-Demonstration, an der sich fast 5000 Menschen beteiligten. Angemeldet von dem Ratsmitglied der Stadt Mönchengladbach und ProNRW-Mitglied Dominik Roeseler entpuppte sich die Demonstration zu einem wahren Schaulaufen der extremen Rechten in Deutschland. Besonders gewaltbereite Hooligan-Gruppen, die nationalistisch orientiert waren, Parteien wie die NPD, Die Rechte, ProNRW, AfD-Mitglieder, u.a. Tatjana Festerling, die später von der AfD zu Pegida wechselte, bis hin zu Kameradschaften und teilweise Rockern waren dem Aufruf von HoGeSa gefolgt. Die Demonstration wurde nach Ausschreitungen von der Polizei aufgelöst. Mit der Demonstration rückte HoGeSa erstmals in den Fokus der Öffentlichkeit. Wenngleich die Auseinandersetzungen mit der Polizei zentral waren, bewies HoGeSa, dass es mit Hilfe der sozialen Netzwerke eine Struktur aufbauen konnte, die sich nicht an den klassischen Konzeptionen von politischen Organisationen orientieren musste. Ein ungenau formuliertes politisches Thema genügte, um Menschen auf die Straße zu bringen.

Eine Demonstration in Hannover einen Monat später stand deshalb unter der besonderen Beobachtung von Medien und Politik. Dort musste sich HoGeSa auf eine Kundgebung beschränken. Die Auswirkungen der Ereignisse in Köln waren auch unter den AnhängerInnen von HoGeSa zu spüren. Knapp 3000 Menschen kamen nach Hannover und einige Gruppen verließen schon nach wenigen Minuten die Veranstaltung. Sichtbar wurde ebenso, dass neben den Erosionserscheinungen bei den AnhängerInnen auch die Reden deutlich radikaler wurden und neben dem Thema Salafisten auch die Bundesregierung beschuldigt wurde, gegen den Willen der Bevölkerung zu regieren. Gegen Salafismus zu demonstrieren, entwickelte sich immer mehr zu einer Möglichkeit, um antidemokratische Parolen und antimuslimischen Rassismus zu propagieren. Auch war auffällig, dass sich der „Organisationsleiter Ost“ von HoGeSa erstmals als Mitglied des Organisationsteams von Pegida auf der Bühne vorstellte. Diese personelle Überschneidung sollte auch bei Pegida immer mehr sichtbar werden. Hooligans, die aktiv bei HoGeSa waren, engagierten sich zunehmend bei Pegida bzw. waren in beiden Strukturen aktiv. Sowohl bei den Veranstaltungen in Dresden, als auch bei deren Ablegern, waren Hooligans präsent, sei es durch erkennbare

eigene Devotionalien wie in Duisburg bei Pegida NRW. Ebenso übernahmen unter anderem Hooligans die Sicherung von Veranstaltungen von Pegida. Deshalb kann HoGeSa sowohl organisatorisch, inhaltlich und auch personell als Vorgänger von Pegida angesehen werden.

HoGeSa entwickelte ein an den Mahnwachen orientiertes Konzept, das aber mehr Dynamik und Aggressivität erlangte. Diese kämpferische Rhetorik und die offene Gewaltbereitschaft wurden bei der Gründung von Pegida abgelehnt. Dagegen war die entschlossene Präsenz auf der Straße abseits der politischen Parteienlandschaft ein Maßstab, an dem sich Pegida orientierte.

Der gesellschaftliche Umgang mit der extremen Rechten

Der gesellschaftliche Umgang mit Pegida ist eingebettet in Debatten um andere Erscheinungen extrem rechter Phänomene. Als Vorläufer können für Deutschland v.a. die Rezeption des NSU und der AfD genannt werden.

Im Fall NSU, einem neonazistischen Netzwerk, das zehn Menschen ermordete, wurde zu den Tatzeitpunkten das rassistische Motiv nicht erkannt. Statt von rechten TäterInnen auszugehen, nahmen ErmittlerInnen und JournalistInnen an, es seien Morde innerhalb eines je ‚migrantischen Milieus‘ gewesen und orientierten sich so an dem rassistisch aufgeladenen Diskurs um ‚Ausländerkriminalität‘.⁵⁰ Der Medienwissenschaftler Michael Haller attestiert der Medienberichterstattung: „Das Framing deckt sich mit dem Interesse an den Bedingungen, die den Rechtsterrorismus hervorgebracht haben.“⁵¹ Und die Kommunikationswissenschaftlerin Nanett Bier konstatiert, dass es der medialen Berichterstattung vor Bekanntwerden des NSU „an Kontinuität und Hintergründen über Strukturen rechtsextremistischer Organisationen sowie über die weite Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen“ mangle. Selbst nach Bekanntwerden der Mordserie werde „das Thema Rechtsextremismus in vielen Medienhäusern eher als ‚Quotenkiller‘ angesehen“. Es unterliege den Aufmerksamkeitsmechanismen, die erst dann greifen, wenn „von besonders gewalttätigen oder folgenreichen Taten berichtet werden kann“.⁵²

⁵⁰ Vgl. Gür-Seker, Derya: „In Deutschland die Soko Bosphorus, in der Türkei die Soko Ceska.“ Die Berichterstattung über die NSU-Morde in deutsch- und türkischsprachigen Medien im Vergleich, in: Friedrich, Sebastian / Wamper, Regina / Zimmermann, Jens (Hg.): Der NSU in bester Gesellschaft. Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat, Münster, 2015, S. 93-114.

⁵¹ Haller, Michael: Rechtsterrorismus in den Medien, Berlin, 2013, S. 21.

Dieser Umstand – also der Mangel an Hintergründen und auch inhaltlichen Auseinandersetzungen mit extrem rechten Aussagen – ist nicht zuletzt extremismustheoretischen Konzeptionen geschuldet, die eine Wesensgleichheit von sogenanntem rechtem und linkem Extremismus annehmen und beides in der Differenz zu einer sogenannten politischen Mitte konstruieren. Denn dieser Erklärungsansatz blendet zum einen die Genese von Rechtsextremismus weitgehend aus, dethematisiert inhaltliche Überschneidungen zum Konservatismus und vernachlässigt gesellschaftliche Ursachen für Rechtsextremismus. Zum anderen wird in der Extremismusforschung die extreme Rechte vor allem entlang ihrer Verfassungsgegnerschaft bestimmt. Der Sozialwissenschaftler Alexander Häusler stellt fest, dass die Extremismustheorie „rein formalistisch zwischen einer ‚demokratischen Mitte‘ und ‚extremistischen Rändern‘“ unterscheide, „ohne die innere Verfasstheit dieser ‚Mitte‘ wie dieser ‚Ränder‘ inhaltlich zu durchdringen oder gar infrage zu stellen“.⁵³ Insofern kann und sollte die Extremismustheorie auch als erkenntnishinderndes Instrument in Sachen Rechtsextremismusforschung begriffen werden. Der Politikwissenschaftler Frank Decker beispielsweise schreibt darüber hinaus, dass für die „Suche nach den Ursprüngen und Erfolgsursachen“ der AfD „die Sarrazin-Debatte nicht unerwähnt bleiben“ dürfe. Die Debatte habe „maßgeblich dazu beigetragen, den diskursiven Raum für den Rechtspopulismus zu öffnen. Dies gilt zumal, als Sarrazin dessen Programmformel mit Büchern zur Eurokrise und Political Correctness weiter ausbuchstabierte“.⁵⁴

Die Frage nach den gesellschaftlichen Erfolgsursachen der extremen Rechten und schließlich die Frage nach Einstellungsmustern in der Bevölkerung kann also mit einem extremismustheoretischen Blick nicht beantwortet werden. Im Gegenteil führt diese Perspektive zu einer Strategie der Verharmlosung oder Verdrängung.⁵⁵

Dass dieser Ansatz der Extremismusforschung erheblich auch in die medialen Diskurse einfließt, zeigt sich daran, dass dort nicht selten extrem rechte Phänomene in einen extremismustheoretischen Kontext gestellt werden. Statt sich inhaltlich mit den Phänomenen rassistischer oder völkisch nationalistischer Ein-

⁵² Bier, Nanett: Journalisten und der NSU-Prozess, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 40/2015, S. 48-54, hier: S. 48f.

⁵³ Häusler, Alexander: Rechtspopulismus als Stilmittel zur Modernisierung der extremen Rechten in: Häusler, Alexander (Hg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden, 2008, S. 37-54, hier: S. 42.

⁵⁴ Decker, Frank: AfD, Pegida und die Verschiebung der parteipolitischen Mitte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40/2015, S. 27-32, hier: S. 28. Siehe zur Sarrazindebatte und zu der Verbreitung antimuslimischer Rassismen in dem bundesdeutschen Medien: Friedrich, Sebastian (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft, Münster 2011.

⁵⁵ Vgl. Falter, Matthias: Critical Thinking Beyond Hufeisen. „Extremismus“ und seine politische Funktionalität, in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.): Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells, Wiesbaden, 2011, S. 85-101.

stellungen auseinanderzusetzen, werden sie oftmals einzig entlang der Frage nach Gewalt oder Gegnerschaft zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung behandelt und gleichsam zu anderen Formen des ‚Extremismus‘ in Relation gesetzt. Nicht nur der permanente Vergleich, sondern auch die Frage nach den Gründen und Ursprüngen extrem rechter Einstellungen verweist oftmals auf extremismustheoretische Konzeptionen. So hält sich in der bundesdeutschen Presse beharrlich die Vorstellung, Rechtsextremismus sei vor allem ein Problem der östlichen Bundesländer. Dies wird begründet mit einem Verweis auf die politische Kultur der DDR. Der Verweis auf „die ‚braunen Ursprünge‘ des Rechtsextremismus im DDR-System“, so der Soziologe Matthias Quent, fungiere diskursiv entlastend gegenüber „den aktuellen Ungleichheitsmechanismen, welche heute die Entstehung des Rechtsextremismus begünstigen“⁵⁶ und darüber hinaus legt er nahe, dass Begünstigungsfaktoren für extrem rechte Einstellungen eben nicht aktuelle hegemoniale rassistische oder autoritäre Diskurse seien, sondern eine ursprüngliche Reaktion auf staatlichen Antifaschismus und Realsozialismus. Dahinter steht das Bild, die Linke bedinge die Rechten und die Agitation letzterer sei eine Reaktion auf die Agitation ersterer.

Vor dem Hintergrund dieser Auseinandersetzung mit der extremen Rechten entstand 2014 das Netzwerk Pegida.

⁵⁶ Quent, Matthias: Sonderfall Ost - Normalfall West? Über die Gefahr, die Ursachen des Rechtsextremismus zu verschleiern, in: Frindte, Wolfgang u.a. (Hg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden, 2016, S. 99-117, hier: S. 112.

Geschichte und Struktur von Pegida bis Ende 2015

Die Entstehung von Pegida fand vor allem im sozialen Netzwerk Facebook statt. Personell war es der Freundeskreis von Lutz Bachmann, der in der Facebook-Gruppe „Friedliche Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ Menschen mobilisierte. Über seine ausschlaggebenden Motive, die Gruppe zu initiieren, gab der bis dahin politisch nicht aktive Bachmann selbst in einem Interview an: Bei einem Spaziergang durch die Dresdner Innenstadt sahen sie eine Gruppe von Menschen, die sich mit den kurdischen KämpferInnen in Rojava solidarisierten. Bachmann gab an, dass er nach den Angriffen von Salafisten auf kurdische DemonstrantInnen in Hamburg und Celle nun etwas gegen eine schleichende „Islamisierung“ in Deutschland unternehmen müsse. Die Demonstration in der Dresdener Innenstadt sei für ihn ein Ausdruck gewesen, dass der Krieg im Nahen Osten nun Dresden erreicht habe.⁵⁷ Die ersten Mitglieder der Facebook-Gruppe kamen fast ausschließlich aus dem Bekanntenkreis von Lutz Bachmann. Dort entstand die Idee gegen eine „Islamisierung“ zu demonstrieren und die Gruppe wählte dafür den Montag als symbolträchtigen Tag aus. Damit verdeutlichte das Netzwerk, in welcher politischen Tradition es stehen würde. Der Montag galt im Herbst 1989 als Tag, an dem in zahlreichen Städten der DDR die Menschen gegen die SED auf die Straße gingen. Diese Verknüpfung der „Friedlichen Revolution“ mit den Protesten gegen eine „Islamisierung“ ist noch heute wichtig bei der Präsentation von Pegida. Das Netzwerk Pegida knüpfte auch mit Slogans und Begriffen an die Montagsdemonstrationen von 1989 an. Dieser Charakter der Demonstrationen in Dresden erklärt, warum Pegida in kurzer Zeit eine so hohe Anzahl von Menschen aktivieren konnte. Die erste Demonstration fand am 20. Oktober 2014 statt. Es kamen 350 Menschen. Der Anspruch, jeden Montag zu demonstrieren bis ihre Forderungen erfüllt seien, wurde bereits zu Beginn formuliert. Pegidas TeilnehmerInnenzahlen verdoppelten sich in der zweiten Woche. Bis Dezember 2014 wuchs die Anzahl auf über 10.000 Menschen an. Den Höhepunkt dieser Entwicklung erreichte Pegida im Januar 2015, als sich zwischen 17.000-20.000 Menschen dem „Spaziergang“ anschlossen.

⁵⁷ Siehe Bild-Online vom 1. Dezember 2014:
<http://www.bild.de/regional/dresden/demonstrationen/pegida-erfinder-im-interview-38780422.bild.html>, abgerufen am 14. April 2016.

Pegida gründete im Dezember 2014 einen Verein, der jedoch nicht für jeden und jede zugänglich war. Mitglieder wurden 12 Menschen, die seit Beginn mitwirkten. Bachmann wurde erster Vorsitzender, flankiert von den StellvertreterInnen Kathrin Oertel und René Jahn. Die drei Personen waren dann auch in der Öffentlichkeit Ansprechpersonen für die Presse, wobei die Interviewtätigkeit von Pegida sehr minimal war. Der Verein organisierte die Demonstrationen in Dresden, war verantwortlich für die Inhalte bei Pegida und vernetzte weitere SympathisantInnen in anderen Städten. Das Verhältnis zu Parteien, die im sächsischen Landtag präsent waren, war zu diesem Zeitpunkt noch unbestimmt. Obwohl Pegida sich offiziell nicht vereinnahmen lassen wollte, gab es seit dem Beginn 2015 durchaus Gespräche mit LandespolitikerInnen der CDU sowie der AfD. Über konkrete Inhalte der Gespräche gibt es jedoch keine klaren Angaben. Die AfD hatte ein ambivalentes Verhältnis zu Pegida. Obwohl inhaltliche Überschneidungen existierten, gab es persönliche Differenzen. Vor allem Bachmanns kriminelle Vergangenheit wurde in der AfD kritisch bewertet.

Trotz dieser unterschiedlichen Sichtweisen in der AfD kam es Anfang Januar 2015 zu Gesprächen, die überwiegend von Oertel und Jahn mit Frauke Petry geführt wurden. Obschon keine detaillierten Informationen an die Öffentlichkeit drangen, erzeugte eine mögliche Kooperation bei Pegida Spannungen, die schlussendlich die Spaltung des Vereins mit herbeiführten. Die Forderung, Bachmann solle als Vorsitzender des Vereins zurücktreten und auch seine Aktivitäten bei den Demonstrationen einstellen,⁵⁸ war ausschlaggebend dafür, dass Anfang Februar fünf Gründungsmitglieder den Verein verließen, darunter Oertel und Jahn. Sie gründeten die Gruppe „Direkte Demokratie für Europa“ (DDfE), die in ähnlicher Form wie Pegida in der Öffentlichkeit auftreten wollte. Nach drei Demonstrationen, die in Dresden stattfanden, beschränkte sich die DDfE auf eine Internetpräsenz.

Pegida musste sich also in kurzer Zeit neu organisieren, was offensichtlich problemlos gelang. Ab Mitte Februar 2015 fanden die montäglichen Demonstrationen wieder statt. Mit Siegfried Däbritz trat nun ein Akteur in die Öffentlichkeit, der aus dem Freundeskreis von Pegida-Gründer Bachmann stammte und sich aber bis zu diesem Zeitpunkt im Hintergrund gehalten hatte. Däbritz wurde gleichzeitig Versammlungsleiter und übernahm von diesem Zeitpunkt an auch Tätigkeiten auf der Bühne. Durch diese personelle Veränderung trat Pegida in eine neue Phase ein. Ebenso bewiesen bis zum Sommer 2015 die kontinuierlich hohen TeilnehmerInnenzahlen von mehreren tausend Menschen, dass Pegida sich etablierte und eine politische Nische ausfüllte.

⁵⁸ Brisant war dazu, dass Frauke Petry in einer Pressemitteilung einen angeblichen Rücktritt von Bachmann kommentierte, obwohl dieser Schritt noch nicht offiziell verkündet wurde. Petry distanzierte sich von Bachmann „aufs Schärfste“. Siehe: <http://spiegel.de/politik/deutschland/lutz-bachmann-afd-verwirrt-mit-pressemitteilung-a-1014227>, abgerufen am 20. April 2016.

Im März 2015 kündigte Pegida an, eine Kandidatin für das Dresdner Oberbürgermeisteramt zu nominieren: Tatjana Festerling. Festerling stammte aus Hamburg und war dort aus der AfD ausgetreten, nachdem positive Aussagen von ihr über das Netzwerk „Hooligans gegen Salafisten“ zu massiver Kritik innerhalb des Landesverbandes geführt hatten. Die ehemalige AfD-Politikerin wurde schnell zu einer führenden Rednerin bei Pegida-Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet. Dass sie für das Amt kandidierte, war dennoch überraschend, da sie über wenig Wissen über die Besonderheiten der Dresdner Lokalpolitik verfügte. Pegida schaffte durch ihre permanente medienwirksame Präsenz in der Öffentlichkeit einen beachtlichen Erfolg und erzielte 9,6% der Stimmen. Zum zweiten Wahlgang trat Festerling nicht an. Pegida forderte stattdessen ihre AnhängerInnen auf, den Kandidaten des Verbandes Unabhängige Bürger für Dresden e. V., Dirk Hilbert zu wählen, um einen Sieg der Kandidatin Eva-Maria Stange zu verhindern, die von der SPD, den Grünen und der Partei Die Linke unterstützt wurde. Dies gelang. Nach dem Wahlerfolg kündigte Bachmann an, als Bürgerbewegung DirektkandidatInnen bei den Landtagswahlen 2016 aufzustellen. Ebenso wolle man ein Bürgerbegehren für die Abschaffung der GEZ-Gebühren initiieren. Damit entsprach er auch den Forderungen vieler AnhängerInnen, Pegida solle an Wahlen teilnehmen, um politisch mehr Tragweite zu erlangen. Wenngleich innerhalb des Jahres 2015 Bachmann immer wieder auf seiner Facebook-Seite eine Parteigründung oder Teilnahme an Wahlen ankündigte, wurde bislang keine Realisierung dieser Pläne ansatzweise vollzogen. Auch das Volksbegehren zur Abschaffung der GEZ-Gebühren verlief im Sande.

Pegidas Demonstrationstätigkeit blieb bis zum Jahresende 2015 ungebrochen. Zum Jahrestag konnten die Organisatoren noch einmal über 15.000 Menschen mobilisieren. Die Veranstaltung löste im Nachgang eine höhere mediale Aufmerksamkeit aus. Akif Pririnçi, der schon mehrmals bei anderen Pegida-Ablegern auftrat, erklärte in seiner Rede in Bezug auf die scheinbare Distanz von Bundesregierung zu den Forderungen der „schweigenden Mehrheit“:

„Offenkundig scheint man bei der Macht die Angst und den Respekt vor dem eigenen Volk so restlos abgelegt zu haben, dass man ihm schulterzuckend die Ausreise empfehlen kann, wenn es gefälligst nicht pariert. Es gäbe natürlich auch andere Alternativen. Aber die KZs sind ja leider derzeit außer Betrieb.“⁵⁹

Obwohl Bachmann sich danach von der Aussage von Pririnçi distanzierte, war die Rede ein Indiz dafür, dass sich die Positionen bei Pegida-Veranstaltungen weiter radikalisierten. Zu den Demonstrationen kamen bis zum Jahresende auf zwischen 3000-8000 Menschen. Trotz dieses Einbruchs gelang es Pegida im

⁵⁹ Siehe: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/akif-pirincci-rede-bei-pegida-in-dresden-abgebrochen-a-1058589.html>, abgerufen am 10. April 2016.

Jahr 2015, tausende Menschen wöchentlich für eine politische Veranstaltung zu mobilisieren.

Nationale und internationale Ableger

Wenige Wochen nach der Entstehung von Pegida kam es außerhalb von Dresden zu Protesten, die sich auf Pegida bezogen, jedoch nicht zwangsweise eine direkte Verbindung zum Dresdner Original hatten. Kagida (Kassel gegen die Islamisierung des Abendlandes) oder Dügida (Düsseldorf gegen die Islamisierung des Abendlandes) sollten auch in anderen Bundesländern den Protest gegen die bundesrepublikanische Migrationspolitik initiieren. Zu Beginn des Jahres 2015 konnten gut zwei Dutzend Ableger registriert werden. Die Resonanz auf die Gründungen hatte nicht die Dynamik wie in Dresden. Außerhalb von Dresden wurden nur selten vierstellige Demonstrationszahlen bei ihren „Spaziergängen“ erreicht. In den meisten Städten, so in München oder auch in Berlin, kamen nur ein paar Dutzend Menschen. Auch in Leipzig, wo Legida ab Januar 2015 in unregelmäßigen Abständen Demonstrationen durchführte, war die Resonanz nicht in dem Ausmaß wie in Dresden vorhanden. Selbst die Unterstützung von Lutz Bachmann oder anderen ProtagonistInnen aus Dresden, konnte hier keine Trendwende erwirken. In der Zahlenstärke ihrer „Spaziergänge“ war Pegida ein lokales Phänomen, das sich auf Dresden beschränkte.

Das Verhältnis von Pegida zu seinen Ablegern war nicht einheitlich. Nachdem bei Veranstaltungen auch RednerInnen auftraten, die eine Vergangenheit in der extremen Rechten hatten, gab es Spannungen zwischen mehreren Ablegern und der Dresdner Zentrale, die mitunter die Aberkennung des Pegida-Status, wie etwa in München, zur Folge hatten. Die Ursache für die Trennung mit einigen Ablegern lag häufig an der offenen Akzeptanz von extrem rechten Positionen. Der Anspruch von Pegida in Dresden, sich als „bürgerliche Bewegung“ zu präsentieren, wurde dadurch gefährdet. Ebenso wurde der Führungsstil der Dresdner kritisiert. Bis zum Jahresende 2015 waren deshalb immer wieder Unstimmigkeiten festzustellen, die dann zu einer Auflösung der lokalen Ableger führten.

Pegida baute auch internationale Kontakte auf. Dies bewies schon die RednerInnenliste bei Veranstaltungen in Dresden, wo z.B. Geert Wilders, Vorsitzender der niederländischen „Partei der Freiheit“ auftrat. Auch Angehörige des „Vlaams Belang“ oder der „English Defence League“ waren Gäste. Offizielle Partner von Pegida, die aber politisch unbedeutend blieben, existierten 2015 in mehreren europäischen Ländern. Außer in der Tschechischen Republik konnten

Demonstrationen kaum eine größere Anzahl von Menschen aktivieren. Die internationale Anknüpfung, sei es durch eigene Gründungen oder durch Kontakte zu islamophoben und konservativen Parteien, zeigt, dass sich Pegida als Teil einer größeren Bewegung begriff. Pegidas internationales Engagement war auch eine Vernetzung mit den Parteien und Gruppen, die einen starken antimuslimischen Rassismus propagieren und Europa in einem Krieg gegen den Islam sehen. Dieser Themenkomplex war auch bei Pegida bis zum Jahresende ein immer stärkeres Motiv und wurde mit zunehmender martialischer Rhetorik wichtiger inhaltlicher Bestandteil.

Ablauf des „Spazierganges“ in Dresden

Pegida entwickelte von Anfang an einen spezifischen Ablaufplan für ihre Demonstrationen, der für politische Veranstaltungen untypisch ist. Dies zeigte sich schon bei der Benennung der Veranstaltungen als „Spaziergänge“. Der „Spaziergang“ deutete auf einen bürgerlichen Protest hin, der eben nicht die Charakteristik einer Demonstration haben sollte. Hier zeigte sich eine Unterscheidung, die in der Wahrnehmung von Pegida auch als Demonstration der „schweigenden Mehrheit“ begriffen wurde. Pegida inszenierte sich als fundamental gegenüber „denen da oben“ aufbegehrend. Das „Oben“ steht dabei für ein Konglomerat aus verschiedenen AkteurInnen. Dazu gehören Parteien, die im Bundestag vertreten waren, aber auch die Medien. Dagegen ist „unten“ eng mit dem Begriff der „schweigenden Mehrheit“ verbunden, die sich weder von den „Altparteien“ noch von den Medien vertreten fühlen würden. Mit diesem Gegensatzpaar sowie dem historischen Bezug auf die Montags-Demonstrationen in der DDR war eine Konstellation geschaffen, die sowohl bei politischen Reden wie auch bei der Präsentationsform eine enorme Rolle spielte. Die Parole „Wir sind das Volk!“ brachte den Anspruch von Pegida auf den Punkt: Pegida verstand sich als wahre Vertretung einer Mehrheit, die in der Parteienlandschaft und in den Parlamenten keine Stimme habe.

Zu Beginn jeder Veranstaltung hielt ein Vertreter oder eine Vertreterin des Organisations-Teams eine kleine Rede, die sich häufig mit den Ereignissen der vergangenen Woche beschäftigte. Die Reden zeichneten sich durch eine sehr alltägliche Sprache aus, die eine dichtere Kommunikation mit dem Publikum ermöglichte. So entwickelte sich eine Interkommunikation zwischen Publikum und RednerIn und führte dazu, dass sich das Publikum als Teil der Veranstaltung begriff. Die Stimmung konnte deshalb fast zu einer Stadionatmosphäre anschwellen, bei der lautstark und aggressiv Parolen geschrien wurden.

Die Inszenierung der „Spaziergänge“ änderte sich im Laufe des Jahres 2015. Zu Beginn der Demonstrationstätigkeit forderten die OrganisatorInnen die TeilnehmerInnen auf, schweigend durch die Straßen von Dresden zu gehen. Dies änderte sich im Laufe der Zeit erheblich. Parolen, die aus der extrem rechten Szene adaptiert wurden, wie „Widerstand, Widerstand“ oder „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“ waren nun auch auf den „Spaziergängen“ zu hören. Dadurch stieg die Aggressivität der Demonstrationen deutlich an und es kam zu Übergriffen auf JournalistInnen und GegendemonstrantInnen. Wenngleich Pegida immer wieder beteuerte, diese Übergriffe nicht zu tolerieren, häuften sie sich zum Jahresende im Umfeld von Pegida.⁶⁰

Ebenso traten GastrednerInnen auf. Pegida lud nationale und internationale Gäste ein, die verschiedenen politischen Spektren angehörten. Auch neurechte Denker, wie Götz Kubitschek oder Udo Ulfkotte waren bei Pegida-Veranstaltungen zu hören. Ebenso sprachen Personen, die bis dahin politisch nicht in Erscheinung getreten sind. Diese Mischung verband den volkstümlichen Charakter, den Pegida zelebrierte, mit politisch geschultem Personal aus der Neuen Rechten.

Nach den Redebeiträgen wurde die Nationalhymne gesungen. Parallel wurden bei günstigen Wetterbedingungen Smartphones mit ihrem Licht in die Luft gehalten, um damit ein Zeichen zu setzen und Geschlossenheit zu demonstrieren. Den Abschluss jeder Veranstaltung bildeten die Aufforderungen seitens des Organisationsteams, dass jedeR AnhängerIn im Familien- und Freundeskreis Werbung für Pegida machen solle. Damit wurde eine enge Verbundenheit zwischen AnhängerInnen und OrganisatorInnen hergestellt. Pegida entwickelte sich mit dem Wechsel zwischen Bühne und Publikum zu einer interaktiven Veranstaltung, die empathische Grenzen aufhob und zur Teilnahme animierte.

Pegida in Dresden schaffte es durch diese Form der Präsentation, in kürzester Zeit einen erheblichen UnterstützerInnenkreis aufzubauen, der die Veranstaltung auch als eine Art „popkulturelles Event“ auffasste. Diese dynamische Demonstrationskultur ist ein großer Unterschied zu Demonstrationen von Ablegern in anderen Städten, bei denen diese Darstellungsform zwar zu imitieren versucht wurde, aber nicht ansatzweise dem Original entsprach. Wenngleich die Sprache zum Jahresende rauer wurde, hat Pegida repräsentative Maßstäbe in der Öffentlichkeit gesetzt, die von anderen Gruppen aus der extremen Rechten auf lokaler Ebene adaptiert wurden.

⁶⁰ Höhepunkt waren Auseinandersetzungen zwischen rechten Hooligans und linken GegendemonstrantInnen während der Pegida-Veranstaltung in Dresden vom 19. Oktober 2015, bei denen mehrere Menschen verletzt wurden. Siehe: <http://www.mdr.de/sachsen/dresden/ticker-pegida-jahrestag100.html>, abgerufen am 14. April 2016.

Politische Themen

Inhaltlich berufen sich die RednerInnen von Pegida auf ein zentrales Thesenpapier. Dort lassen sich einige Kernthemen herauskristalisieren, die in Reden angesprochen wurden. Mit den Dresdner Thesen vom Februar 2015, die von allen offiziellen Pegida-Ablegern anerkannt werden müssen, lag ein Papier vor, das als schriftliche Vorgabe für die Ableger diene. Obgleich die Betonung dieser Thesen bei Pegida enorm ist,⁶¹ wurde nicht ersichtlich, welche Strategien zur Umsetzung der Forderungen Pegida beschreiten würde. Es sind insofern auch die Aussagen der RednerInnen bei Pegida zu beachten, deren inhaltliche Schwerpunktsetzungen sich bis zum Jahresende 2015 änderten.

Islamisierung

Unter dem Schlagwort „Islamisierung“ fasst Pegida einen Komplex zusammen, der aus der neurechten Szene stammt. Darunter verstehen deren VertreterInnen, dass eine stetige Umwandlung kultureller, gesellschaftlicher und politischer Werte in der Gesellschaft vorangetrieben werde, die das „christlich-jüdische Abendland“ in eine islamische Gesellschaft transformiere. Diese Vorstellung war bei Pegida von Beginn an vorhanden und verstärkte sich im Laufe der Zeit zunehmend. Für Bachmann war eine Demonstration zur Unterstützung der säkularen kurdischen YPG ein Indiz für eine „Islamisierung“, da er den kurdischen DemonstrantInnen aufgrund ihrer Herkunft jegliche Legitimität absprach, in Deutschland eine Kundgebung abzuhalten. „Islamisierung“ wurde bei Pegida zu einem Schlagwort, das zum einen die muslimische Religion ablehnt und zum anderen diese Religionszugehörigkeit entlang einer vermeintlichen Herkunft von Menschen zuschreibt. In diesem Zusammenhang wurde der Islam als eine monolithische Religion angesehen, die in all ihren Facetten ein Gegenkonzept zum „christlich-jüdischen Abendland“ repräsentiere.

Die These der „Islamisierung“ nahm natürlich auch deshalb so viel Raum in der Öffentlichkeit ein, weil es bei Pegida im Namen stand. Dennoch spielte das Thema für die Teilnehmenden zu Beginn nur eine untergeordnete Rolle, wie Fernsehinterviews der Sendung „Panorama“ vom November 2014 belegen. „Is-

⁶¹ Diesen Stellenwert bewies Lutz Bachmann schon dadurch, dass er die Thesen an das Portal der Dresdner Kreuzkirche mit einem Tesastreifen anklebte. Kommentarlos wurden die Thesen von einem Mitarbeiter wieder entfernt. Siehe: <http://.tagesspiegel.de/politik/lutz-bachmann-und-pegida-der-thesenanschlag-von-dresden/11381508.html>, abgerufen am 14. April 2016.

lamisierung“ fand real nicht statt und schon gar nicht in Dresden. Dieser Befund war für Pegida dennoch kein Anlass, von dem Schlagwort „Islamisierung“ abzurücken. Stattdessen kam es in der zweiten Jahreshälfte zu einer Trendwende. Jegliche Form von Kriminalität, die vermeintlich von Menschen mit muslimischem Glauben ausgeführt wurden, war automatisch ein Indiz für eine flächendeckende „Islamisierung“, die in Reden auch als „Umvolkung“ bezeichnet wurde. Damit übernahm Pegida die These neurechter TheoretikerInnen, die einen „Kulturkampf“ zwischen einem aggressiven Islam und einem friedlichen Christentum propagieren. Pegida entwickelte sich in dieser Frage zu einem rechtspopulistischen Sprachrohr, das die Theorie der Neuen Rechten in eine breite Öffentlichkeit trug. Real verfestigte sich ein antimuslimischer Rassismus, der jedes islamische Symbol oder jeden islamgläubigen Menschen als potentiellen Kulturkämpfer oder gar Terroristen ansah.

Sozialer Protest

Umfragen im Winter 2014/2015 bei Pegida-AnhängelInnen belegen, dass die Motivation vieler DemonstrantInnen besonders die soziale Ungerechtigkeit in Sachsen war. Zahlreiche TeilnehmerInnen gaben an, dass der Zustand von Renten oder Langzeitarbeitslosigkeit im Freistaat solche Dimensionen angenommen habe, die Verzweiflung hervorriefen. Auch die RednerInnen griffen diese Thematik auf. Vorhandene soziale Ungerechtigkeiten wurden der Ankunft von geflüchteten Menschen angelastet. Gerade das Ausspielen sozial-schwacher Gruppen gegeneinander nahm bei Pegida einen hohen Stellenwert ein, wobei das Thema soziale Ungleichheit mit einem rassistischen Diskurs verknüpft wurde.

Pegida nutzte hierbei eine Stimmung aus, die sich Ressentiments bedient, die nicht nur in der extremen Rechten, sondern ebenso in der gesellschaftlichen „Mitte“ existieren. Geflüchteten Menschen wurde unterstellt, aufgrund sozialer Anreize nach Deutschland zu kommen, um hier auf Kosten deutscher SteuerzahlerInnen zu leben. Diese plakative Vorstellung wurde mit Meldungen in sozialen Netzwerken unterlegt, die entweder Einzelfälle als Regelfälle darstellten oder sich im Nachgang als Halbwahrheit bzw. Lüge entpuppten. Pegida war hierbei fester Bestandteil eines medialen Netzwerkes, das aus neurechten Blogs, Foren und Informationsseiten bestand. Wenngleich die soziale Ungerechtigkeit in der Bundesrepublik ein Strukturproblem darstellt, dienten Geflüchtete als Sündenböcke, die mit der Entstehung des Problems schlicht nichts zu tun hatten.

Russland und die „Lügenpresse“

Schon bei den Montags-Mahnwachen war eine besondere Bewunderung für Wladimir Putin bzw. Russland zu registrieren. Bei Pegida tauchten 2014 Plakate auf, die Frieden mit Russland forderten und dabei die politische Entwicklung im Osten Europas seit 2014 kritisch betrachteten. Mit dem Ausbruch des Bürgerkrieges in der Ukraine im Februar 2014, der Ende 2015 noch nicht beigelegt war, entstand in der Bevölkerung eine kritische Haltung gegenüber den Medien, die Wladimir Putin als alleinigen Urheber des Konfliktes identifizierten. Der Krieg wurde in bürgerlichen Medien fast ausschließlich aus Sicht der Kiewer Regierung erklärt und ließ Verbrechen von Mitgliedern des „Prawy Sektor“ nahezu unkommentiert. Die deutschen Medien büßten dadurch in der Bevölkerung an Glaubwürdigkeit ein und wurden auch von eigenen Gremien kritisiert.⁶² Erst im Jahr 2015 änderte sich zwar die Berichterstattung zum Krieg in der Ukraine, doch war bei den Pegida-AnhängerInnen die Konstruktion, dass die Medien absichtlich die Ereignisse in der Ostukraine verschleierte, weiterhin präsent. Dies erklärt die hohe Pressefeindlichkeit bei den AnhängerInnen. Im Umfeld tauchte 2014 der Begriff „Lügenpresse“ auf und wurde zu einer populären Parole der Teilnehmenden. Putin und damit auch Russland wurden zu Opfern einer Medienkampagne stilisiert, die koordiniert Stimmung betreibe. Gerade mit der Idee, die EU und die USA versuchten Russland weiter zu destabilisieren, war die Anschlussmöglichkeit bei Pegida für verschiedene politische Lager gegeben.

Der Begriff der „Lügenpresse“ ist nicht explizit von Pegida entwickelt worden. Er wurde schon seit dem 19. Jahrhundert in verschiedenen politischen Kontexten verwendet, um politische GegnerInnen zu diskreditieren. Der Begriff erfüllt dabei zwei wichtige Funktionen. Er teilt in „gute“ bzw. „böse“ Medien ein und gibt damit ein Werturteil vor, das einen dogmatischen Charakter hat. Immer schon waren und sind PressevertreterInnen einer fundamentalen Ansicht unterworfen, wenn sie mit dem Stigma der „Lügenpresse“ belegt werden. Pegida nutzte den Begriff auch, um Abgrenzungen vorzunehmen, die durch einen Presseboykott untermauert wurden. Seit Beginn der Demonstrationen betonten die OrganisatorInnen immer wieder, dass die Presse ihre Positionen mit Absicht falsch interpretiere. Die RednerInnen und AnhängerInnen waren bis zum Jahresende kaum bemüht, das Verhältnis zur Presse zu verbessern. Stattdessen stiegen die verbalen Angriffe auf MedienvertreterInnen an. Die Presse kann deshalb als ein Feindbild unter den Pegida-AnhängerInnen und deren ProtagonistInnen gelten.

⁶² Der ARD-Programmbeirat kritisierte die Berichterstattung der ARD als „nicht ausreichend differenziert“ und „tendenziell gegen Russland und die russische Position“ gerichtet. Siehe Handelsblatt.de vom 18. September 2014: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ruege-des-programmbeirats-berichtet-die-ard-zu-russlandkritisch/10722250.html>, abgerufen am 14. April 2016.

Die zweite Funktion war der Charakter, der aus der Tradition von 1989 stammte. In Reden wurde wiederholt hervorgehoben, dass nicht nur die Regierung von Angela Merkel Züge der DDR annehme, sondern auch die Presse einen deutlichen Anteil daran habe, Meinungen zu steuern. Pegida sah deshalb ihre Protesthaltung gegenüber der Presse als einen Akt des Widerstandes, der sich gegen das bundesrepublikanische System richtete und betonte aus diesem Grund, sie selbst seien Opfer einer Medienkampagne. Pegida stellte sich als einzige politische Organisation dar, die gegen dieses System aufbegehrte. Gerade in Kombination mit Verschwörungstheorien, die eine geheime Macht hinter jedem gesellschaftspolitischen Vorgang wittern, erzielte Pegida damit eine große Resonanz in Dresden.

Politische Einordnung

Pegida entwickelte sich innerhalb von wenigen Wochen zu einem Phänomen, das mehrere tausend Menschen fast jeden Montag mobilisieren konnte. Bis zur Spaltung gab es mehrere Versuche, das Netzwerk als „bürgerlich“ zu charakterisieren, das gegen einen gesellschaftlichen Zustand mit friedlichen Mitteln aufbegehre. Dass Pegida und besonders seine AnhängerInnen keine tatsächliche „Islamisierung“ feststellten, sondern ein unkonventionelles Unbehagen fühlten, ergaben Umfragen von Fernsehteams sowie der Wissenschaft. Der Befund über die politische Motivation änderte sich nach der Spaltung deutlich, als sowohl die RednerInnen wie auch die Teilnehmenden radikalere Positionen während der „Spaziergänge“ formulierten und diese auch durch einen aggressiveren Ton untermauerten. Ein antimuslimischer Rassismus war unverkennbar. Auch differenzierte Pegida seit dem Sommer 2015 noch weniger, wenn es um die Frage ging, ob Flüchtlinge generell abgelehnt werden sollten. Anfänglich noch unterschied man hier in „Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge“, denen Legitimität, Asyl in Deutschland zu erhalten, nur dann bescheinigt wurde, wenn sie der ersten Gruppe angehörten. Im Laufe des Jahres 2015 änderte sich das und Pegida lehnte Flüchtlinge generell ab.

Die Vorstellung einer kulturellen Abkehr von „deutschen Werten“ war Ende 2015 ein gängiges Klischee, das bei zahlreichen Veranstaltungen betont wurde. Pegida schloss sich damit neurechten DenkerInnen an, die den Einfluss vermeintlich nichtdeutscher Kultur als schädlich betrachteten.

Pegida hat dadurch einen ideologischen Prozess bis zum Jahresende durchlaufen, der anfänglich mitunter moderat in seiner Ausdrucksweise war, jedoch mit immer größerem Einfluss durch neurechte Denker wie Götz Kubitschek an

Schärfe gewann. Kubitschek hatte vermutlich einen großen Einfluss auf das politische Rüstzeug von Bachmann und den anderen Organisationsmitgliedern. Seine Theorien über ein elitäres und autoritäres Gesellschaftsmodell, die Sicherung nationaler Eigenständigkeit durch eine restriktive Grenzsicherung sowie die kulturelle und nationale Homogenisierung der Bevölkerung waren immer wieder deutlich aus den Reden herauszuhören. Auch wenn Pegida weniger Elitarismus verkörpert und sich immer als eine „Bewegung von unten“ darstellte, wurden rechtspopulistische Elemente mit neurechten Fragmenten verbunden. Pegidas Wanken zwischen Konservatismus und der extremen Rechten pendelte zum Jahresende deutlich Richtung Rechtspopulismus.

Zu Beginn formulierte Pegida diffuse Sozialprognosen, die einen angeblichen sozialen Abstieg einkommensschwacher Gruppen aufgrund der Ankunft von geflüchteten Menschen vorhersagten. Damit beherrschte von Beginn an ein völkisches Substrat den Diskurs, das in den folgenden Monaten kontinuierlich ausgebaut wurde. Durch die rhetorische Verschärfung kristallisierte sich ein nationalistischer Protektionismus heraus, der einzig das „Deutsche“ umfasste und alles „Fremde“ als zersetzend betrachtete und kategorisch ablehnte. Durch Begriffe wie „Umvolkung“ oder „Islamisierung“ wurde sichtbar, dass bei Pegida der völkische Nationalismus eine wichtige Rolle spielte. Auch die Zunahme der kämpferischen Rhetorik in der zweiten Jahreshälfte wurde immer als Schutzbehauptung für das „Volk“ geäußert, um jeden Einfluss von außerhalb abzuwehren.

Im Folgenden wird dargelegt, wie Pegida in bundesdeutschen Leitmedien und der sächsischen Presse bewertet wurde.

Das Untersuchungsmaterial

Für die Diskursanalyse zur Berichterstattung zu Pegida wurden zwei bundesweite Zeitungen und eine regionale Zeitung aus Sachsen ausgewählt. Die Auswahl deckt unterschiedliche Spektren ab und gewährleistet so eine breitere Aussagekraft über politische Strömungen hinweg. Mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitungen (FAZ) wurde eine konservative Zeitung ausgewählt.⁶³ Die Süddeutsche Zeitung (SZ) wird für das bürgerlich-liberale Spektrum der Berichterstattung herangezogen.⁶⁴

Mit der Sächsischen Zeitung (SäZ) ist die Berichterstattung in Sachsen und der Region Dresden abgedeckt. Die SäZ ist die auflagenstärkste Zeitung Sachsens und ist somit für die lokale Auseinandersetzung um Pegida von besonderer Bedeutung. Darüber hinaus zeichnete sich die SäZ durch zahlreiche Hintergrundrecherchen aus. So hat der „Reporter des Jahres 2015“ im Bereich „regional“ Ulrich Wolf unter anderem die kriminelle Vergangenheit von Pegida-Chef Lutz Bachmann aufgedeckt. Die Zeitung hat somit auch die bundesweite Auseinandersetzung mit Pegida geprägt.

In den Analysen wurden unterschiedliche Phasen der Berichterstattung markiert und die prägenden Themen und Botschaften, sowie Verschränkungen und Deutungen herausgearbeitet. Da sich die jeweiligen Interpretationen stark unterscheiden, sind für jede Zeitung eigene charakteristische Phasen entstanden. Grundlage sind Artikel mit dem Stichwort Pegida im Zeitraum Oktober 2014 bis Ende 2015. Um die Artikelanzahl auf ein für diese Studie angemessenes Maß zu reduzieren, mussten Einschränkungen vorgenommen werden. So sind im Archiv der Druckausgabe der SäZ⁶⁵ zu Pegida über 2100 Artikel gelistet. Davon sind die 190 Artikel eingeflossen, die auf den Titelseiten der SäZ erschienen sind.

Aus der FAZ sind 74 Artikel Grundlage des Untersuchungsdossiers. All diese Artikel wurden als Kommentare oder Leitartikel veröffentlicht, wobei die als Leitartikel

⁶³ Die FAZ stellt mit einer Auflage von 253.000 Exemplaren und einer Reichweite von bis zu einer Millionen LeserInnen eine der größten bundesweiten Tageszeitungen dar. Siehe <http://www.faz.media/medien/frankfurter-allgemeine-zeitung-fuer-deutschland/>, abgerufen am 23. April 2016.

⁶⁴ Die Süddeutsche Zeitung aus München hat eine Auflage von 368.000 verkauften Exemplaren und ist bundesweit die einflussreichste Zeitung im bürgerlich-liberalen Spektrum. Vgl. Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V., ivw.eu, Titelanzeige Süddeutsche Zeitung, ohne Datum, online im Internet, abgerufen am 7.4.2016

⁶⁵ <https://www.wiso-net.de>, abgerufen am 23. April 2016.

tikel kategorisierten Texte ebenso einen kommentierenden Stil aufweisen. Nicht im Dossier berücksichtigt sind die Artikel, die Pegida nur als Stichwort beinhalten. Für die Untersuchung der SZ wurden die Printausgaben, sowie ein programmatischer Artikel im Onlineangebot verwendet. Als Basis wurden 44 Kommentare und Reportagen ausgewertet. Artikel, die Pegida nur als Stichwort beinhalten und keinen näheren thematischen Bezug auf das Thema haben, wurden nicht im Dossier berücksichtigt, ebenso Artikel zu den Pegida-Ablegern in Bayern und München.

Die Dossiers umfassen somit ausschließlich Leitartikel und Kommentare. Leitartikel, Kommentare und Berichte auf den Titelseiten drücken am deutlichsten die Tendenz der Berichterstattung der jeweiligen Publikationen aus. Einschränkend sei darauf hingewiesen, dass etliche Artikel, so auch die im Laufe des Jahres ausgezeichneten Berichte und Hintergrundreportagen in der SÄZ nicht auf der Titelseite erschienen sind und damit nicht in die Analysen einfließen.

Pegida im Spiegel der FAZ

In der FAZ lassen sich unterschiedliche Phasen der Berichterstattung über Pegida ausmachen.

Vom Aufkommen Pegidas bis zu den Anschlägen in Paris im Januar 2015

In einer ersten Phase wird Pegida vor allem in Verbindung zum Islam, zu Migration und Meinungsfreiheit thematisiert. Etliche Autoren verteidigen Pegidas politische Intention⁶⁶ und das Pegida-Netzwerk wird als weitgehend bürgerliches Netzwerk charakterisiert.⁶⁷ Reinhard Müller schreibt, dass antimuslimische Aussagen, wie eine Ablehnung der „Islamisierung“ nicht rassistisch seien, weil „eine Religion [...] nicht an Herkunft oder Staatsangehörigkeit gebunden“ sei.⁶⁸ Berthold Köhler beschreibt Pegida als ein differentes Netzwerk: „Pegida ist zu einem Becken geworden, das vieles aufnimmt: Angst vor Überfremdung, Unmut über eine zu liberale Ausländerpolitik, aber auch Fremdenhass, Politikverachtung und Führerkult.“⁶⁹ Der Autor kennzeichnet so ein Feld zwischen Rechtsextremismus und Liberalismus, in dem sich Pegida bewege. Jasper von Altenbockum sieht rechtsextreme Inhalte bei Pegida nur von den Medien konstruiert. Hingegen seien es „Männer und Frauen jeden Alters, bürgerlich, vielleicht am besten charakterisiert mit dem Etikett des ‚kleinen Mannes‘“, es seien „bürgerliche[...] Systemverweigerer“.⁷⁰ Pegida wird als Ausdruck der Stimmung in der Bevölkerung⁷¹ beschrieben und so die Parole „Wir sind das Volk“ implizit bestätigt. Nicht die Demonstrierenden seien Werkzeug von extrem Rechten, sondern

⁶⁶ Es handelt sich tatsächlich ausschließlich um Männer.

⁶⁷ Vgl.: Von Altenbockum, Jasper: Heimatlos, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.12.2014, S.1, Von Altenbockum, Jasper: Brett vor dem Kopf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.12.2014, S. 10, Kohler, Berthold: Ernst nehmen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.12.2014, S.1.

⁶⁸ Vgl.: Müller, Reinhard: Falsche Führung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.12.2014, S.8. So negiert er Formen des antimuslimischen und kulturellen Rassismus.

⁶⁹ Kohler, Berthold: Kirche zeigt Kante, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.01.2015, S.8.

⁷⁰ Von Altenbockum, Jasper: Heimatlos, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.12.2014, S.1.

⁷¹ Vgl. Müller, Reinhard: Gereizt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.12.2014, S.8.

Rechtsextreme selbst seien Trittbrettfahrer des „Protests von Bürgern [...], die sich artikulieren wollen, ohne Angst vor politischen Diffamierungen haben zu müssen.“⁷² Das Attribut des „bürgerlichen“ wird in der FAZ nicht als soziale, sondern als politische Kategorie genutzt. Und in dieser politischen Perspektive schließen sich das Bürgertum und der Rechtsextremismus aus.⁷³ Extrem Rechte seien nicht bürgerlich und Bürgerliche könnten nicht extrem rechts sein.

Gleichzeitig wird aber auch schon zu Beginn der Berichterstattung Pegida als gefährlich⁷⁴, wenig staatstragend⁷⁵ und Lutz Bachmann als „rechtskräftig verurteilter[...] Kokain-Dealer“⁷⁶ skizziert. Auffällig ist, dass in diesen Artikeln das Bündnis als *sächsisches* Phänomen eingeordnet wird.⁷⁷ Den meisten inhaltlichen Positionen von Pegida wird mit Verständnis begegnet. Von Altenbockum etwa meint, dass Pegida eine gute Idee von Thomas de Maiziere übernommen habe, nämlich beherzt gegen „Islamisierung und Integrationsgegner“ in die Offensive zu gehen. Allerdings, und dies ist als Kritik an Pegida zu verstehen, müsse das durch Aufklärung passieren und nicht im „Graubereich von Anti-Islam und Anti-Migration“.⁷⁸ Auch wenn das politische Aktionsfeld von Pegida abgelehnt wird und sogar eine Verbindung zu rassistischen Brandanschlägen hergestellt wird⁷⁹, so wird doch die Problematisierung durch Pegida mitgetragen. Auch Müller schreibt: „[E]s gibt keinen Zweifel daran, das bestätigen nicht nur deutsche Politiker jeder Partei Tag für Tag, dass es seit Jahren mehr als ein Problem mit Terror und Gewalt unter dem Banner des Islams gibt – und nicht unter dem des Christentums.“⁸⁰ Das Motiv, eine „Islamisierung“ abzulehnen, sei Angst vor Terrorismus. Die Diskursverschränkung von Islam und Terrorismus wird mitgetragen und lässt den Islam zugleich in Opposition zum Christentum erscheinen, das keine Ursache für Gewalt und Terror darstelle. Kohler teilt ebenfalls die Motive Pegidas. Dies seien „Bürger [...], die sich mit einigem Recht vor dem islamistischen Terror fürchten“.⁸¹ Mehr noch als gegen „Islamisierung“ richte sich Pegida gegen politische Eliten und gegen „Staatspropaganda“. Das sei zwar absurd, meint von Altenbockum, die Frontstellung gegen die bürgerlichen Medien, eingefangen im Begriff der „Lügenpresse“, sei aber auch Aus-

⁷² Von Altenbockum, Jasper: Brett vor dem Kopf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.12.2014, S.10.

⁷³ Vgl. etwa: Von Altenbockum, Jasper: Demaskiert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.12.2014, S.1.

⁷⁴ Deckers, Daniel: Geister, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.12.2014, S.10.

⁷⁵ Von Altenbockum, Jasper: Geboxe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.01.2015, S.1.

⁷⁶ Deckers, Daniel: Organisiert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.01.2015, S.8.

⁷⁷ Vgl.: Müller, Reinhard: Im Meinungskampf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.01.2015, S.1.

⁷⁸ Von Altenbockum, Jasper: Demaskiert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.12.2014, S.1.

⁷⁹ Vgl. ebd. und von Altenbockum, Jasper: Heimatlos, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.12.2014, S.1.

⁸⁰ Müller, Reinhard: Falsche Führung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.12.2014, S.8.

⁸¹ Kohler, Berthold: Ernst nehmen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.12.2014, S.1.

druck der „Wut auf böswillige Berichterstattung“.⁸² Der bürgerlichen Presse wird so eine Mitschuld an der Ablehnung gegen sie zugewiesen.

Auch beim Thema Migration wird dem Bündnis mit Verständnis begegnet. Selbst wenn Pegida weitgehend als nicht rassistisch gekennzeichnet wird, so würden die Demonstrierenden doch MitbürgerInnen ausgrenzen.⁸³ Allerdings seien „Ängste vor Überfremdung [...] nun einmal dem Menschen eigen“.⁸⁴ Mitunter wird eine extremismustheoretische Perspektive eingenommen, wenn betont wird, dass die Ansichten Pegidas absurd seien, dass aber Ansichten, die als links verstanden werden, ebenso absurd seien, wie etwa die Forderung nach „Bleiberecht für alle“.⁸⁵ Dabei werden die „linken“ Positionen aber auch inhaltlich zurückgewiesen.

Auch die Reaktionen auf Pegida werden in der FAZ diskutiert. Dabei zeigt sich, dass Pegida nicht per se als zweifelhaft, sondern mitunter als demokratischer Ausdruck des politischen Meinungskampfes wahrgenommen wird.⁸⁶ Es dominiert hier die Verschränkung mit dem Thema Meinungsfreiheit. Als negative Reaktionen gelten deutliche Abgrenzungen, Ausgrenzungen, Bezeichnungen als rassistisch, extremistisch und rechtsextrem, und „Sprechverbote[...]“⁸⁷. All dies würde von den regierenden Parteien ausgehen, die immer gereizter reagierten⁸⁸, von der Linken und den bürgerlichen Medien. Pegida würde mit Ressentiments begegnet⁸⁹ und ebendies schüre Pegidas Ressentiments gegen die Politik⁹⁰. Explizit kritisiert von Altenbockum Angela Merkel, die zwar Pegida für die Ausgrenzung von MigrantInnen tadle, selbst aber Pegida ausgrenze.⁹¹ Rassismus und die Kritik von Rassismus werden so gleichgesetzt. Nur einmal wird eine entschiedene Abgrenzung gegen Pegida gutgeheißen.⁹² Eine Einordnung von Pegida als rechtspopulistisch oder gar rechtsextrem bezeichnet von Altenbockum als Diffamierung⁹³, die Pegida eher bestärken würde⁹⁴. Ähnlich verhalte es sich mit einer Einordnung als extremistisch:

„Die Motive, [...] haben jedenfalls sehr viel damit zu tun, dass stammtischhafte Beschreibungen einer mit Sorge wahrgenommenen Wirklichkeit als extremistisches Fehlverhalten ‚demaskiert‘ werden. Das ist arrogant, obrigkeitstaatlich

⁸² Von Altenbockum, Jasper: Heimatlos, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.12.2014, S.1.

⁸³ Vgl. Müller, Reinhard: Im Meinungskampf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.01.2015, S.1.

⁸⁴ Ebd.

⁸⁵ Von Altenbockum, Jasper: Heimatlos, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.12.2014, S.1.

⁸⁶ Vgl. Müller, Reinhard: Im Meinungskampf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.01.2015, S.1.

⁸⁷ Von Altenbockum, Jasper: Geboxe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.01.2015, S.1.

⁸⁸ Müller, Reinhard: Gereizt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.12.2014, S.8.

⁸⁹ Vgl.: Von Altenbockum, Jasper: Geboxe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.01.2015, S.1.

⁹⁰ Kohler, Berthold: Ernst nehmen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.12.2014, S.1.

⁹¹ Von Altenbockum, Jasper: Geboxe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.01.2015, S.1.

⁹² Vgl. Kohler, Berthold: Kirche zeigt Kante, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.01.2015, S.8.

⁹³ Von Altenbockum, Jasper: Brett vor dem Kopf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.12.2014, S.10.

⁹⁴ Kohler, Berthold: Ernst nehmen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.12.2014, S.1.

und demaskiert sich selbst. Denn jeder Bürger dieses Landes hat Anspruch darauf zu erfahren, welcher Islam und welche Migration zu Deutschland gehören sollen. [...] Jeder Bürger dieses Landes hat das Recht, dagegen zu demonstrieren.“⁹⁵

Von Altenbockum setzt hier – und das ist gerade in Debatten um „Political Correctness“ nicht unüblich – Kritik an Pegida gleich mit einem Absprechen des Demonstrationsrechts. Die Motive der Demonstrierenden nennt er zwar stammischhaft, kennzeichnet sie aber als dennoch nachvollziehbar. Pegida wird in dieser Phase als Opfer von Redeverboten und „Political Correctness“ beschrieben, als wäre es in Deutschland nicht möglich, rechtsextreme, rassistische oder gar neonazistische Demonstrationen durchzuführen und/oder solche Auffassungen zu äußern. Die Autoren der FAZ imaginieren so eine linke Deutungshoheit, die andere Positionen autoritär unterdrücke, auch wenn – zumindest bei Berthold Kohler – die Zeit vermeintlicher Meinungsverbote als beendet gesehen wird:

„Früher hätten die Linken kurzerhand die Nazi-Keule herausgeholt und sie so lange geschwungen, bis auch die Union den Kopf eingezogen hätte wie eine Schildkröte. Das hat jahrzehntelang so gut funktioniert, dass immer noch mancher Sozialdemokrat reflexhaft zu dieser Waffe greift.“⁹⁶

Pegida wird somit als legitimer Protest beschrieben, der gegen restriktive Maßnahmen verteidigt werden müsse. Solche Maßnahmen, wie etwa ein Demonstrationsverbot, das nebenbei gar nicht öffentlich diskutiert wurde, werden in eine historische Analogie zur DDR gestellt.⁹⁷

Dagegen präferieren die Kommentatoren der FAZ den Dialog.⁹⁸ Man müsse die „Sorgen“ und „Ängste“ der Demonstrierenden ernst nehmen.⁹⁹ Kohler präzisiert das, wenn er meint:

„Wirklich ‚ernst nehmen‘ heißt, die Proteste nicht nur für einen vorübergehenden Vorweihnachtsspek zu halten, sondern eine Einwanderungspolitik zu verfolgen, deren Regeln – wie in den klassischen Einwanderungsstaaten – sich strikt an den Interessen des eigenen Landes orientieren. Auch in Deutschland ist es nicht falsch, von Einwanderern den Willen zur und das Interesse an Integration zu verlangen.“¹⁰⁰

„Ernst nehmen“ heißt hier also, in migrationspolitischen Fragen den Forderungen von Pegida nachzukommen. Etliche Autoren äußern, eine liberale Einwanderungspolitik stärke die extreme Rechte, und schließen damit nahtlos an eine

⁹⁵ Von Altenbockum, Jasper: Demaskiert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.12.2014, S.1.

⁹⁶ Kohler, Berthold: Ernst nehmen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.12.2014, S.1.

⁹⁷ Vgl.: Müller, Reinhard: Im Meinungskampf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.01.2015, S.1.

⁹⁸ Kohler, Berthold: Ernst nehmen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.12.2014, S.1.

⁹⁹ Etwa: Kohler, Berthold: Kirche zeigt Kante, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.01.2015, S. 8, Müller, Reinhard: Im Meinungskampf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.01.2015, S.1.

¹⁰⁰ Kohler, Berthold: Ernst nehmen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.12.2014, S.1.

Denkfigur an, nach der Rassismus eine Folge von Migration sei und nicht der Denormalisierung von Migration, die durch Bedrohungsszenarios, an denen sich auch die FAZ beteiligt, produziert wird. In einem Artikel heißt es entsprechend:

„Womöglich treibt gerade eine große Koalition, deren Kanzlerin auch von der kleinen Opposition bejubelt wird, die Menschen in neue Bewegungen – und auf die Straße.“¹⁰¹

Die Migrationspolitik der großen Koalition wird hier implizit als ‚liberal‘ gekennzeichnet. Eine Gegenposition vertritt hier allerdings Daniel Deckers. Er schätzt „die Entstehung neuer Gruppierungen am rechten Rand des politischen Spektrums“ als eine der „bedenklichsten Phänomene[.] dieses Jahres“ ein und sieht nicht eine liberale Einwanderungspolitik als ursächlich für das Aufkommen extrem rechter Anschauungen, sondern gerade die Tabuisierung und Dämonisierung von Migration v.a. durch die CSU.¹⁰²

... bis zum Bachmann-Hitler Selfie

Unmittelbar nach den Anschlägen in Paris änderte sich diese Ausrichtung der FAZ-Kommentare. Weiterhin wird Pegida mit den Themen Islam, Islamismus und Migration erwähnt und mit Meinungsfreiheit, Political Correctness, dem Demonstrationsrecht, Integration und Extremismus verknüpft.

Doch wird Pegida nun höchst different charakterisiert. Wo zuvor gesagt wurde, dass extrem Rechte die „Trittbrettfahrer“ der ‚bürgerlichen‘ Pegida seien, spricht man nun von „verführten Deutschen“ und einem politischen Bodensatz mit radikalen Ansichten.¹⁰³ Das Bündnis sei realitätsfern¹⁰⁴, eine Bewegung der Unvernunft, ein „Sammelsurium der Unzufriedenheit“¹⁰⁵, eine „Melange aus Wut und Vorurteil“¹⁰⁶ mit „abenteuerlichen Behauptungen“¹⁰⁷. Pegida zeige kei-

¹⁰¹ Müller, Reinhard: Im Meinungskampf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.01.2015, S.1.

¹⁰² Deckers, Daniel: Geister, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.12.2014, S.10.

¹⁰³ Kohler, Berthold: Ein Anschlag auf die Freiheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.01.2015, S.1.

¹⁰⁴ Von Altenbockum, Jasper: Verkümmert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.01.2015, S.10.

¹⁰⁵ Ebd.

¹⁰⁶ Vesper, Reinhard: Wir sind Dresden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.01.2015, S.1.

¹⁰⁷ Ebd.

ne Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen¹⁰⁸ und tue Deutschland nicht gut¹⁰⁹.

Diese Abgrenzungen bestätigen verschiedene Kommentare, die eine inhaltliche Parallele zwischen Islamismus und dem Bündnis feststellen. Kohler beschreibt diese inhaltliche Parallele in zwei Punkten; in der Überzeugung einer unüberwindbaren Differenz zwischen Islam und den Werten westlicher Demokratien und in dem „Hass“ auf die westlichen Medien:

„Doch ist die Überzeugung, dass der Islam und die Werte der westlichen Demokratien unvereinbar seien, nicht auf das Lager der Islamisten beschränkt. In vielen europäischen Ländern gibt es Sammlungsbewegungen, die, wie nun auch in Deutschland, gegen ‚die Islamisierung des Abendlandes‘ antreten. Und auch hier, im Abendland, ist Hass anzutreffen, der in Gewaltphantasien mündet, auch in Bezug auf die ‚Lügenmedien‘, gegen die auf den Demonstrationen der Pegida gehetzt wird.“¹¹⁰

Auch von Altenbockum konstatiert, Pegida hätte sich „in eine Radikalität geredet, die nicht mehr weit von der Verblendung des Islamismus entfernt war, vor der sie eigentlich warnen wollte.“¹¹¹ Jetzt sitze Pegida „in einem Boot“ mit der „Lügenpresse“.¹¹²

Auch wenn hier der antimuslimische Rassismus von Pegida in die Kritik gerät, bedeutet dies nicht, dass Pegidas grundlegende Aussagen zum Islam ab nun verneint werden. Weiterhin gelten den Kommentatoren die Grenzen zwischen Islam und Islamismus als fließend:

„Tatsächlich muss sich niemand wundern, dass sich immer mehr Menschen vor dem Islam fürchten. In seinem Namen und unter Berufung auf den Koran werden Angst und Schrecken verbreitet. Die dünnen Stimmen, die bestreiten, dass der ‚Islamische Staat‘ und andere Terrororganisationen das wahre Gesicht des Islams darstellten, werden immer wieder von den Explosionen der Bomben und den Schreien der auf bestialische Weise Ermordeten übertönt.“

¹¹³

Vor allem sei die Debatte über den Islam in Deutschland tabubeladen, womit von Altenbockum erneut eine Verbindung zu ‚Political Correctness‘ herstellt.¹¹⁴

¹⁰⁸ Vgl. Von Altenbockum, Jasper: Das Lebensprinzip der Demokratie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.01.2015, S.1.

¹⁰⁹ Vgl. Vesper, Reinhard: Wir sind Dresden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.01.2015, S.1.

¹¹⁰ Kohler, Berthold: Ein Anschlag auf die Freiheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.01.2015, S.1.

¹¹¹ Von Altenbockum, Jasper: Niederlage, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.01.2015, S.1.

¹¹² Ebd.

¹¹³ Kohler, Berthold: Ein Anschlag auf die Freiheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.01.2015, S.1.

¹¹⁴ Von Altenbockum, Jasper: Das Lebensprinzip der Demokratie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.01.2015, S.1.

Es sei ein Ritual zu behaupten, der Islam habe nichts mit Islamismus zu tun.¹¹⁵ An anderer Stelle meint er, der Islam „darf“ nichts mit Islamismus zu tun haben, und legt damit die gegenteilige Lesart nahe, die aber tabuisiert sei.¹¹⁶ Der Ausspruch, „der Islam gehört zu Deutschland“, sei eine „Kulturrevolution“.¹¹⁷ Die Frage müsse sein: „Welcher Islam?“¹¹⁸ Diese Frage zu stellen,

*„wagt weder die SPD noch sonst ein politisch Verantwortlicher in Deutschland, der befangen davon ist, dass er mit Pegida in einen Topf geworfen oder gleich als fremdenfeindlich verunglimpft werden könnte“.*¹¹⁹

Von Altenbockum spielt auch hier auf vermeintliche Meinungsverbote und Tabuisierungen an, die mit ungerechtfertigten Rassismusbenennungen verbunden seien. Dies entferne „Politiker aber immer weiter von der Lebenswirklichkeit, die sie aus ihrem eigenen Wahlkreis kennen sollten.“¹²⁰

Mit Bezug auf die Pariser Anschläge sieht Berthold Kohler Pegidas Ablehnung der „Lügenpresse“ als Versuch, „im Namen der Meinungsfreiheit die Meinungsfreiheit eines pluralistischen Pressewesens zu beschneiden“.¹²¹ Insofern müsse die Meinungsfreiheit auch gegen Pegida verteidigt werden. Dies ist eine klare Positionsänderung zur vorhergehenden Phase. Gleichzeitig äußert er aber auch wiederum ein gewisses Verständnis für die Ablehnung: Dass „‘politisch unkorrekte‘ Meinungen“ in Deutschland stigmatisiert würden, habe „in der Tat eine Vorgeschichte. Zu oft und zu gerne ist in der Vergangenheit das Brandzeichen ‚Ausländerfeind‘ benutzt worden, um Kritiker [...] mundtot zu machen“.¹²²

Bezüglich des Themas Migration wird anerkennend berichtet, Pegida habe eine notwendige Migrationsdebatte angestoßen¹²³, in der man sich aber nun jenseits von Pegida und „Multikulti“¹²⁴ verorten müsse. Pegida wird in dieser Phase als Problem anerkannt. Dabei wird auf Dialog gesetzt, der als Strategie gegen Pegida sinnvoll sei. Als weitere Ansätze zur Problemlösung gelten migrationspolitische Maßnahmen. Dahinter steht die weit verbreitete Annahme, Rassismus ließe sich durch ein verändertes Verhalten von MigrantInnen und/oder mit Restriktionen gegen Geflüchtete und/oder mit einer Reduktion von Migration

¹¹⁵ Ebd.

¹¹⁶ Von Altenbockum, Jasper: Niederlage, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.01.2015, S.1.

¹¹⁷ Von Altenbockum, Jasper: Das Lebensprinzip der Demokratie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.01.2015, S.1.

¹¹⁸ Von Altenbockum, Jasper: Eine Tragödie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.01.2015, S. 1.

¹¹⁹ Ebd.

¹²⁰ Ebd.

¹²¹ Kohler, Berthold: Ein Anschlag auf die Freiheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.01.2015, S.1.

¹²² Ebd.

¹²³ Schäfer, Christoph: Der Preis der Einwanderung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.01.2015, S.15.

¹²⁴ Von Altenbockum, Jasper: Ein langer Weg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.01.2015, S.1.

abbauen. Damit aber wird Rassismus in die Verantwortung der durch ihn Betroffenen gelegt. Kohler fordert ein Einwanderungsgesetz, das der „Verherrlichung des Multikulturalismus“ nicht aufsitze, denn die „Alltagserfahrungen vieler Menschen“ stimmten „nicht mit den (allerdings schon verblässenden) Traumbildern von einem wunderbar multikulturell gestalteten Deutschland überein[...]“.¹²⁵ Dies würde „Zulauf und Sympathie“ für Pegida entgegenwirken.¹²⁶ Eckard Lohse meint, Bundesinnenminister de Maizière habe erkannt, „dass es nicht so wenige Menschen gibt, die – berechtigt oder nicht – mit Angst und Sorge auf die stark steigenden Flüchtlingsströme Richtung Deutschland schauen“.¹²⁷ „Deswegen“ habe er „dafür gesorgt, dass drei Balkanstaaten, aus denen besonders viele Asylbewerber kommen, zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt wurden[...]“.¹²⁸ Zum einen wird die „Erklärung“ von Ländern zu „sicheren Herkunftsstaaten“ damit begründet, dass aus diesen Ländern viele Menschen flüchten und nicht, dass diese Länder sicher seien. Zum anderen gilt dies als sinnvolle migrationspolitische Maßnahme, um migrationsfeindliche Stimmen zu besänftigen. Es wird auf eine Reduktion von Flüchtlingen gesetzt, um Rassismus zu bekämpfen.

Auch in der zweiten Phase der Berichterstattung spielen extremismustheoretische Verweise eine Rolle. Von Altenbockum referiert in einem Artikel zu Pegida auf „Ausschreitungen der linksextremistischen ‚Antifa‘“ in Leipzig.¹²⁹ Im Gegensatz zu Pegida ist er hier mit dem Extremismusbegriff großzügiger. Gleichsam beklagt er, diese Ausschreitungen seien „nicht entfernt so dramatische Kommentare wert“ gewesen, „wie sie allenthalben über Pegida vorgetragen wurden“.¹³⁰ Die bürgerliche Presse relativiere Linksextremismus und dramatisiere rechte Spektren.¹³¹

... bis zu den Ausschreitungen in Heidenau im August 2015

Mit der Skandalisierung von Bachmanns Hitler-Foto und der darauf folgenden Spaltung Pegidas, ändert sich die Stimmung in der FAZ drastisch. Pegida wird

¹²⁵ Kohler, Berthold: Ein Zeichen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.01.2015, S.10.

¹²⁶ Ebd.

¹²⁷ Lohse, Eckart: Steigende Ströme, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.01.2015, S.8.

¹²⁸ Ebd.

¹²⁹ Von Altenbockum, Jasper: Niederlage, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.01.2015, S.1.

¹³⁰ Ebd.

¹³¹ Ebd.

nicht nur als problematisch, sondern nun als doppelbödig und orientierungslos¹³² sowie als verantwortungslos und unprofessionell¹³³ charakterisiert. Das Netzwerk sei „schleichendes Gift“, es handele sich um einen „Bürgerkrieg der Worte“ und richte sich gegen alles, was „unseren Staat und unsere Gesellschaft“ ausmache.¹³⁴ Pegida betreibe Hetze¹³⁵, die Selbstbezeichnung in der Parole „Wir sind das Volk“ sei ein Aberwitz.¹³⁶ Pegida entspringe jetzt nicht mehr dem Bürgertum, sondern wird als „Wutbürgertum“¹³⁷ dargestellt. Dass Pegida bürgerlich sei, scheint also längst nicht mehr Konsens in der FAZ zu sein. Als bürgerlich und friedlich gilt Pegida in der FAZ in dieser Phase nur noch in Abgrenzung nach links. Daniel Deckers schreibt:

„Es wäre daher naiv anzunehmen, die Ressentiments gegen die ‚da oben‘, gegen Einwanderer, gegen Europa und Amerika, die sich mal im bürgerlich-friedlichen (Dresden), mal im radikal-gewaltgeneigten Gewand (Leipzig) präsentieren, würden so schnell wieder verschwinden, wie sie sichtbar wurden.“¹³⁸

Zwar beschreibt er Pegida als friedlich und bürgerlich, grenzt sich aber dennoch von den Inhalten des Netzwerkes ab. Er vergleicht Pegida mit ‚Linksradikalen‘ in Leipzig und stellt inhaltliche Gemeinsamkeiten her. Damit wird Pegida implizit als extremistisch eingeordnet. Dem entspricht eine Einschätzung von Altenbockums, der schreibt, Pegida würde „gegen eine ‚gleichgeschaltete Lügenpresse‘ mit all ihrem Hass hetzen“ und „der Demokratie damit leise Servus sagen“.¹³⁹ Vor allem gilt die Abgrenzung hier der Person Bachmann. Dieser sei kriminell gewesen¹⁴⁰ und auch sein Hitler-Foto wird kritisiert¹⁴¹. Von Altenbockum benennt neonazistische Einflüsse auf den Pegida-Demonstrationen – ein Novum für die FAZ:

„Den ‚Mitläufern‘ von Pegida wird nicht verborgen geblieben sein, mit wem sie da ‚spazieren gehen‘. Unübersehbar sind auf den Kundgebungen die ‚Kameraden‘, die nichts Gutes im Schilde führen und denen man ihre NSU-Nähe unter die Nase reiben sollte.“¹⁴²

¹³² Von Altenbockum, Jasper: Reste des Christstollens, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.01.2015, S.1.

¹³³ Von Altenbockum, Jasper: Im AfD-Tunnel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.07.2015, S.1.

¹³⁴ Von Altenbockum, Jasper: Verrohung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.03.2015, S.1.

¹³⁵ Geyer-Hindemith, Christian: Rettet Gabriel! In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.02.2015, S.9.

¹³⁶ Von Altenbockum, Jasper: Endlich am Ende, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.02.2015, S.8.

¹³⁷ Von Altenbockum, Jasper: Reste des Christstollens, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.01.2015, S.1.

¹³⁸ Deckers, Daniel: Großes Potential, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.01.2015, S.8.

¹³⁹ Von Altenbockum, Jasper: Verrohung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.03.2015, S.1.

¹⁴⁰ Deckers, Daniel: Großes Potential, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.01.2015, S.8.

¹⁴¹ Kohler, Berthold: Karnickel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2015, S.2.

¹⁴² Von Altenbockum, Jasper: Bürgerverdrossenheit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.01.2015, S.1.

Auch in anderen Artikeln wird Pegida in expliziten Zusammenhang mit der extremen Rechten gestellt. Es seien AfD-nahe¹⁴³ Rechtspopulisten¹⁴⁴. Alexander Gauland sehe Pegida als seine außerparlamentarische Opposition. Pegida wird nach wie vor mit dem Petry-Flügel der AfD verknüpft und es finden sich Parallelierungen zum französischen Front National¹⁴⁵.

Als in Deutschland von Neonazis gefälschte Todesanzeigen von kritischen JournalistInnen auftauchen, werden in einem Kommentar die inhaltlichen Anleihen Pegidas bei nationalsozialistischer Propaganda aufgezeigt. Der Autor Reiner Burger fragt, was es den durchschnittlichen Pegida-Mitläufer interessiere, „dass einst die Nationalsozialisten in der Weimarer Republik gegen die ‚Lügenpresse‘ hetzten und dann nach ihrer ‚Machtergreifung‘ ihren ersten Vernichtungsfeldzug gegen die freie Presse und unzählige Journalisten richteten“ und hält fest: „Das Wort ‚Lügenpresse‘ ist ein Beispiel dafür, weshalb es kein Bürgerrecht auf Geschichtsvergessenheit gibt“.¹⁴⁶ Und auch von Altenbockum stellt einen Zusammenhang mit den „Hooligans gegen Salafisten“, Neonazis und deren Brandanschlägen fest.¹⁴⁷ Pegida wird in dieser Phase mehrfach im Kontext rassistischer Angriffe und neonazistischer Formierung erwähnt.¹⁴⁸

Auch liest man zu dieser Zeit in der FAZ Kritiken an den Inhalten Pegidas. Diese seien unbestimmt und nicht ernsthaft.¹⁴⁹ Dabei wird die Kritik von Pegida an der Migrationspolitik weiterhin geteilt, alleine die Konsequenzen seien falsch. Und es werden alternative Konsequenzen vorgeschlagen. Man brauche statt der plumpen Polemik gegen die imaginierte „Islamisierung des Abendlandes“ eine Politik, die MigrantInnen danach auswähle, wer Deutschland als sein eigenes Land anerkenne. Deutschland dürfe nicht „Sozialamt der ganzen EU“ sein.¹⁵⁰ Müller greift hier gängige Stereotypisierungen auf, die MigrantInnen als ‚Sozialschmarotzer‘ darstellen und Deutschlands wirtschaftspolitische Vormacht in der EU negieren. Migration wird also auch in dieser Phase als eine Ursache für Rassismus ausgemacht.

Bezüglich der Reaktionen und dem Umgang mit Pegida wird die sächsische Regierung für ihr Schweigen und Nichtstun kritisiert.¹⁵¹ Auch wenn Pegida be-

¹⁴³ Von Altenbockum, Jasper: Reste des Christstollens, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.01.2015, S.1.

¹⁴⁴ Jahn, Joachim: Das Zweckbündnis bröckelt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.07.2015, S.15.

¹⁴⁵ Kohler, Berthold: Auf den Kopf Putins, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.02.2015, S.1

¹⁴⁶ Burger, Reiner: „Lügenpresse“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.02.2015, S. 13. Der Autor liegt übrigens falsch. Der erste Vernichtungsfeldzug der Nazis nach 1933 richtete sich gegen SozialistInnen, KommunistInnen, AnarchistInnen und Gewerkschaften.

¹⁴⁷ Von Altenbockum, Jasper: Verrohung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.03.2015, S.1.

¹⁴⁸ Busse, Nikolas: Schutz in Deutschland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.08.2015, S.8.

¹⁴⁹ Von Altenbockum, Jasper: Endlich am Ende, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.02.2015, S.8.

¹⁵⁰ Müller, Reinhard: Ein Signal setzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.01.2015, S.8.

¹⁵¹ Busse, Nikolas: Rassismus in Sachsen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.07.2015, S.8.

reits als rechtsextrem eingeordnet wird, ist der Dialog weiterhin das Mittel der Wahl. So wird auch Sigmar Gabriels Besuch in Dresden als „mutig“ gewertet,¹⁵² als dieser als „Privatperson“ an einer Dialogveranstaltung in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung teilnahm. Auch diese Veranstaltungen der sächsischen Institution gelten als positiver Mut zum Dialog.¹⁵³ Eingeschränkt wird das Dialogangebot dort, wo „Rechtsradikale“ auftauchen. Mit „Rechtspopulisten“ aber seien Gespräche durchaus notwendig. Rechtspopulismus wird so als ein Phänomen außerhalb des Rechtsextremismus und innerhalb des demokratischen Spektrums gesehen. Ausgrenzung solle nur dort stattfinden, wo Menschen, „mit denen nicht vernünftig zu reden ist“, davon abgehalten werden müssen, Schaden anzurichten.¹⁵⁴ Von Altenbockum orientiert die Dialogbereitschaft und -notwendigkeit sogar an der Erfüllung von „Bürgerpflichten“. „Das ist die Pflicht zur Urteilskraft, zur Mäßigung, zur Verantwortung, zur politischen Klugheit, zur Bereitschaft, Staat und Gesellschaft mit Elan und Engagement zu dienen“. ¹⁵⁵ Und „gegen diese Pflichten haben alle, die sich bei Pegida blicken ließen, verstoßen“. ¹⁵⁶ Wer also dem Staat nicht dienen wolle, habe gegen diese Pflichten verstoßen und kein Recht auf Eliten-Kritik. Wer dem Staat nicht diene, dürfe und solle ausgegrenzt werden, so das autoritäre Implikat seiner Äußerung.

Im Zuge der expliziten Ablehnung Pegidas wird nun auch verstärkt die Frage nach den Ursachen des Phänomens gestellt.

Ursächlich für das Phänomen Pegida sei zum einen der real existierende Sozialismus. Rechtsextremismus wird entsprechend als Ost-Phänomen¹⁵⁷ gewertet.

„Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda und Tröglitz, NSU und Oldschool Society, Thor Steinar und Reichskriegsflaggen, NPD und Pegida – seit der Wiedervereinigung vor 25 Jahren ist in den sogenannten neuen Bundesländern einiges zusammgekommen.“¹⁵⁸

Die Frage nach dem ‚Warum‘ offenbart Deckers Sicht auf die Ursachen von Rechtsterrorismus und extrem rechtem Gedankengut:

„Denn Solidarität in der DDR gab es nur mit dem Gesinnungsgenossen, der Klassenfeind oder andere ‚subversive‘ Elemente bekamen die ganze Härte sozialistischer Unrechtsstaatlichkeit zu spüren. Völkerfreundschaft zielt noch heute Straßenschilder, dem Vertragsarbeiter aus Vietnam oder Angola aber

¹⁵² Von Altenbockum, Jasper: Die zementierte SPD, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.07.2015, S.1.

¹⁵³ Blasius, Rainer: Mutiger Gabriel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.01.2015, S.8.

¹⁵⁴ Von Altenbockum, Jasper: Jeder Bürger ist Elite, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.02.2015, S.1.

¹⁵⁵ Ebd.

¹⁵⁶ Ebd.

¹⁵⁷ Busse, Nikolas: Rassismus in Sachsen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.07.2015, S.8.

¹⁵⁸ Deckers, Daniel: Noch immer lebendig, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.08.2015, S.8. Mölln, Solingen und Lübeck finden hier keine Erwähnung.

*begegnete unverhohlener Rassismus, staatlich verordneter Antifaschismus
lud zu Rechtsextremismus als Protesthaltung geradezu ein.“¹⁵⁹*

Rechtsextremismus und Rassismus seien das „geistige Erbe von mehr als vier Jahrzehnten kommunistischer Diktatur (und zwölf Jahren Nationalsozialismus)“.¹⁶⁰

Hier werden die Ursachen für Rassismus und Rechtsextremismus externalisiert. Zentral ist die These, dass Antifaschismus und Sozialismus Rassismus und Rechtsextremismus evozieren. Damit können Graubereiche zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus ausgeblendet werden. Selbst Wladimir Putin kann dann mit Realsozialismus assoziiert werden, wenn die prorussische Positionierung¹⁶¹ vieler Pegida-DemonstrantInnen zur Sprache kommt. Kohler spricht von dem „real existierenden Putinismus“.¹⁶²

Zum anderen wird aber auch Angela Merkels vermeintlicher ‚Links-Kurs‘ als Ursache ausgemacht. Seit die CDU sich links der „Mitte“ verorte, tendierten konservative WählerInnen zu Pegida oder der AfD. Die vermeintlich linke Politik Merkels stärke die Rechte.¹⁶³ Eckart Lohse verschiebt mit dieser Verortung das politische Koordinatensystem weit nach rechts. Der eigene Standpunkt wird nicht als rechts der Mitte wahrgenommen, sondern selbst als Mitte konstruiert.

Als zusätzliche Ursache für das Entstehen von Pegida wird auch hier die aktuelle Migrationspolitik erwähnt. Eine restriktive Änderung sei ein Hebel gegen Pegida.¹⁶⁴ Allerdings wird in dieser Phase der Berichterstattung Pegida von etlichen Kommentatoren bereits in der Auflösung gesehen. Das „schon wieder verglimmende“¹⁶⁵ Bündnis sei „inzwischen wieder zerplatzt[...]“¹⁶⁶, es sei „abzusehen, dass die Kundgebungen im Sande verlaufen“¹⁶⁷, das „Phänomen Pegida wird sich wohl alsbald von selbst erledigt haben und von den Straßen verschwunden sein“.¹⁶⁸ Neben diesem Abgesang auf Pegida finden sich Einschätzungen, die der Sichtweise widersprechen, bei Pegida handele es sich um ein Problem. Mitunter wird – auch nach Bachmanns Hitler-Selfie – Pegida als Be-

¹⁵⁹ Ebd.

¹⁶⁰ Ebd.

¹⁶¹ Vgl. Kohler, Berthold: Auf den Kopf Putins, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.02.2015, S.1, Hanfeld, Michael: Redebeitrag, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.02.2015, S.13.

¹⁶² Kohler, Berthold: Auf den Kopf Putins, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.02.2015, S. 1.

¹⁶³ Lohse, Eckart: Alternativlos, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.02.2015, S.1.

¹⁶⁴ Müller, Reinhard: Ein Signal setzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.01.2015, S.8.

¹⁶⁵ Müller, Reinhard: Zu Deutschland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.02.2015, S.8.

¹⁶⁶ Jahn, Joachim: Vertane Chance, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.02.2015, S.15.

¹⁶⁷ Von Altenbockum, Jasper: Unterm Pflaster, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.02.2015, S.8.

¹⁶⁸ Von Altenbockum, Jasper: Jeder Bürger ist Elite, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.02.2015, S.1.

weis für das Funktionieren der Demokratie¹⁶⁹ bzw. als Zeichen für Demokratie¹⁷⁰ beschrieben.

Nachdem Sigmar Gabriel in einem Stern-Interview seinen Besuch bei einer Diskussionsveranstaltung in Dresden verteidigte, an der AnhängerInnen und GegnerInnen von Pegida teilgenommen hatten, und in diesem Rahmen äußerte, es gäbe ein Recht darauf, rechts oder deutschnational zu sein, bekräftigt Reinhard Müller in der FAZ, die Politik müsse „zuhören und die Sorgen der Bürger ernst nehmen – auch jener, die dafür in ungewohnter Weise auf die Straße gehen“.¹⁷¹ Ganz anders interpretiert Christian Geyer-Hindemith Gabriels Statement. Er wirft Gabriel die Inszenierung eines politischen Tabus vor und fragt: „Gab es in Deutschland eine einzige ernstzunehmende Stimme, die Pegida ihr Demonstrationsrecht streitig gemacht hätte? Nein!“¹⁷² Wenn Gabriels Statement nicht trivial sein solle,

*„dann muss es im Lande mächtige Stimmen geben, die diese Rechte in Frage stellen und insbesondere das Recht, für diese Rechte zu demonstrieren. Die Wirklichkeit sieht anders aus [...]. Dass Gabriel jetzt dennoch so tut, als habe Pegida Redeverbot, und dass er sich selbst zum Schutzherrn der angeblich entrechteten Deutschnationalen und Systemverächter aufwirft, die da unter der Anti-Islam-Flagge spazieren [...], das hat etwas Obszönes“.*¹⁷³

Dieser Kommentar bricht aus der bisherigen Diskursstrategie der FAZ aus, in der nicht selten diese Redeverbote angenommen werden. Geyer-Hindemith kritisiert dies als imaginierte Opferrolle und als Versuch, die Kritik an rassistischen Äußerungen als Angriff auf die Meinungsfreiheit umzudeuten:

*„Nicht nur, weil der SPD-Chef die gemeingefährliche hetzerische Essenz vieler Dresdner Parolen mal eben als ‚Dummheit‘ verharmlost; sondern auch, weil er so tut, als laufe die legitime Kritik an Pegida auf ein Vorenthalten von Meinungsfreiheit und Demonstrationsrecht hinaus.“*¹⁷⁴

Kritik an Pegida habe nichts mit Redeverböten zu tun. Gabriel hingegen stelle die „Ablehnung von Pegida unter antidemokratischen Verdacht“. Gerade dies aber sei eine „schräge Auffassung von demokratischer Öffentlichkeit“.¹⁷⁵

Damit stellt sich der Kommentator nicht nur gegen Gabriels Äußerungen, sondern implizit auch gegen eine der zentralen Diskursstrategien der FAZ selbst.

¹⁶⁹ Müller, Reinhard: Demokratisches Dresden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.07.2015, S.8.

¹⁷⁰ Von Altenbockum, Jasper: Unterm Pflaster, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.02.2015, S.8.

¹⁷¹ Müller, Reinhard: Zu Deutschland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.02.2015, S.8.

¹⁷² Geyer-Hindemith, Christian: Rettet Gabriel! In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.02.2015, S.9.

¹⁷³ Ebd.

¹⁷⁴ Ebd.

¹⁷⁵ Ebd.

Denn auch in dieser Phase der Kommentierung werden nicht Pegida, sondern den KritikerInnen von Pegida, Ausgrenzung¹⁷⁶ und Sprechverbote¹⁷⁷ unterstellt.

In der Zeit bis zu den rassistischen Angriffen in Heidenau¹⁷⁸ werden immer wieder Parallelen zu linken Demonstrationen oder Protesten gezogen, so etwa zu Demonstrationen gegen Gentechnik, bei denen ebenfalls Wut statt Vernunft vorherrsche¹⁷⁹, zu Protesten gegen Stuttgart21 und TTIP¹⁸⁰. Neu sei lediglich „dass die Wut vagabundiert, dass sie sich nicht nur einen Bahnhof, eine Stromtrasse, ein Freihandelsabkommen oder ein Flüchtlingsheim sucht, sondern an die Wurzeln geht und das ganze ‚System‘ gleich mit verachtet und auch beseitigen will.“¹⁸¹ Solche Gleichsetzungen lassen Überlegungen zu den gesellschaftlichen Auswirkungen von Rassismus, vor allem der Blick auf die davon Betroffenen nicht zu.

...bis zum Jahresende

In die letzte Phase fallen einige einschneidende Ereignisse. Neben den Ausschreitungen in Heidenau sind dies das Attentat auf Henriette Reker in Köln, die Debatte über einen symbolisierten Galgen auf einer Pegida-Demonstration und schließlich der Pegida-Geburtstag. Thematisch wird Pegida in dieser Zeit vor allem in einen Diskurs zur extremen Rechten eingeordnet und die Systemopposition des Bündnisses betont. Der Ton gegenüber Pegida wird in dieser Phase noch einmal schärfer. Pegida wird als „Pack“ bezeichnet.¹⁸²

Es herrscht eine gewisse Häme gegenüber Pegida vor. Timo Frasch schreibt ironisierend: „Pegida zum Beispiel verfährt nach dem für Didaktiker und Mediziner irritierenden Motto ‚Das Hirn schrumpft mit seinen Aufgaben‘.“¹⁸³ Kritik übt auch Decker:

¹⁷⁶ Vgl.: Von Altenbockum, Jasper: Jeder Bürger ist Elite, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.02.2015, S.1.

¹⁷⁷ Vgl. ebd.

¹⁷⁸ Die Berichterstattung zu Pegida geht nach dem März 2015 deutlich zurück, erst mit Heidenau wird wieder verstärkt berichtet.

¹⁷⁹ Vgl. Müller-Jung, Joachim: Pegida in Grün, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.01.2015, S.1.

¹⁸⁰ Vgl. Von Altenbockum, Jasper: Verrohung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.03.2015, S.1.

¹⁸¹ Ebd.

¹⁸² Von Altenbockum, Jasper: Pack und Politik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.08.2015, S.1.

¹⁸³ Frasch, Timo: Kompliziert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.10.2015, S.2.

„Wer nach einem Jahr Pegida noch immer einem mehrfach vorbestraften Demagogen zujubelt, ‚Lügenpresse‘ brüllt und dazu Deutschland- und andere Fahnen schwenkt, der lebt in einem anderen Land als in dem, dessen ‚Werte‘ er zu verteidigen vorgibt.“¹⁸⁴

Mit ‚deutschen Werten‘ habe dies nichts zu tun, suggeriert der Autor, ohne zu benennen, welche dies sind. Pegida vertrete

„identitäre[...] Gesellschaftskonzepte[...]“ und sei „nicht weit von jenen muslimischen ‚Integristen‘ entfernt, die im Namen des Propheten ganze Weltregionen terrorisieren und für den freiheitlichen Westen nur Verachtung übrig haben“.¹⁸⁵

Pegida wird in der Zeit nach den Ereignissen in Heidenau in den Diskurs zur extremen Rechten eingeordnet. Richard Wagner spricht eine schärfer werdende Hetze gegen MigrantInnen und den Staat durch Pegida an¹⁸⁶ und auch in Zusammenhang mit dem Attentat in Köln wird Pegida erwähnt. Decker spricht von einem „Extremismus à la Pegida“¹⁸⁷ und Günter Bannas sieht Pegida im gleichen Zusammenhang als außerhalb des demokratischen Konsenses:

„Wer an Pegida-Demonstrationen teilnehme, müsse wissen, dass er ‚Rattenfängern‘ hinterherlaufe. Auch Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) fand die richtigen Worte: ‚Pegida sät den Hass, der dann zur Gewalt wird.‘ In Köln war am Samstag, um im Bild zu bleiben, die Saat aufgegangen. Auch wenn immer individuelle Motive und Antriebe eines Täters zu beachten sind, so spricht einiges dafür, dass die geistige Brandstiftung gewirkt hat.“¹⁸⁸

Ein Zusammenhang zwischen Agitation und Tat wird hier hergestellt.

Inhaltlich wird in dieser Phase weniger auf Pegidas migrationspolitische Aussagen eingegangen, als auf ihre System- und Medienkritik. Dialog gilt somit in der FAZ gegen Ende des Jahres 2015 nicht mehr als Optimum und es mehrt sich Kritik an Umgang sächsischer CDU-PolitikerInnen mit Pegida.¹⁸⁹

Pegida wird in dieser Phase nicht mehr als Ausdruck funktionierender Demokratie angenommen. Vielmehr gelten Wahlen im Gegensatz zu Demonstrationen als demokratischer Ausdruck.¹⁹⁰ Als Lösungsstrategie des Problems Pegida – und als solches wird es in dieser Phase gesehen – gilt den FAZ-Autoren der Verfassungsschutz. Dieser solle Pegida beobachten.¹⁹¹

¹⁸⁴ Deckers, Daniel: In einem anderen Land, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.10.2015, S.8.

¹⁸⁵ Ebd.

¹⁸⁶ Wagner, Richard: Durchgreifen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.10.2015, S.8.

¹⁸⁷ Deckers, Daniel: Verdruss in Köln, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.10.2015, S.1.

¹⁸⁸ Bannas, Günter: Einfache Antworten helfen nicht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.10.2015, S.1.

¹⁸⁹ Vgl. Müller, Reinhard: Bedrohte Heimat, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.09.2015, S.10.

¹⁹⁰ Deckers, Daniel: Verdruss in Köln, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.10.2015, S.1.

¹⁹¹ Vgl. Deckers, Daniel: Wehrhafte Demokratie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.10.2015, S.10.

Vom „Bürgertum“ zum „Pack“

In der Kommentierung der FAZ zu Pegida ist eine deutliche Entwicklung im Jahr 2015 feststellbar. Während Pegida zu Beginn als „bürgerlich“ dargestellt wird und extrem Rechte als „Trittbrettfahrer“, wandelt sich dieses Bild hin zu der Einschätzung, Pegida sei „extremistisch“, rechtspopulistisch und stelle sich fundamental gegen Staat und demokratische Gesellschaftsordnung.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass man sich im Laufe des Jahres 2015 in der FAZ sukzessive von Pegida abgrenzt, allerdings mit autoritärer werdenden Argumenten. Bezieht man diese Analyse auf den 2015 verstärkt stattfindenden Fluchtdiskurs und die politische Rechtsverschiebung, so muss diese Entwicklung in der FAZ nicht als gegenläufig zum Rechtsruck gesehen werden, sondern vielmehr als ihr Ausdruck. Mit dem weitgehenden Erstummen von ‚linken‘ politischen Positionen, können Konservative das eigene politische Profil schärfen – vor allem auch durch eine Abgrenzung zur extremen Rechten. Anfang 2015 schien der FAZ eine Verteidigung anderer rechter Kräfte gegen die politische Linke notwendig. Ende 2015 sah man dafür keine Notwendigkeit mehr. In dieser Zeit ging es vielmehr um die Profilierung einer konservativ-bürgerlichen Option gegen die politische Konkurrenz von rechts.

Vor allem im migrationspolitischen Bereich werden die Problematisierungen von Pegida geteilt. Migration, Flucht und Islam werden als Probleme wahrgenommen und der Wunsch nach einer Reduktion von Geflüchteten wird mitgetragen. Hier ändert sich der FAZ-Diskurs nicht und es werden die beiden im Jahr verabschiedeten Asylrechtsverschärfungen mitgetragen. Zu Beginn des Jahres wird Pegidas politischer Ausdruck als nicht rassistisch wahrgenommen. Auch die Kritik unter dem Stichwort „Lügenpresse“ wird teilweise geteilt. Es ist die Figur der Meinungsfreiheit, die hier eingeführt wird und zwar in dem Sinne, dass die, die Rassismus benennen, Meinungsverbote aufstellen würden und so Debatten tabuisieren, was schließlich zu mehr Rassismus führe.

Eine kritische Diskursanalyse fragt nicht nur danach, was ausgesprochen wird, sondern auch danach, welche Auslassungen vorgenommen werden. Die wohl wichtigste Auslassung ist die Nichtbenennung von gewaltsamen Angriffen durch Pegida-TeilnehmerInnen. In keinem einzigen Kommentar der FAZ kommt zur Sprache, dass aus den Reihen von Pegida regelmäßig MigrantInnen, AntifaschistInnen und JournalistInnen angegriffen wurden. Auch deshalb kann Pegida lange Zeit als friedlich eingeschätzt und in diesem Sinne vor allem als harmloses Gegenstück zur radikalen Linken aufgebaut werden, die wiederum als weitaus gefährlicher beurteilt wird. Eine weitere Auslassung ist der Blick auf die von Rassismus Betroffenen. Wenn allein von Ressentiments gegen Pegida, von den „Ängsten“ der Demonstrierenden, von der als falsch eingeschätzten Aus-

grenzung von Pegida geschrieben wird, dann lässt dies die Perspektive derer aus, die durch den Rassismus ausgegrenzt werden. Besonders eklatant erscheint hier die Aussage, man solle RassistInnen nicht ausgrenzen, weil man sich dadurch mit ihnen gemein machen würde. Doch Kritik an extrem rechten Positionen und Widerstand gegen Aufmärsche der extremen Rechten sind nicht vergleichbar mit rassistischer Ausgrenzung. Trotz der zunehmenden Ablehnung Pegidas wird vor allem deren Kritik an Migrationspolitiken inhaltlich geteilt. Das bedeutet auch, dass die inhaltlichen Anknüpfungspunkte zwischen der extremen Rechten und dem Konservatismus in der Kommentierung der FAZ zu Pegida deutlich werden.

Pegida in der Süddeutschen Zeitung

Die Analyse berücksichtigt vier Phasen: die Entstehung von Pegida, der Zeitraum nach den Attentaten in Paris am 9. Januar 2015, die Spaltung von Pegida bis zum September 2015, sowie vom Pegida-Jahrestag bis zum Jahresende.

Gründung und Etablierung von Pegida

Die SZ berichtet erstmals am 12. November 2014 über Pegida. Die Zeitung sieht in Pegida zunächst Demonstrationen gegen Glaubens- und Stellvertreterkriege,¹⁹² spricht aber später von einer „Anti-Islam-Bewegung“¹⁹³. Der Protest richte sich gegen Flüchtlinge, Zuwanderung und Altersarmut.¹⁹⁴ Auch thematisiere Pegida das Abendland und seine Werte, sowie die Wut auf die Politik und die Medien.¹⁹⁵

Bezüglich der Zusammensetzung von Pegida wird zunächst von gemäßigten DemonstrantInnen gesprochen, die nicht vom Rand der Gesellschaft kommen.¹⁹⁶ Doch schon Anfang Dezember wird festgestellt, dass auch Hooligans und Rechtsextreme teilnehmen. Somit würden sich Bürgertum und Neonazis auf den Demonstrationen mischen. Die Rede ist von „rechts orientierten Wutbürgern“.¹⁹⁷ Auch deshalb werden die Aufmärsche rechter Gruppierungen in Schneeberg und Chemnitz Anfang Dezember 2014 sowie die Demonstrationen der „Hooligans gegen Salafisten“ in Hannover und Köln im Herbst 2014 mit Pegida in Verbindung gebracht. Die Gruppierung sei Teil eines landesweiten Aufschwungs islamfeindlicher Proteste. Diese erste Einschätzung wird von der zunehmenden Erkenntnis begleitet, dass sich unter den Pegida-Teilnehmenden

¹⁹² Vgl. Pollmer, Cornelius: „Das ist nicht mehr dumpf“, in: Süddeutsche Zeitung, 12.11.2014, S. 6.

¹⁹³ Vgl. Kister, Kurt: Patrioten und Nationalisten, in: Süddeutsche Zeitung, 13.12.2014, S. 4.

¹⁹⁴ Vgl. Pollmer, Cornelius/Schneider, Jens/Bielicki, Jan: „Da braut sich etwas Neues zusammen“, in: Süddeutsche Zeitung, 3.12.2014, S. 6.

¹⁹⁵ Vgl. Kister, Kurt: Patrioten und Nationalisten, in: Süddeutsche Zeitung, 13.12.2014, S. 4.

¹⁹⁶ Vgl. Pollmer, Cornelius: Abend im Land, in: Süddeutsche Zeitung, 17.12.2014, S. 3.

¹⁹⁷ Pollmer, Cornelius/Schneider, Jens/Bielicki, Jan: „Da braut sich etwas Neues zusammen“, in: Süddeutsche Zeitung, 3.12.2014, S. 6.

ebenso wie unter den OrganisatorInnen eine große Zahl von Menschen befinde, die sich nicht in der extremen Rechten verorten. Auch Lutz Bachmann und die anderen MitorganisatorInnen des Marsches hätten keine direkten Bezüge zum organisierten Rechtsextremismus.¹⁹⁸ Heribert Prantl schreibt: „Es vermischt sich das Gutbürgerliche, das Kleinbürgerliche, das Reaktionäre und Pöbelhafte und behauptet: Wir sind das Volk!“¹⁹⁹ Diese Kooperation wird als Tabubruch bezeichnet. „Tatsächlich scheint der offensichtlich rechtsextreme Hintergrund mancher dieser Märsche viele Bürger kaum zu stören.“²⁰⁰ Anlässlich einiger Gespräche zwischen AfD und Pegida wird über eine kommende Kooperation spekuliert. Die AfD sehe die Chance, erhebliches WählerInnenpotential zu erschließen und „mit einer Verbrüderung jene Wählerschichten zu binden, denen die CDU zu links und die NPD zu schmutzig ist.“²⁰¹

Als zentrales Merkmal von Pegida wird ein Außenseiterbild festgestellt. Zum Kitt der Gruppierung gehöre die Heroisierung eines Gefühls des „Wir-gegen-die-da-oben“.²⁰² Viele KommentatorInnen gehen davon aus, dass Pegida schnell wieder verschwinden werde, sofern nicht eine Kooperation mit der AfD zustande komme.²⁰³ Pegida gelinge es nicht, sich in anderen Städten zu etablieren. „Eine Bewegung der Vielen ist Pegida nur in Dresden.“²⁰⁴ Interessant ist, dass das Thema Gewalt bei Pegida, abgesehen von Äußerungen und dem Lebenslauf von Bachmann, nicht angesprochen wird.²⁰⁵

Stattdessen wird darüber diskutiert, wieso Pegida entstehen konnte und aus welchen Gründen die Gruppierung in Dresden so viele Menschen auf die Straße bringt. Pegida-AnhängerInnen wird eine „massive Ablehnung von Politik“ und ein „Hass auf Parteien“ attestiert. Pegida sei mit linken oder bürgerlichen Mobilisierungen vergleichbar²⁰⁶ und richte sich undifferenziert gegen das System, die Parteien und gegen Eliten jeder Art²⁰⁷. Pegida, so Byung-Chul Han, sei Resultat von Unsicherheit und Angst und nicht nur Ausdruck ‚fremdenfeindlicher‘ Haltungen. Pegida weise auf ein Versagen der Politik hin.²⁰⁸ Andere sehen einen Rückgang der Bindungskraft etablierter Institutionen der demokratischen Teilhabe in Deutschland als Hauptgrund für die Entstehung Pegidas. Die deutsche Gesellschaft, so Pollmer, individualisiere sich zusehends. „Kirchen verlieren Mitglie-

¹⁹⁸ Vgl. Bielicki, Jan: Lutz Bachmann, in: Süddeutsche Zeitung 10.12.2014, S.4.

¹⁹⁹ Vgl. Prantl, Heribert: Die neue wilde Jagd, in: Süddeutsche Zeitung 22.12.2014, S. 4.

²⁰⁰ Vgl. Pollmer, Cornelius/Schneider, Jens/Bielicki, Jan: „Da braut sich etwas Neues zusammen“, in: Süddeutsche Zeitung, 3.12.2014, S. 6.

²⁰¹ Pollmer, Cornelius: Populisten günstig abzugeben, in: Süddeutsche Zeitung, 7.1.2015, S. 4.

²⁰² Vgl. ebd.

²⁰³ Vgl. Prantl, Heribert: Die neue wilde Jagd, in: Süddeutsche Zeitung 22.12.2014, S. 4.

²⁰⁴ Pollmer, Cornelius: Populisten günstig abzugeben, in: Süddeutsche Zeitung, 7.1.2015, S. 4.

²⁰⁵ Vgl. Bielicki, Jan: Lutz Bachmann, in: Süddeutsche Zeitung 10.12.2014.

²⁰⁶ Vgl. Pollmer, Cornelius/Schneider, Jens/Bielicki, Jan: „Da braut sich etwas Neues zusammen“, in: Süddeutsche Zeitung, 3.12.2014, S. 6.

²⁰⁷ Kister, Kurt: Patrioten und Nationalisten, in: Süddeutsche Zeitung, 13.12.2014, S. 4.

²⁰⁸ Vgl. Han, Byung-Chul: Sehnsucht nach dem Feind, in: Süddeutsche Zeitung 17.12.2014, S. 11.

der, die Demokratie verliert Wähler, Massenmedien verlieren die Treue von Abonnenten.“²⁰⁹ Das Bedürfnis nach Gemeinschaft, so Pollmer, bleibe aber erhalten und die Menschen suchten sich neue Formen der politischen Teilhabe, zum Beispiel bei Pegida. Andere Gründe werden im Kontext des Rechtsextremismus in Sachsen gesehen. Jan Bielicki stellt heraus, dass in Sachsen rechtsextreme Parteien auch bei Wahlen eine hohe Zahl an Stimmen bekamen. Die Tatsache, dass die Pegida-OrganisatorInnen nicht aus der extremen Rechten stammen, habe für zusätzlichen Zulauf gesorgt.²¹⁰

Viele AutorInnen positionieren sich gegen Pegida und fordern eine gesellschaftliche Gegenreaktion. „Politik und Gesellschaft müssen Ressentiments bekämpfen, von denen rechte Bewegungen wie Pegida leben – solange es noch geht.“²¹¹ Bielicki sieht die Gesellschaft ebenso wie die Politik in der Verantwortung²¹². In mehreren Artikeln wird gefordert, dass die BürgerInnen gegen Pegida aktiv werden sollten. Die Menschen müssten ein Signal für Weltoffenheit und Hilfsbereitschaft senden, um zu zeigen, dass die gesellschaftliche Mehrheit gegen Pegida sei.²¹³ Heribert Prantl fordert, Pegida keinesfalls durch Gesetzesverschärfungen entgegenzukommen und verweist auf die Verschärfung des Asylrechts in den 1990er Jahren. „Diese Grundgesetzänderung gehört zu den größten politischen Fehlern der Nachkriegszeit. Man muss daraus lernen.“²¹⁴ Die richtige politische Reaktion auf Pegida bestehe darin, den Staat nicht autoritärer, sondern vielmehr „mütterlicher“ zu machen.²¹⁵

Verschiedene verständnisvolle Äußerungen von PolitikerInnen gegenüber Pegida lassen die Frage aufwerfen, ob mit Pegida in den Dialog getreten werden sollte. Nico Fried ist dagegen. Menschen, die mit Neonazis zusammen demonstrieren, müssten sich dafür verantworten.

„Denn es enthebt die Sympathisanten ohne Grund ihrer Verantwortung für die Mittel und Wege, mit denen sie ihre wie auch immer gearteten Besorgnisse öffentlich verbreiten.“²¹⁶

Prantl fordert zwar eine entschlossene Auseinandersetzung mit Pegida, spricht sich aber klar gegen einen Dialog aus.

„Einen runden Tisch für Pöbeleien kann es nicht geben. [...] Die Werte der Aufklärung, Religionsfreiheit, die Toleranz, den Respekt voreinander, das Mit-

²⁰⁹ Pollmer, Cornelius: Vereint im Dagegen, in: Süddeutsche Zeitung, 24.12.2014, S. 4.

²¹⁰ vgl. Bielicki, Jan Eine prekäre Mischung, in: Süddeutsche Zeitung, 16.12.2014, S. 4.

²¹¹ Bielicki, Jan: Gefährliche Mixtur aus Angst, Zorn und Vorurteil, in: Süddeutsche Zeitung, 16.12.2014.

²¹² Vgl. ebd. Deutlich wird hier ein Hinweis auf die Extremismustheorie, nach der es eine demokratische Mitte und die extremistischen Ränder gebe. Zugleich wird aber betont, dass es auch in „der Mitte“ diskriminierende Einstellungen gibt.

²¹³ Vgl. ebd.

²¹⁴ Prantl, Heribert: Die neue wilde Jagd, in: Süddeutsche Zeitung 22.12.2014, S. 4.

²¹⁵ Vgl. Ebd.

²¹⁶ Fried, Nico: Falsche Differenzierung, in: Süddeutsche Zeitung, 15.12.2014, S. 4.

einander der Kulturen verteidigt man nicht dadurch, dass man ihren Gegnern ‚berechtigte Sorgen‘ attestiert.“²¹⁷

Für Cornelius Pollmer hingegen sollte es das Ziel sein, die Pegida-DemonstrantInnen durch Gespräche in die Wertegemeinschaft zurückzuholen.²¹⁸ Er hält es für richtig, auf einen moderaten Austausch zwischen Pegida und ihren KritikerInnen hinzuarbeiten. Als Anfang Januar 2015 eine Diskussion zwischen Pegida-AnhängerInnen und ihren GegnerInnen stattfindet, empfindet er dies als positiv. „Dieser Protest, und das ist der wesentliche Gewinn, bekommt an diesem Abend die Gelegenheit, sich über ein in der Masse gegröltes ‚Lügenpresse!‘ hinaus zu artikulieren.“²¹⁹

Die Anschläge in Paris und die Spaltung Pegidas

Nachdem am 9. Januar 2015 islamistische Attentäter in Paris die Zeitschrift Charlie Hebdo sowie einen jüdischen Supermarkt angriffen und mehrere Menschen ermordeten, stieg die Berichterstattung über Pegida in der SZ an. Es wurde verstärkt auf die Themen Islam und Islamismus sowie Terrorismus eingegangen und dabei weiterhin die Dialogoption diskutiert. Pegida wird so zunehmend als ein wichtiger gesellschaftlicher Akteur betrachtet. Zentrale Bezugspunkte der Berichterstattung sind zudem das polizeiliche Verbot aller Demonstrationen in Dresden am 19. Januar 2015 aufgrund einer Anschlagswarnung und die Spaltung von Pegida Ende Januar 2015.

Bei der Bewertung von Pegida spielt nach den Pariser Anschlägen verstärkt das Thema Islamismus eine Rolle. So spricht Prantl in einem Artikel von „militante[n] Islamisten und Islamhasser[n]“.²²⁰ Er weist aber auch auf die Gefahr hin, dass die zunehmende Islamfeindlichkeit bei vielen jungen Muslimen eine Radikalisierung auslösen könne.²²¹ So spricht er in einem Artikel mit dem Untertitel „Pegida, Islam und Gesellschaft“ von einem Streit darüber, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei. Dieser werde „zwischen einer weltoffenen und einer Gegen-Zivilgesellschaft“ ausgetragen.²²² Die Einheit zwischen alteingesessenen und eingewanderten Menschen in Deutschland werde durch sich radikalisierende Ressentiments gegenüber Muslimen und dem Islam, aber auch durch isla-

²¹⁷ Vgl. Prantl, Heribert: Die neue wilde Jagd, in: Süddeutsche Zeitung 22.12.2014, S. 4.

²¹⁸ Vgl. Pollmer, Cornelius: Abend im Land, in: Süddeutsche Zeitung, 17.12.2014, S. 3.

²¹⁹ Pollmer, Cornelius: Die Nöte von Perba, in: Süddeutsche Zeitung, 8.1.2015, S. 5.

²²⁰ Prantl, Heribert: Heimat Europa, in: Süddeutsche Zeitung, 10.1.2015, S. 12.

²²¹ Vgl. Prantl, Heribert: Die fünfte Gewalt, in: Süddeutsche Zeitung, 17.1.2015, S. 4.

²²² Ebd.

mistische Anschläge gefährdet. Die Zivilgesellschaft betrachte Inklusion als etwas Vorteilhaftes. Sie sei auch migrantisch geprägt, bunt, weltoffen und aufgeklärt. Die andere, „unzivil“ „Gegen-Zivilgesellschaft“, also Pegida, setze auf Exklusion. Die deutsche Gesellschaft, so Prantl, stehe an einen Scheideweg.²²³

Die politische Verortung von Pegida differiert weiterhin. Zu Beginn dieser Phase wird Pegida von einigen AutorInnen als gemäßigt beschrieben.²²⁴ Andere betrachteten Pegida als extrem rechts. Simon Teune etwa betrachtet Pegida als die größte, „rassistisch grundierte Mobilisierung in der Nachkriegsgeschichte.“²²⁵ Pegida suche den Schulterchluss mit der extremen Rechten, bediene sich nationalsozialistischer Sprache und verfüge über einen rassistischen, homophoben und antifeministischen Grundkonsens. Auch wird die Gewalt, die von Pegida ausgeht, stärker thematisiert. Immer wieder komme es zu Angriffen auf JournalistInnen. Nicht-weiße Menschen oder Flüchtlinge in Dresden wären stark verunsichert, wie der Autor Jan Heidtmann auch in Bezug auf den Mord an dem Flüchtling Khaled B. herausstellt.²²⁶

Dabei werden die Argumente von Pegida zunehmend als faktisch inkorrekt, irrational oder inhaltslos beschrieben. Die AnhängerInnen von Pegida sähen die Politik und die Medien in der Bringschuld und würden sich nicht darum kümmern, selbst an gesellschaftlichen Debatten teilzunehmen.²²⁷ Diese Feststellungen werden von der Einschätzung begleitet, dass Pegida in absehbarer Zeit zerbrechen werde. Mit dem Rücktritt von Oertel und dem vermeintlichen Rücktritt Bachmanns vermuten einige bereits den Zerfall von Pegida²²⁸. Die Spaltung bei Pegida wird an der Haltung zu RechtsextremistInnen festgemacht. Ulrike Nimz merkt aber auch an, dass mit der Krise Pegidas das Problem rassistischer Resentiments nicht verschwinde.²²⁹

Die Gründe für die Entstehung von Pegida werden in dieser Zeit darin gesehen, dass viele Menschen von komplexen Problemen wie Finanz- und/oder Euro-Krise überfordert seien und sich aus Frust Pegida anschließen. Pegida biete den Menschen Halt, die aus kontroversen und komplizierten gesellschaftlichen Debatten ausgestiegen seien.²³⁰ Dagegen meint Thomas Kirchner, dass das Anwachsen von Pegida an einer mangelnden gesellschaftlichen Auseinandersetzung liege. Es finde keine Debatte zur Euro-Politik Angela Merkels, dem Tempo und Ausmaß der europäischen Integration, der sozialen Ungleichheit und um Fehler in der

²²³ Vgl. ebd.

²²⁴ Pollmer, Cornelius: Kuscheeln ohne anzufassen, in: Süddeutsche Zeitung, 9.1.2015, S. 6. Vgl. Bielicki, Jan: Radikaler Schritt, in: Süddeutsche Zeitung, 19.1.2015, S. 4.

²²⁵ Teune, Simon: Im Pegida-Fieber, in: Süddeutsche Zeitung, 28.1.2015, S. 2.

²²⁶ Vgl. Heidtmann, Jan: Je suis Khaled, in: Süddeutsche Zeitung, 20.1.2015, S. 2. Khaled B., so klärte sich später, wurde von seinem Mitbewohner getötet.

²²⁷ Vgl. Esslinger, Detlef: Wenig wissen, alles fühlen, in: Süddeutsche Zeitung, 20.1.2015, S. 4.

²²⁸ Vgl. Nimz, Ulrike: Kopflös, in: Süddeutsche Zeitung, 29.1.2015, S. 4.

²²⁹ Vgl. Nimz, Ulrike: Das Problem verschwindet nicht, in: Süddeutsche Zeitung, 26.1.2015, S. 5.

²³⁰ Vgl. Esslinger, Detlef: Wenig wissen, alles fühlen, in: Süddeutsche Zeitung, 20.1.2015, S. 4.

Einwanderungspolitik statt.²³¹ Deshalb könnten die einfachen Lösungsangebote von Pegida fruchten, weil Pegida die Sorgen vieler Menschen anspreche.²³² Prantl weist auf fehlende direkt-demokratische Elemente der politischen Teilhabe hin, was eine Politikverdrossenheit und Politikverachtung zur Folge habe, die bis in die bürgerliche Mitte reiche.²³³

Der Umgang der Politik mit Pegida wird kritisiert. In Sachsen, so Nimz, gebe es eine wachsende Zahl von Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte und eine starke rechtsextreme Szene. Die sächsische CDU betreibe aber eine Politik, die in Teilen geschichtsrevisionistisch und gegen Minderheiten gerichtet sei. Zudem würden politisch links stehende Menschen mit fragwürdigen Verfahren verfolgt.

„Wer alternativen Lebensentwürfen mit Misstrauen begegnet, Akteure der Zivilgesellschaft gegen Wände laufen lässt, der kultiviert politisches Desinteresse oder fördert Radikalisierung. Der Demokratie dient er nicht.“²³⁴

Abgesehen von der Frage des Dialogs mit Pegida werden aber in nur wenigen Kommentaren konkreten Forderungen an die Politik gestellt²³⁵. Im Zusammenhang mit dem Verbot der Pegida-Demonstration am 19. Januar 2015 spricht Heribert Prantl von einem Fehler der Polizei, diese müsse Demonstrationen schützen, statt sie zu verbieten. Auch Bielicki schreibt, es könne keine Lösung sein, die Demonstrationsfreiheit aufgrund von Bedrohungen einzuschränken. „Denn das, was die Marschierer von Dresden gestoppt hat, bedroht tatsächlich alle: Terror und die Angst davor.“²³⁶ Versammlungsrecht und Meinungsfreiheit gelten für alle Menschen und müssten besonders in Zeiten der Terrorgefahr geschützt werden.²³⁷ Hier haben die Anschläge von Paris Einfluss auf die Argumentationsweise, wobei auch der Blick auf die Muslime in Deutschland gerichtet wird. So plädiert Prantl für eine tolerante Gesellschaft, deren Aushandlung Toleranz wie auch Respekt benötige.²³⁸ Allerdings müssten die Muslime in Deutschland ihre Religion grundrechtsverträglich predigen und praktizieren.²³⁹ Und Kirchner fordert die Muslime auf, Probleme wie „Parallelgesellschaften“, „Machoverhalten von türkischen Jugendlichen“ oder eine „fehlende Beachtung des Grundgesetzes“ anzusprechen. „Was den Umgang mit muslimischen Einwandern betrifft, gibt es viel guten Willen, aber auch Blauäugigkeit.“²⁴⁰

²³¹ Vgl. Kirchner, Thomas: Willkommen in der Realität, in: Süddeutsche Zeitung, 3.2.2015, S. 11.

²³² Vgl. ebd.

²³³ Vgl. Prantl, Heribert: Sprich nicht mit dem Hitlerbärtchen, in: Süddeutsche Zeitung, 22.1.2015, S. 4.

²³⁴ Nimz, Ulrike: Der sächsische Irrweg, in: Süddeutsche Zeitung, 28.1.2015, S. 6.

²³⁵ Lediglich Heribert Prantl fordert die Einführung von mehr direkt-demokratischen Elementen. Sie sorgen für Demokratisierung und bringe die Politik den Menschen wieder näher. Vgl. Prantl, Heribert: Grundrecht Nummer acht: achten! in: Süddeutsche Zeitung, 20.1.2015, S. 4.

²³⁶ Bielicki, Jan, Radikaler Schritt, in: Süddeutsche Zeitung, 19.1.2015, S. 4.

²³⁷ Vgl. ebd.

²³⁸ Prantl, Heribert: Heimat Europa, in: Süddeutsche Zeitung, 10.1.2015, S. 12.

²³⁹ Vgl. ebd.

²⁴⁰ Kirchner, Thomas: Willkommen in der Realität, in: Süddeutsche Zeitung, 3.2.2015, S. 11.

Zentral bleibt in der Berichterstattung weiterhin der Appell an die BürgerInnen, gegen Pegida zu agieren. Doch auch hier wird zunehmend der Islam zum Thema. Timothy G. Ash konstatiert eine Spirale der Gewalt zwischen Islamismus und Pegida und sieht die BürgerInnen in der Pflicht, diese aufzuhalten. Vor allem die Menschen, nicht nur die Politik, müssten den Kampf um ein inklusives Europa führen. Zugleich dürften die „nicht-muslimischen Europäer“²⁴¹ aber keine Kompromisse bei der Substanz der offenen Gesellschaft machen. Auch wenn der Autor keineswegs antimuslimisch-rassistische Vorurteile vertritt, baut er, zumindest implizit, eine Konfliktsituation zwischen dem Islam und der vermeintlich offenen Gesellschaft auf. Dagegen führt Hannah Beitzer aus, dass es in Deutschland auch jenseits konfessioneller Konflikte eine Vielzahl an Gegensätzen gebe. „Es gibt in Deutschland nicht nur eine Kluft zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen oder Pegida und Anti-Pegida.“²⁴²

Ein weiteres wichtiges Thema im Umgang mit Pegida ist weiterhin die Frage, ob die Politik mit der Organisation in den Dialog treten sollte. Anlässlich einer Talkshow mit Oertel und dem Besuch einer Diskussionsveranstaltung mit Pegida-AnhängerInnen von Sigmar Gabriel Ende Januar 2015 in Dresden wird dies verstärkt zum Thema. Kirchner spricht für den Dialog mit Pegida. Die Politik habe zulange die Strategie verfolgt, populistische Parteien oder Organisationen zu ignorieren und zu dämonisieren. „Sigmar Gabriel hat die Strategie geändert und will genauer hinhören, was jene Menschen bewegt, die AfD wählen oder das Abendland verteidigen wollen. Das ist ein gutes Zeichen.“²⁴³ Auch Esslinger betrachtet es als gut, in den Dialog mit Pegida zu treten, allerdings, weil sich Pegida in diesem Fall selbst entlarven werde.²⁴⁴ Deutlich gegen die Dialogoption spricht sich weiterhin Prantl aus: „Eine an Grundrechten orientierte Politik darf sich nicht institutionalisiert mit den Anführern einer völkisch grundierten Bewegung treffen [...]“²⁴⁵ Diejenigen, die gegen einen Dialog mit Pegida sind, differenzieren allerdings zwischen den Pegida-AnführerInnen und denen, die sich an den Demonstrationen beteiligen. Die Politik müsse „um die Menschen werben, die sich von diesen Anführern rühren lassen.“²⁴⁶ Nichts spreche gegen eine Diskussion zwischen der Lokalpolitik und Pegida.²⁴⁷ Die Dialogoption wird hier also wie bereits in der Gründungsphase von Pegida von einigen schroff abgelehnt, von anderen – wenn auch mit Einschränkungen – befürwortet. Doch in dieser Debatte kommt hinzu, dass auch ein Dialog mit den Men-

²⁴¹ Ash, Timothy Garton: Die Hass-Spirale stoppen, in: Süddeutsche Zeitung, 21.1.2015, S.2.

²⁴² Beitzer, Hannah: Der Rückzug ins Private muss aufhören, in: Süddeutsche.de, 25.1.2015, <http://www.sueddeutsche.de/politik/lehren-aus-pegida-der-rueckzug-ins-private-muss-aufhoeren-1.2303621>, zuletzt zugegriffen 7.4.2016.

²⁴³ Kirchner, Thomas: Willkommen in der Realität, in: Süddeutsche Zeitung, 3.2.2015, S. 11.

²⁴⁴ Vgl. Esslinger, Detlef: Wenig wissen, alles fühlen, in: Süddeutsche Zeitung, 20.1.2015, S. 4.

²⁴⁵ Prantl, Heribert: Sprich nicht mit dem Hitlerbärtchen, in: Süddeutsche Zeitung, 22.1.2015, S. 4.

²⁴⁶ Vgl. ebd.

²⁴⁷ Vgl. Kister, Kurt: Gabriel hört den Falschen zu, in: Süddeutsche Zeitung, 26.1.2015, S. 4.

schen geführt werden müsse, die vor Pegida Angst haben. Immer wieder komme es bei Pegida-Demonstrationen zu Angriffen auf JournalistInnen und viele Flüchtlinge in Dresden würden aus Angst montags nicht mehr ihre Häuser verlassen und um ihre Sicherheit fürchten. „Man müsse die Menschen ernst nehmen, die bei Pegida mitlaufen – das hört man dieser Tage oft, zuletzt von SPD-Chef Sigmar Gabriel. Aber was ist mit denen, die vor Pegida weglaufen?“²⁴⁸ Pegida erzeuge ein Klima der Angst bei allen, die von den Demonstrierenden nicht als „das Volk“ angesehen würden. „Die Obsession für Pegida wirft ein übeleregendes Schlaglicht darauf, wer in der Bundesrepublik Verständnis und Aufmerksamkeit erwarten kann.“²⁴⁹

Pegida im medialen Sommerloch

Ende Januar verringert die SZ ihre Aufmerksamkeit auf Pegida deutlich. Einzig der Besuch des niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders am 13. April 2015 wird zum Thema gemacht. Danach wird nur noch sporadisch über Pegida berichtet.

Dabei wird Pegida zunehmend als im Niedergang befindlich beschrieben. Die Gruppierung verliere stetig an Zulauf. Pegida sei „ein eher überschaubarer Populistenrest, der sich vor allem selbst stilisiert.“²⁵⁰ Weiterhin wird eine Radikalisierung Pegidas konstatiert. Die Vereinigung habe sich seit Februar 2015 immer offener rechts oder extrem rechts gezeigt²⁵¹ und Rassismus sowie Fremdenhass zur Schau gestellt.²⁵² Zudem weist Pollmer Anfang März auf einen Angriff von Pegida-Demonstrierenden auf ein Protestcamp hin. Er stellt jedoch auch heraus, dass sich die große Mehrheit der Demonstrierenden friedlich verhalten habe.²⁵³ Im Juni 2015 beziehen sich mehrere Artikel auf die rassistischen Ausschreitungen im sächsischen Freital. Die Rolle von Pegida wird dabei jedoch kaum beleuchtet. Es findet sich lediglich der Hinweis, dass Freital eine „Pegida-Hochburg“ sei. Auch die Ängste von Teilen der Dresdner Bevölkerung werden weiter angesprochen. Charlotte Haunhorst etwa schreibt, MigrantInnen in Dresden würden sich nicht mehr sicher fühlen, und es habe zahlreiche Fälle von Bedro-

²⁴⁸ Nimz, Ulrike: Der sächsische Irrweg, in: Süddeutsche Zeitung, 28.1.2015, S. 6.

²⁴⁹ Teune, Simon: Im Pegida-Fieber, in: Süddeutsche Zeitung, 28.1.2015, S. 2.

²⁵⁰ Pollmer, Cornelius: Hinter den Erwartungen, in: Süddeutsche Zeitung, Ausgabe München, 14.4.2015, S. 5.

²⁵¹ Vgl. ebd.

²⁵² Vgl. Bielicki, Jan: Unermüdlich und besessen, in: Süddeutsche Zeitung, 25.5.2015, S. 15.

²⁵³ Vgl. Pollmer, Cornelius: Lehren aus der Montagsdemo, in: Süddeutsche Zeitung, 4.3.2015, S. 4.

hungen und Anfeindungen durch Pegida-UnterstützerInnen gegeben.²⁵⁴ Anlässlich der Angriffe mehrerer Dutzend Neonazis nach einer NPD-Demonstration in Dresden auf AntirassistInnen Ende Juli 2015 stellt Pollmer eine Arbeitsteilung zwischen Pegida und NPD fest. „Pegida ist weiterhin für das Wort zuständig, die NPD sammelt jene ein, denen die Tat näher ist.“²⁵⁵ Auch nach einer Pegida-Demonstration habe es aber Angriffe auf ein Camp von Flüchtlingen in Dresden gegeben. Die Entstehungsgründe von Pegida und der gesellschaftliche Umgang mit dem Phänomen werden in dieser Zeit nicht weiter angesprochen. Vor dem Hintergrund, dass die SZ Pegida als Auslaufmodell betrachtet, ist dies nicht verwunderlich.

Pegida-Jahrestag, Erstarkung und Radikalisierung

Erst Anfang Oktober steigt die Berichterstattung wieder an.²⁵⁶ Am 19. Oktober 2015 fand der Pegida-Jahrestag in Dresden statt. Eine Woche zuvor wurde ein Galgen mit den Namen Angela Merkel und Sigmar Gabriel mitgeführt.

Die SZ sieht, dass sich Pegida thematisch auf die Flüchtlingsfrage und die Kritik an der „Lügenpresse“ fokussiere.²⁵⁷ Im Hinblick auf die politische Verortung ist sich die SZ mittlerweile sicher, dass Pegida als extrem rechts anzusehen ist. So bewerten Nimz und Pollmer Pegida am Jahrestag offenbar als neonazistisch dominiert und gewalttätig. „Pegida feiert in Dresden: mit Hass gegen die ‚Judendrucke‘, Schlägen und Tritten gegen Fotografen – und einem Hauptredner, der Konzentrationslagern hinterhertrauert.“²⁵⁸

Die Zunahme der TeilnehmerInnen wird auch von der SZ registriert. Pegida werde größer und wirkmächtiger. Insofern prognostiziert Pollmer, dass Pegida noch lange aktiv sein werde.²⁵⁹ Dabei werde die Sprache bei Pegida aggressiver und die Hetze gegen Flüchtlinge und PolitikerInnen verstärke sich. Es sei eine Verro-

²⁵⁴ Haunhorst, Charlotte: Nach Pegida, in: Süddeutsche Zeitung, 8.6.2015, S. 14.

²⁵⁵ Pollmer, Cornelius: Arbeitsteilung auf sächsisch, in: Süddeutsche Zeitung, 27.7.2015, S. 2.

²⁵⁶ Die Süddeutsche geht im August 2015 ausführlich auf die Angriffe von Neonazis auf eine Unterkunft für Flüchtlinge im sächsischen Heidenau ein. Die Angriffe und ihre Hintergründe werden in der SZ ausführlich diskutiert, Pegida wird aber nur am Rande mit den Ausschreitungen in dem sächsischen Ort in Verbindung gebracht.

²⁵⁷ Vgl. Pollmer, Cornelius: Wo Reportermuskeln wachsen, in: Süddeutsche Zeitung, 25.11.2015, S. 25.

²⁵⁸ Vgl. Nimz, Ulrike/Pollmer, Cornelius: Wir sind das Völkchen, in: Süddeutsche Zeitung, 21.10.2015, S. 3.

²⁵⁹ Vgl. Pollmer, Cornelius: Herz und Hetze in Dresden, in: Süddeutsche Zeitung, Ausgabe München, 20.10.2015, S. 6.

hung und eine Radikalisierung von Wortwahl und Symbolik festzustellen.²⁶⁰ Pegida, so Pollmer, habe zu Beginn von Flüchtlingen gesprochen und spreche nun von „Invasoren“. „Die Rhetorik von Pegida verschiebt sich nach rechts und, in der Folge, auch der über die Bewegung hinausgehende Diskurs.“²⁶¹ Des Weiteren wird eine Verbindung zwischen Pegida und den zunehmenden Angriffen auf Flüchtlinge in Deutschland gezogen. Die Pegida-Demonstrationen, so Prantl, seien die Hetze, die den „Begleitchor zu den Gewalttaten gegen Flüchtlingsunterkünfte“²⁶² ausmache. Tanjev Schultz spricht von einer Eskalation des Hasses und der Hetze, die aufgehalten werden müsse. Pegida stehe in Verbindung zu den rechtsextremen Angriffen und Anschlägen auf MigrantInnen und politische Andersdenkende, die durchaus als Terrorismus betrachtet werden könnten.²⁶³

Auch wird auf die verstärkten Angriffe auf die Presse hingewiesen. Am Pegida-Jahrestag und auch zuvor sei es mehrfach zu Gewaltausbrüchen bei Pegida-Demonstrationen gekommen. Schultz spricht von einem kalkulierten Angriff auf die Presse und einer Gefährdung der Pressefreiheit.²⁶⁴

In einem zentralen Artikel zum Jahrestag von Pegida schreibt Pollmer, dass Pegida inzwischen das Leben in Dresden maßgeblich mitbestimme. „Das Thema Pegida ist überall hineingekrochen, in jeden Verein, in jedes Büro, in jede Familie.“²⁶⁵ Auch die Presse in Dresden habe ihre beobachtende Position verloren und sei, auch aufgrund von Beschimpfungen und Angriffen, Teil des Konflikts.²⁶⁶ Alex Rühle interviewt einige DresdnerInnen, die von immensem Hass, der Erhaltung der Stadt und einer Vergiftung des Klimas sprechen. Es gebe Menschen, „die das Gefühl haben, ihre Stadt und ihr soziales Umfeld verloren zu haben.“²⁶⁷

Vor allem Bewertungen von und der Umgang mit Pegida nehmen zum Jahresende Raum ein. Dagegen wird die Frage nach den Gründen für die Entstehung und Kontinuität der Proteste weniger verfolgt. Pollmer sieht die Zuwanderungsdebatte als zentralen Grund für das neuerliche Erstarken Pegidas. Die Debatte sei stark polarisiert und in zwei Positionen aufgeteilt. „Entweder alle rein oder Grenzen dicht, und zwar sofort.“²⁶⁸ Die Polarisierung habe Pegida zu Zulauf ver-

²⁶⁰ Vgl. Pollmer, Cornelius: Menschenverachtende Bastelstunde, in: Süddeutsche Zeitung, 14.10.2015, S. 6.

²⁶¹ Pollmer, Cornelius: Kalter Krieg, in: Süddeutsche Zeitung, 19.10.2015, S. 3.

²⁶² Prantl, Heribert: Und drinnen singt die Königin der Nacht, in: Süddeutsche Zeitung, 14.10.2015, S. 4.

²⁶³ Vgl. Schultz, Tanjev: Die Zäune der Zivilität, in: Süddeutsche Zeitung, 21.10.2015, S. 4.

²⁶⁴ Vgl. ebd.

²⁶⁵ Ebd.

²⁶⁶ Vgl. Pollmer, Cornelius: Wo Reportermuskeln wachsen, in: Süddeutsche Zeitung, 25.11.2015, S. 25.

²⁶⁷ Rühle, Alex: Eine Stadt im Aufstand, in: Süddeutsche Zeitung, 26.11.2015, S. 17.

²⁶⁸ Pollmer, Cornelius: Kalter Krieg, in: Süddeutsche Zeitung, 19.10.2015, S. 3.

holfen und die Radikalisierung der Gruppierung mit ermöglicht, denn es gebe keine Debatte der Mitte zur Zuwanderung.

In der Analyse des gesellschaftlichen Umgangs mit Pegida wird festgestellt, dass das in der SZ geforderte Eintreten der Zivilgesellschaft gegen Pegida nicht stattgefunden habe. Pollmer sieht die ausgemachte Polarisierung in der Einwanderungsdebatte als einen Grund für diese Nicht-Einmischung der Zivilgesellschaft. Es gebe in dieser Frage nur die Position Pegidas oder die linker AktivistInnen, die alle, sobald sie sich eine differenzierte Betrachtung des Protests gegen die Flüchtlingspolitik wünschen würden, als „rechte Idioten“ titulieren würden.²⁶⁹ Was in Dresden fehle, so Prantl, sei die Zivilgesellschaft, die sich Pegida entgegenstelle. Hier hätten die BürgerInnen versagt. Sie würden nur zuschauen und sich nicht gegen Pegida stellen.²⁷⁰

Auffallend ist, dass häufiger als vorher an den Staat appelliert wird, gegen Pegida tätig zu werden und ihm wird ein zögerlicher Umgang mit Pegida vorgeworfen. Sachsen, so die Forderung, müsse schneller und härter gegen rechtsextreme GewalttäterInnen vorgehen. Gerade volksverhetzende Reden würden nicht ausreichend verfolgt²⁷¹ und Angriffe auf JournalistInnen nicht geahndet. Schultz betrachtet die Gewalttaten bei Pegida-Demonstrationen als Angriffe auf die Pressefreiheit. Der Staat würde herausgefordert und müsse reagieren. „Der Rechtsstaat hält viel aus, er muss viel aushalten – aber eines darf er auf keinen Fall zulassen: dass Volksverhetzer ihn verlachen.“²⁷² Die Forderungen nach staatlicher Repression gegen Pegida gehen soweit, dass ein Verbot der Pegida-Märsche in die Debatte eingebracht wird. Prantl fordert, die Pegida-Demonstrationen zu unterbinden, wenn deutlich werde, dass sie Gewalt befördern würden. Dies könne ein Zeichen für eine resolute Gesellschaft setzen, denn ein Staat sei dann stark, wenn er die Schwachen schütze.²⁷³ Auch Schultz schreibt, es sei Aufgabe des Rechtsstaats, eine weitere Eskalation des Hasses und der Hetze zu unterbinden.

„Wenn die Organisatoren von Pegida das nicht selbst schaffen (oder nicht schaffen wollen), muss es der Staat tun, notfalls sogar mit dem Verbot oder der Auflösung einer Demonstration.“²⁷⁴

Hier wird ein Bruch in der Erwartungshaltung gegenüber dem Staat im Hinblick auf Pegida deutlich. Noch Anfang des Jahres wurde das Verbot einer Pegida-Demonstration mit Rekurs auf die Meinungsfreiheit harsch kritisiert. Doch auch

²⁶⁹ Vgl. ebd.

²⁷⁰ Vgl. Prantl, Heribert: Und drinnen singt die Königin der Nacht, in: Süddeutsche Zeitung, 14.10.2015, S. 4.

²⁷¹ Prantl, Heribert: Die Strafbarkeit der Hassformeln, in: Süddeutsche Zeitung 4.11.2015, S. 5.

²⁷² Schultz, Tanjev: Die Zäune der Zivilität, in: Süddeutsche Zeitung, 21.10.2015, S. 4.

²⁷³ Vgl. Prantl, Heribert: Und drinnen singt die Königin der Nacht, in: Süddeutsche Zeitung, 14.10.2015, S. 4.

²⁷⁴ Schultz, Tanjev: Die Zäune der Zivilität, in: Süddeutsche Zeitung, 21.10.2015, S. 4.

jetzt finden sich noch andere Stimmen: Johan Schloemann schreibt, die Probe der Demokratie bestehe darin, gerade Gruppierungen wie Pegida die Grundrechte von Meinungs- und Versammlungsfreiheit „besonders souverän zu gewähren.“²⁷⁵ Zentrales Merkmal der Demokratie sei die demokratische Gegenwehr, die in Wachsamkeit, Argumenten und Gegendemonstrationen liege.

Fazit

Die Süddeutsche Zeitung berichtet vor allem in der Zeit der Etablierung Pegidas bis zur Spaltung Ende Januar ausführlich zu den Demonstrationen. Zunächst wird Pegida als eine gegen den Islam und gegen Flüchtlinge gerichtete Gruppierung betrachtet. Deutlich werde eine neuartige Zusammensetzung, in der Neonazis und Hooligans gemeinsam mit sich selbst nicht als extrem rechts bezeichnenden BürgerInnen auf die Straße drängen würden. Von vorne herein positioniert sich die SZ gegen Pegida und fordert die BürgerInnen auf, aktiv zu werden. Die Zivilgesellschaft stehe in der Pflicht, Pegida zu konfrontieren. Als Gründe für die Pegida-Demonstrationen werden Politikverdrossenheit, und eine verringerte Bindungskraft der etablierten Institutionen gesehen. In Folge der Anschläge in Paris bewertet die SZ Pegida zunehmend als Kern einer „völkischen“ und „rassistischen“ „Gegen-Zivilgesellschaft“. Als Gründe für die Entstehung Pegidas werden nun neben überkomplexen politischen Fragen und Politikverdrossenheit auch angeblich nicht geführte Debatten um Asyl und Zuwanderung genannt. Dabei wird mit der rechtspopulistischen Argumentation gespielt, es gebe in Deutschland Tabus, denn gerade die Themen Asyl und Zuwanderung beherrschten bereits seit Monaten die Schlagzeilen. Die Frage des gesellschaftlichen Umgangs mit Pegida wird teilweise vor der Folie des Islamismus diskutiert. Muslime werden in eine Bringschuld gebracht. Sie müssten zeigen, dass sie friedlich seien. Von Anfang Februar an bis Anfang Oktober 2015 gibt es nur ein geringes Interesse an Pegida. Mit der Spaltung Pegidas wird angenommen, dass sich Rechtsextreme in der Gruppierung durchsetzten und die Gruppierung in die Bedeutungslosigkeit rutsche. Die Angriffe auf Flüchtlinge in den sächsischen Städten Freital und Heidenau werden nur implizit mit Pegida in Verbindung gebracht.

Kurz vor dem Jahrestag der Pegida-Demonstrationen steigt die Berichterstattung wieder deutlich an. Durchgängig wird nun die Ansicht vertreten, dass das Hauptthema Pegidas der Zuwanderungsdiskurs ist und die Gruppierung gewalt-

²⁷⁵ Schloemann, Johan: Wer sind das Volk?, in: Süddeutsche Zeitung, 5.12.2015, S. 4.

tätig, von der Öffentlichkeit abgekapselt und nicht mehr dialogbereit ist. Pegida wird nun explizit mit dem rapiden Anstieg von Angriffen auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte in Verbindung gebracht, da die Gruppe die Hetze betreibt, die den Boden für diese Angriffe bereite. In Fragen des Umgangs von Politik und Gesellschaft macht sich in Teilen ein resignativer Ton breit. Das notwendige Engagement der BürgerInnen gegen Pegida hat nicht stattgefunden. Auch deshalb wird der Staat aufgefordert, gegen Pegida einzuschreiten und notfalls Demonstrationen zu verbieten. Was die Zivilgesellschaft nicht geschafft hat, soll der Staat nun in die Hand nehmen. Zugleich wird eine differenzierte Debatte in der Zuwanderungsfrage gefordert, die in der „Mitte“ der Gesellschaft geführt werden müsse.

Die Berichterstattung zu Pegida in der Sächsischen Zeitung

Die Berichterstattung der SÄZ zu Pegida während des Untersuchungszeitraums von Oktober 2014 bis Ende 2015 lässt sich vier Phasen unterteilen. Ihre Analyse kann – im Unterschied zu der von SZ und FAZ - vor allem die landespolitische und kommunale Perspektive berücksichtigen.

Anfangs- und Orientierungsphase von Pegida: Entstehung bis Sternmarsch

In der ersten Phase herrscht große Unklarheit hinsichtlich einer Einbettung von Pegida in bestehende Diskurse. Für die SÄZ stellt Pegida ein völlig neues Phänomen dar. Die Themen Asyl und Flucht, im Speziellen die Unterbringung von asylsuchenden Menschen, sind tonangebend. In diesem Zusammenhang registriert die SÄZ Unmut und Sorgen innerhalb der Bevölkerung und wertet Pegida als einen Ausdruck dieser Stimmung. Thilo Alexe stellt fest:

„Landesweit regt sich Unmut gegen die Unterbringung von Asylbewerbern. Kommunen verweisen auf steigende Kosten. Anwohner neuer Unterkünfte reagierten besorgt. In Dresden kommen mehrere Tausend Menschen zu asylkritischen ‚Pegida‘-Demonstration zusammen.“²⁷⁶

Es wird ein enger Zusammenhang zwischen Migration/Asyl und der Entstehung von Pegida gesehen. Angekündigte Maßnahmen in der Asylpolitik der Landesregierung und insbesondere der sächsischen CDU werden gerade in dieser Phase ausführlich vorgestellt und mit Pegida in Verbindung gebracht. Die sächsische Opposition im Landtag kommt hinsichtlich der aktuellen Asylpolitik dabei kaum zu Wort, kritische Stimmen werden meist über den kleinen Koalitionspartner SPD eingebracht. Es werden zwar eine Stärkung der „Willkommenskultur“ und Maßnahmen zur besseren Integration gefordert. Dennoch wird die Auswei-

²⁷⁶ Alexe, Thilo: Sachsen macht Asyl zur Chefsache, in: Sächsische Zeitung, 26.11.2014, S.1.

sung abgelehnter Flüchtlinge als notwendig und auch die Vorstellung, dass „die Gesetze und Wertvorstellungen des Gastgeberlandes beachtet werden“²⁷⁷ müssen, als richtig angesehen. Für die Berichterstattung kennzeichnend ist jedoch ebenso, dass sie Pegida nicht als eine geeignete Protestplattform dafür ansieht, Unmut über die bisherige Asylpolitik zu äußern. Dies wird besonders durch die Aufarbeitung der kriminellen Vergangenheit von Pegida-Chef Bachmann sichtbar.

Artikel über Pegida werden häufig in Verbindung mit Sachsen und dem Image des Freistaats und Dresdens verknüpft. Ein drohender Imageschaden für die Region, der ökonomische Folgen haben werde, prägt den Tenor in der SäZ und wird durch Berichte über drohende Verluste im Weihnachtsgeschäft untermauert. Hier werden Parallelen zum Neonaziaufmarsch anlässlich der Bombardierung von Dresden 1945 gezogen. Der Umgang der Stadt Dresden mit dem Aufmarsch und die Ausschreitungen im Zusammenhang mit den Demonstrationen brachten Dresden regelmäßig in die bundesweiten Schlagzeilen. Ebenso wurde der Mord an der Ägypterin Marwa El-Sherbini im Juli 2009 damals bundesweit thematisiert. Diese Vergleiche verschränken Pegida mit dem Diskurs zur extremen Rechten. Spätestens mit der bundesweiten und internationalen Aufmerksamkeit durch Pegida wird das Image Dresdens und Sachsen zum dauerhaften Thema. Die SäZ zieht dafür die Meinung von einem Experten hinzu:

„Richard Hilmer, Chef des Berliner Meinungsforschungsinstituts Infratest Dimap, sieht Dresdens Ruf vor allem dann gefährdet, wenn Pegida auf Dauer mehr Präsenz zeigt als die Gegendemonstranten‘. Wichtig sei die Möglichkeit eines sicht- und hörbaren Widerspruchs. Am vorigen Montag protestierten 1.200 Menschen gegen das Bündnis, von denen einige allerdings aggressiv und gewaltbereit waren.“²⁷⁸

Gerade in der ersten Phase wird an die in Sachsen besonders verbreitete Vorstellung von Rechts- versus Linksextremismus angeknüpft. Dabei wird der Protest gegen Pegida als potentiell gewalttätig und extremistisch gewertet. Während aber über Inhalte der Reden bei den Pegida-Aufmärschen berichtet wird, wie etwa deren Position zum Asylrecht, finden die inhaltlichen Positionen der antirassistischen Demonstrationen keinen Widerhall. Sie werden als reine Gegendemonstrationen zu Pegida erwähnt und es werden Ausschreitungen befürchtet.

Die Berichterstattung über die Gegenproteste ändert sich allerdings mit der Ankündigung eines zivilgesellschaftlichen Sternmarsches, der breit rezipiert wird. So führt die SäZ im Vorfeld zahlreiche Menschen auf, die zum Sternlauf aufrufen.

²⁷⁷ Tillich, Stanislaw in: SäZ: Tillich fordert mehr Hilfe und Toleranz für Flüchtlinge, in: Sächsische Zeitung, 01.12.2014, S.1.

²⁷⁸ Barth, Rafael und Lemke, Johanna: Pegida-Märsche gefährden Dresdens Ansehen, in: Sächsische Zeitung, 04.12.2014, S.1.

fen.²⁷⁹ Damit finden auch Äußerungen gegen Rassismus Erwähnung. Durch die Äußerungen prominenter Dresdner Persönlichkeiten wird immer wieder Toleranz und Weltoffenheit angemahnt und es kann deutlich werden, dass Pegida kein Symbol für die Stadtgesellschaft darstellt. Migration wird in diesem Kontext als Gewinn für die Region Sachsen betont, insbesondere für die Wissenschaft. Kritische Äußerungen des Rektors der TU Dresden gegenüber Pegida verdeutlichen, dass sich Dresdner WissenschaftlerInnen gegen Pegida positionieren. Ihre Statements fließen in die Berichterstattung ein und erweiterten die Positionen gegen Pegida.

Die Verschränkung von Pegida mit dem Thema Flucht und Asyl und den damit diagnostizierten Sorgen und Ängsten der Bevölkerung wird allerdings nie komplett aufgeben. Die Debatte um die Einwanderungspolitik wird als angespannt und die Politik dazu als problembehaftet beschrieben, obwohl auch gesagt wird, dass viele Probleme für Sachsen nicht wirklich real seien:

„Sachsens evangelischer Landesbischof Jochen Bohl hat in der Diskussion um Flüchtlinge, Ausländer und Asylbewerber zur Besonnenheit gemahnt. ‚Wir sollten die persönliche Sorge der Menschen, die auf die Straße gehen, ernst nehmen‘, sagte er gestern. [...] Die Einwanderungspolitik in Deutschland sei ein Thema, bei dem in den vergangenen 30 Jahren nicht alles richtig gemacht wurde, sagte Bohl. Für Sachsen sehe er aber angesichts des sehr niedrigen Ausländeranteils keinen realen Grund, sich vor der Entstehung von Parallelgesellschaften zu fürchten.“²⁸⁰

Gesprächs- und Dialogphase: Sternmarsch bis Spaltung

Die erhoffte Wirkung des Sternmarsches, ein Rückgang der Teilnehmendenzahlen bei Pegida, blieb aus und mit dieser Tatsache ändert sich die Auseinandersetzung mit Pegida in der SäZ. Nun wird betont, dass es keinen „Wettbewerb, wer mehr Menschen auf die Straße bringt, [...] sondern eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Pegida“²⁸¹ geben müsse. Weitere Gegenproteste werden dagegen als Teil der Eskalation interpretiert und es werden neue Antworten auf

²⁷⁹ Vgl. Binner, Annette, Schneider, Alexander: Tausende protestieren gegen Pegida, in: Sächsische Zeitung, 09.12.2014, S.1.

²⁸⁰ SäZ/dpa: Asylstreit - Heute Tausende Dresdner auf der Straße, in: Sächsische Zeitung, 08.12.2014, S.1.

²⁸¹ Behr, Christian in: SäZ, Alexe, Thilo, Schneider, Alexander, dpa: Dresden sucht nach einer Antwort auf Pegida in: Sächsische Zeitung, 10.12.2014, S.1.

Pegida gesucht.²⁸² Verstärkt thematisiert die SÄZ nun „Sorgen und Ängste“ der Bevölkerung und ruft zu Gesprächen und Dialog auf. So äußern sich Personen, die vorher zu Gegenprotesten ermutigt haben, nach dem Sternmarsch mit anderen Aussagen.

„Es mehren sich aber auch Stimmen, die fordern, mit der Pegida-Anhängerschaft ins Gespräch zu kommen. Dresdens Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) sagte, sie nehme die Sorgen der Demonstranten ernst.“²⁸³

Der SÄZ geht es dabei zunächst nur um Gespräche, in denen die Bevölkerung verstärkt über politische Prozesse aufgeklärt und informiert werden sollte, insbesondere zu den Themen Asyl und Migration:

„Wir müssen mehr darüber reden, wie Flüchtlinge aufgenommen und wirklich integriert werden können. Es fehlt die Erfahrung, ihnen zu begegnen. Auch das kann Ängste nehmen. Und wir müssen mit Fakten, Worten und Mut aufklären – und gegenhalten. Doch es gibt Grenzen der Diskussion. Eine ist das Grundrecht auf Asyl, verankert in unserer Verfassung. Und damit genauso wenig wegzudenken wie der Satz, dass die Würde des Menschen unantastbar ist.“²⁸⁴

Mit dieser Wendung wird Pegida zunehmend im Kontext der demokratischen Kultur gestellt. Besonders in Verbindung mit Meinungsfreiheit, Grundgesetz und geltenden Grundwerten erscheint in der SÄZ die politische Äußerung von Pegida als legitim. Sie sieht in den Dialogen eine Form, dem Phänomen Pegida argumentativ zu begegnen und durch informative Aufklärung Existenzängste in der Bevölkerung zu minimieren.

Eine Diskussion über die Werte und Normen, aber auch den Fortbestand der Demokratie in Sachsen und Deutschland und ihrer Grundrechte, findet insbesondere in der Zeit des Jahreswechsels statt. Dabei offenbart sich ein Verständnis von demokratischer Kultur, in der Gespräche und sprachliche Ausdrucksweise im Mittelpunkt stehen und an der die Grenze zur demokratischen und bürgerlichen Mitte gezogen wird. Obwohl Pegida keine Bereitschaft zeigt, Gespräche zu führen, bleibt die SÄZ bei ihrem Ansatz, durch Debatten die Situation zu entschärfen. Die Verweigerung von Pegida zum Gespräch wird in der SÄZ mit Verhalten von extrem rechten AkteurInnen verglichen, die sich ebenfalls Gesprächen verweigern und sich mit ihrer Sprache außerhalb der bürgerlichen Rhetorik bewegen würden. Frank Seibel verdeutlicht dies und bezieht sich auf den Unternehmer Winfried Stöcker, der sich mit rassistischen Äußerungen zu Wort gemeldet hatte:

²⁸² Vgl. SÄZ, Alexe, Thilo, Schneider, Alexander, dpa: Dresden sucht nach einer Antwort auf Pegida in: Sächsische Zeitung, 10.12.2014, S.1.

²⁸³ Ebd.

²⁸⁴ Binninger, Annette: Hart in der Sache, aber fair im Umgang, in: Sächsische Zeitung, 10.12.2014 S.1.

„Die Görlitzer Stadtgesellschaft stellt sich entschlossen gegen den Mann, der sich selbst in der Mitte der Gesellschaft wähnt, aber Applaus bekommt von der NPD sowie von Pegida -Anhängern. [...] Der vehemente Widerstand des Bürgertums, zu dem er sich selbst zählt, hat den Unternehmer gezwungen, den zerstörerischen Unsinn zurückzunehmen und zu einer Sprache zurückzufinden, die eine Kommunikation, einen Gedankenaustausch erst ermöglicht. [...] Der Görlitzer Protest beinhaltet in seiner Friedfertigkeit immer die Einladung, weiter dabei zu sein, mitten in der Gesellschaft. Dazu musste Stöcker buchstäblich zur Vernunft gebracht werden. Diesen Weg haben viele Pegida -Anhänger noch vor sich.“²⁸⁵

Auch Markus Krämer greift diesen Punkt auf:

„Natürlich sind Demonstrationsrecht und Meinungsfreiheit nur dann etwas wert, wenn sie auch für jene gelten, die provozieren und den gesellschaftlichen Konsens stören. Es tut der Demokratie ganz gut, wenn es im Gebälk etwas knirscht. Doch wer sich im Ton vergreift und dem vernünftigen Dialog verweigert, darf sich nicht beschweren, wenn auch andere von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machen. Dieses Recht gilt sogar für Angela Merkel.“²⁸⁶

Hier geht gleichzeitig das Verständnis ein, menschenverachtende Einstellungen würden sich nur an den sogenannten Rändern der Gesellschaft wiederfinden und es wird angenommen, dass die sozialstrukturelle Mitte mit der politischen Mitte der Gesellschaft gleichzusetzen sei. Die „Mitte“ der Gesellschaft zeichnet sich in dieser Sicht durch eine lebendige Demokratie und Meinungsfreiheit aus, in der ein offener Gedankenaustausch stattfindet und sei quasi immun für menschenverachtende Ideologien. Menschen, die sich Gesprächen verweigern oder andere Mittel der politischen Auseinandersetzung wählen, würden sich auf die politischen „Ränder“ zu bewegen. Innerhalb politischer Reden scheint die Ausdrucksweise entscheidend und nicht der Inhalt der politischen Äußerung. Dies kann jedoch zu einer Entpolitisierung politischer Aussagen führen, bei der der Unterschied von linken oder rechten Positionen nivelliert wird.

Innerhalb dieser Phase ist eine Verschiebung der Gesprächsangebote zu beobachten. Mit einer offiziellen Veranstaltung der Landesregierung und der Stadt Dresden zu Pegida am 10. Januar 2015 wird der Begriff Dialog in die Debatte eingeführt, der das Gespräch ablöst. Die Forderungen nach Dialog mit den TeilnehmerInnen von Pegida werden durch die wissenschaftlichen Befunde legitimiert, nach denen Pegida-Teilnehmende aus der „Mitte der Gesellschaft“ stammen. Dabei wird eine Unterscheidung zwischen den Pegida-OrganisatorInnen um Bachmann und den TeilnehmerInnen der montäglichen Aufmärsche vorge-

²⁸⁵ Seibel, Frank: Vom unheiligen Zorn zurück zur Vernunft in: Sächsische Zeitung, 23.12.2014, S.1., Kommentar zur Debatte in Görlitz nach rassistischen Äußerungen des für die Stadt sehr wichtigen Investors und Unternehmers, Winfried Stöcker.

²⁸⁶ Krämer, Marcus: Schluss mit Friede, Freude, Eierkuchen, in: Sächsische Zeitung, 02.01.2015, S.1.

nommen. Das „Orga-Team“ mit seiner teilweise kriminellen Vergangenheit würde die AnhängerInnen dem Dialog entziehen. Die einzelnen politischen Botschaften der OrganisatorInnen bei Pegida werden entpolitisierend als Selbstdarstellung bzw. „den großen Auftritt“²⁸⁷ suchend, interpretiert. „Das Thema Abendland/Islam/Asyl hat [Lutz Bachmann] dafür eher zufällig entdeckt.“²⁸⁸ Pegida-TeilnehmerInnen werden demgegenüber als Menschen dargestellt, die

„echte Ängste [teilen]. Sie fürchten um den Wert ihres Hauses, weil die Stadt nebenan ein Asylbewerberheim herrichtet. Sie fürchten um ihren prekären Job, weil ihn jemand noch billiger erledigen könnte. Sie fürchten um ihre schmale Rente, weil der Staat nun Asylbewerber finanzieren müsse.“²⁸⁹

Die Antwort auf diese „Ängste und Sorgen“ müsse der Dialog sein, in dem über diese Themen ehrlich und klar gesprochen werden könne. Dadurch soll aufgeklärt werden, denn „etliche dieser Ängste sind durchaus real. Andere sind natürlich Geschwätz, wie das vom Striezel, der bald nicht mehr Christstollen heißen dürfe.“²⁹⁰ Die Bereitschaft zum Gespräch wird dabei als Grenze für die Definition von legitimen Ängsten und Sorgen gesetzt. Sofern die Menschen für Gespräche offen sind, müsse über ihre Ängste gesprochen werden. Diese Definition der SÄZ führt jedoch dazu, dass rassistische Vorurteile oder Stereotype reproduziert werden können. In der aktuellen Asyl-Debatte müsse ehrlich und klar über sogenannte Tabu-Themen, wie Ausländerkriminalität und angeblicher Wertverfall in der Nähe von Asylunterkünften, gesprochen werden. Diese Deutungen werden in den Diskurs über Demokratie und Kultur oder Politik und Kultur eingebettet und als Teil der Meinungsfreiheit und der Wertvorstellung gesehen. Darüber werden politische Entscheidungen, wie die Asylrechtsverschärfung Anfang 2015 als richtig und notwendig bewertet. Forderungen, die über die (damaligen) „Ängste und Sorgen“ hinausgehen oder auch antirassistische Kritik an der Verschärfung, werden an die politischen Ränder gedrängt. Die Sorgen und Ängste der Migranten und Asylsuchenden finden im Diskurs der SÄZ kaum Erwähnung.²⁹¹

Mit den Terroranschlägen in Paris Anfang Januar 2015 und dem wegen einer Terrorwarnung verhängten Versammlungsverbot von Pegida in Dresden Mitte Januar 2015 rückt die Thematik von Pegida zunehmend auch in den Zusammenhang mit den Themen Terrorismus und innere Sicherheit. Dabei wird Pegida innerhalb der SÄZ vollends in die demokratische Werteordnung Deutschlands in-

²⁸⁷ Vetterick, Uwe: Dresden ist mehr als Pegida, in: Sächsische Zeitung, 06.01.2015, S.1.

²⁸⁸ Ebd.

²⁸⁹ Ebd.

²⁹⁰ Ebd.

²⁹¹ Eine Ausnahme stellt der Mord am 12. Januar 2015 an Khaled B. in Dresden dar. Anfängliche Ermittlungsspannen führten zu einer bundesweiten Berichterstattung und rückten einmalig die Ängste und Sorgen Geflüchteter in den Mittelpunkt. Nach ausführlichen Ermittlungen gestand ein eritreischer Mitbewohner Khaleds die Tat. Die Perspektive von Betroffenen rechter Gewalt verschwand damit wieder aus der Berichterstattung.

tegriert. Das Verbot der Versammlung wird zwar unter der Deutung der Sicherheit und akuten Terrorwarnung gutgeheißen; eine anhaltende Einschränkung des Versammlungsrechtes wird jedoch als Zerfall der Demokratie interpretiert, da auch Pegida, trotz ihrer Positionen, dieses Recht zustehe. So kommentiert Peter Heimann:

„Deswegen muss auch Pegida so schnell wie möglich wieder durchs schöne Dresden demonstrieren können, selbst wenn ihre Intention, ihre Aussagen, ihre Sprache anderen nicht gefällt. Sonst könnten wir das Grundgesetz gleich in der Wüste vergraben. Der Vorteil der Demokratie besteht auch darin, gegen oder für etwas eintreten zu können: Wesentliches, Banales, Beliebigen, Wahres und auch weniger Wahres. Egal ist dafür auch, ob dies menschenfreundlich und versöhnlich passiert oder auch nicht.“²⁹²

Einigkeit herrscht darüber, dass der internationale Terrorismus die Demokratie in Deutschland bedrohe und nun in der Landeshauptstadt Sachsens angekommen sei. Eine Thematisierung von Terrorismus in Zusammenhang mit Migration und Flucht wird aber nicht vorgenommen. Stattdessen wird Pegida weiterhin angehalten, bestimmte Vorurteile gegenüber Asylsuchenden zu überdenken. Dabei wird an den Diskurs über die Wiedervereinigung und die Montagsdemonstrationen in der DDR angeknüpft. Diese werden in Kontrast zu Pegida gesehen. So meint Heimann:

„Diese Forderung hat aber absolut nichts mit einer Solidarisierung mit der Pegida zu tun. Im Gegenteil: Deren bemerkenswertes Verständnis von Meinungsfreiheit lautet ja seit Wochen offensichtlich: Alles, was nicht ihrer Sicht entspricht, kann nur Lüge sein. So war das 1989 mit der Freiheit der Andersdenkenden nicht gemeint.“²⁹³

Die Kritik an Pegida basiert aber weiterhin überwiegend auf dem entstandenen Imageschaden. Die Tatsache, dass Pegida in Dresden und Sachsen Tausende Menschen auf die Straße bringen kann und die Zahl der GegendemonstrantInnen in allen anderen Städten deutlich über denen der Pegida-Ableger liegt, verstärkt dieses Bild. Die Berichterstattung über die staatliche Veranstaltung „für Weltoffenheit und Toleranz“ arbeitet diesem Schaden entgegen. Die Überschriften der Artikel lauten: „Dresden kann auch anders“²⁹⁴ und „Weil wir in Dresden anders ticken“²⁹⁵. Dennoch stellt die SäZ in dieser Phase fest: „Pegida funktioniert nur in Dresden“. Dass dies der Fall ist, lässt den Rückgang von TouristInnen befürchten. D.h. der Imageschaden durch Pegida habe ökonomische Effekte. Deshalb müsse der Gegenprotest vom Bürgertum getragen werden:

„Es wäre ein eindrucksvolles Bild, wenn das viel beschriebene Dresdner Bürgertum einmal aus seinen Türmen am Elbhang hinunterkommen würde

²⁹² Heimann, Peter: Die Freiheit der Andersdenkenden, in: Sächsische Zeitung, 20.01.2015, S.1.

²⁹³ Ebd.

²⁹⁴ Alexe, Thilo: Dresden kann auch anders, in: Sächsische Zeitung, 12.01.2015, S.1.

²⁹⁵ Saft, Gunnar: „Weil wir in Dresden anders ticken“, in: Sächsische Zeitung, 08.01.2015, S.1.

*auf die Straßen der Stadt. Nur für einen Montag. Um zu zeigen, dass Dresden mehr ist als Pegida.*²⁹⁶

Innerhalb dieser Phase kommt der sächsischen CDU in der Berichterstattung besondere Aufmerksamkeit zu. Dabei stehen zwei Ereignisse im Vordergrund. Die Aussage vom sächsischen Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich, dass „der Islam [...] nicht zu Sachsen (gehört)“²⁹⁷ sowie die darauf folgende Reaktion der sächsischen CDU, die das Gesprächs- und Dialogangebot auch auf die OrganisatorInnen von Pegida ausweiten wollte. Tillich reagierte mit diesem Satz auf ein steigendes Interesse für Pegida. Seine These war von Seiten der sächsischen CDU ein indirektes Gesprächsangebot an Pegida, was teilweise später auch angenommen wurde. Die SÄZ begleitete diese offene Dialogbereitschaft der Union gegenüber den Pegida-OrganisatorInnen kritisch und befürchtete zu diesem Zeitpunkt sogar einen Rechtsruck.²⁹⁸

Radikalisierungsphase: Spaltung bis Jahrestag

Die Veröffentlichung von rassistischen Äußerungen und einem „Hitler-Foto“ von Lutz Bachmann leitet bei der SÄZ eine kritischere Sichtweise auf Pegida ein. Dies beginnt mit der Spaltung und dem kurzzeitigen Rücktritt Bachmanns aus dem Pegida-„Orga-Team“ Ende Januar 2015. Diese Veränderung überschneidet sich zu Beginn mit der Gesprächs- und Dialogphase. Die Spaltung von Pegida und „die geplante Gründung eines neuen Vereins, der sich im Gegensatz zu Pegida verstärkt für direkte Demokratie und einen offenen Dialog zwischen Politik und Bürgern einsetzen möchte“²⁹⁹, erhält von der SÄZ viel Beachtung. Dieser sei eine in der demokratischen Mitte angesiedelte Alternative zu Pegida.³⁰⁰

Während der Spaltung von Pegida ist zu lesen, dass bei Pegida auch organisierte Neonazis und andere extrem rechte Gruppierungen agieren. Die SÄZ spekuliert, dass diese die Bewegung vereinnahmen wollen. Brisant ist, dass dieser Befund auf Aussagen von der ehemaligen Pegida-Sprecherin Oertel basiert. „Sie bedauerte es, dass Anhänger der rechtsextremen NPD durch die Veranstaltun-

²⁹⁶ Vetterick, Uwe: Dresden ist mehr als Pegida, in: Sächsische Zeitung, 06.01.2015, S.1.

²⁹⁷ Mallek, Ulf: Rückt die CDU jetzt nach rechts?, in: Sächsische Zeitung, 26.01.2015, S.1.

²⁹⁸ Vgl. Ebd.

²⁹⁹ Saft, Gunnar: Ex- Pegida-Führer gründen neue Bewegung, in: Sächsische Zeitung Dresden, 30.01.2015, S.1.

³⁰⁰ Da der neue Verein um Ex-Pegida-Sprecherin Kathrin Oertel keinerlei politische Relevanz besaß und nicht annähernd so viele Menschen mobilisieren konnte, war die Aufmerksamkeit nur relativ kurz. Dennoch schaffte es der Verein relativ häufig, auf der Titelseite der SÄZ Erwähnung zu finden.

gen von Pegida wieder eine Plattform erhalten hätten.“³⁰¹ Nach der Spaltung werden die rassistischen Proteste und der Anstieg rechter Gewalt in Sachsen durchaus mit Pegida in Verbindung gebracht. So schreibt die SÄZ über Freital:

*„Demonstranten skandieren wütende Parolen, zünden Böller und schüren Hass gegen Flüchtlinge: Diese Szenen spielten sich am späten Montagabend vor dem Leonardo-Hotel in Freital bei Dresden ab. Die über soziale Netzwerke organisierte Demo folgte auf eine Mitteilung der Landesbehörden, die Herberge als Erstaufnahmeeinrichtung zu nutzen. Damit sollte die Situation in Chemnitz entschärft werden. Laut Augenzeugen fanden sich am Montag vor dem Hotel bis zu 100 Demonstranten ein, unter ihnen auch der Dresdner Pegida-Anführer Lutz Bachmann.“*³⁰²

Ein weiterer Beleg dafür wird im Aufruf der NPD gesehen, die Oberbürgermeisterkandidatin von Pegida zu wählen. Obwohl die Verbindungen zu extrem rechten Personen von der SÄZ festgestellt wurden, wird Pegida aber nicht als rechtsextrem oder rechtspopulistisch eingeordnet. Stattdessen wird die Selbstabgrenzung von Pegida gegenüber der extremen Rechten übernommen. Damit wird das Bild von Pegida-AkteurInnen als nicht extrem rechts konstruiert und die AnhängerInnenschaft mehrheitlich im rechten Teil der politischen „Mitte“ eingeordnet.

*„Trotz des relativ hohen Anteils extremer Ansichten betonte Patzelt, die große Mehrheit der Demonstranten bestehe aus ‚Gutwilligen‘, die entweder ‚empört‘ oder ‚besorgt‘ seien. Sie seien unzufrieden mit Politik, Parteien und Medien.“*³⁰³

In der Berichterstattung wird dennoch von einer fortschreitenden Radikalisierung und einem Rechtsruck gesprochen. Als Beweis dienen die RednerInnen, vor allem bei Ablegern von Pegida in anderen Städten, die teilweise als rechtsradikal bezeichnet werden. Damit wird auch eine Unterscheidung zwischen Pegida in Dresden und seinen Ablegern in anderen Städten vorgenommen, wo „Rechtsextremisten versuchten [...], auf Pegida-Ableger Einfluss zu nehmen.“³⁰⁴

Eine Radikalisierung von Pegida in Dresden wird mit der Einladung des niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders ausgemacht sowie an der neuen Sprecherin und Pegida-Oberbürgermeisterkandidatin Tatjana Festerling. Der Bericht zur Einladung Geert Wilders macht klar:

„Unter besonderer Beobachtung steht der bekennende Islamgegner Geert Wilders. Pegida hat den holländischen Rechten als Hauptredner engagiert.“

³⁰¹ SÄZ/dpa: Ex- Pegida kann nicht, Legida darf nicht, in: Sächsische Zeitung, 09.02.2015, S.1.

³⁰² SÄZ: Hasserfüllter Aufmarsch vor Freitaler Asylheim, in: Sächsische Zeitung, 24.06.2015, S.1.

³⁰³ SÄZ/dpa: Jeder Dritte bei Pegida ist laut Umfrage „rechtsnational“, in: Sächsische Zeitung, 04.02.2015, S.1.

³⁰⁴ SÄZ: 198 Angriffe auf Asylheime, in: Sächsische Zeitung, 01.07.2015, S.1.

*[...] Pegida hat sich seit der Spaltung im Januar radikalisiert. Viele Reden sind neuerdings klar fremdenfeindlich.*³⁰⁵

Und eine Dpa-Meldung in der SÄZ ordnet Festerling politisch ein:

*„Die ehemalige Hamburger AfD-Politikerin Tatjana Festerling will für die islamkritische Pegida-Bewegung bei der Oberbürgermeisterwahl am 7. Juni in Dresden antreten. [...] Festerling bestätigte ihre Kandidatur. Sie gilt als Vertreterin der sogenannten Neuen Rechten.*³⁰⁶

Gegen die These der Radikalisierung spricht sich aber der Dresdner Politikwissenschaftler Werner J. Patzelt aus, dessen Studien gleichfalls von der SÄZ aufgegriffen werden.

Parallel mit dieser Thematisierung der extremen Rechten im Kontext von Pegida findet eine Benennung von „Linksextremismus“ und eine Debatte über „Extremismus“ insgesamt statt. Dies gilt besonders für die Berichterstattung zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens um den 13. Februar sowie für die Berichte über den sächsischen Verfassungsschutzbericht 2014, in dem Aktionen Autonomer in Leipzig problematisiert werden. Die Gleichsetzung von linker und rechter Gewalt findet sich ebenso bei Franz Werfel:

*„Die Schützer des Grundgesetzes nehmen den Freistaat immer öfter unter die Lupe. Extremisten des linken wie des rechten Lagers verrichten hier ihr unheilvolles Werk. Ganz im Osten orten die Verfassungsschützer etliche Rechtsextreme. Die versuchten – bislang erfolglos –, die Pegida-Bewegung für ihre Zwecke einzuspannen. Und im Westen des Freistaats entwickelt sich das liberale Leipzig zur neuen Hochburg zunehmend gewaltbereiter Linksextremisten.*³⁰⁷

Auch Henry Berndt unterstützt diese Sichtweise:

*„Morddrohungen per Mail und am Telefon, Steinwürfe und Farbanschläge. Inzwischen vergeht kaum mehr ein Tag, an dem sich in Sachsen nicht irgendwo politischer Extremismus in Gewalt entlädt. Polizei und Landesregierung stehen der Eskalation bislang machtlos gegenüber und können nur auf die konkreten Vorfälle reagieren.*³⁰⁸

Die SÄZ setzt den Verfassungsschutzbericht 2014 in den Kontext eines potentiellen negativen Images von Sachsen und einer zunehmenden Bedrohung durch und Konzeptlosigkeit gegenüber „Rechtsextremismus“, der den Ruf des Freistaats weiter schädige. In diesem Zusammenhang äußert sich aber auch Kritik an den Gesprächs- und Dialogveranstaltungen. So führt Berndt aus:

³⁰⁵ Schneider, Alexander / Weller, Andreas: Tillich droht Pegida bei Hetzreden mit Konsequenzen, in: Sächsische Zeitung, 13.04.2015, S.1.

³⁰⁶ SÄZ/dpa: Pegida nominiert Tatjana Festerling, in: Sächsische Zeitung, 07.04.2015, S.1.

³⁰⁷ Werfel, Franz: Nicht wieder rausreden, in: Sächsische Zeitung, 01.07.2015, S.1.

³⁰⁸ Berndt, Henry: Gefährliche Eigendynamik, in: Sächsische Zeitung, 28.03.2015, S.1.

„Die Landesregierung und andere politische Akteure versuchten, die offen ausgebrochenen Konflikte, allen voran zur Asylpolitik, mit Gesprächsangeboten und Diskussionsforen wieder einzufangen. Das schien der einzige erfolgversprechende Weg zu sein. Das Ergebnis der Bemühungen ist bislang ernüchternd. Pegida und ihre Gegner demonstrieren noch immer.“³⁰⁹

Die Kritik an Gesprächen und das (Nicht-)Handeln der sächsischen CDU macht deutlich, dass die SÄZ ein Zeichen gegen Rechtsextremismus in Sachsen verlangt und dies insbesondere von der sächsischen Landesregierung fordert. Tobias Wolf meint:

„Das braucht Politiker mit Rückgrat. Still ist es dazu vor allem in der CDU. Eine gute Rede im Landtag reicht nicht. [...] Es reicht nicht, den Freistaat als Paradies für ausländische Wissenschaftler und Firmen anzupreisen, während Aufmärsche vor Asylheimen und Pegida-Spaziergänge ein hässliches Gesicht unseres Landes nach außen tragen - geschürt von Hetzern aus dem rechten Spektrum und von sogenannten besorgten Bürgern oder angeblichen Patrioten. Dann nimmt Sachsens Ruf zu Recht Schaden.“³¹⁰

Hier wird nicht nur Bezug auf den Ruf des Freistaates genommen, sondern der Landesregierung mangelnde Konzepte und Kompetenz in der Unterbringung von Geflüchteten bescheinigt. Dies löse die rassistischen und fremdenfeindlichen Proteste mit aus. Pegida wird immer deutlicher in die Reihe der rassistischen Proteste und Anschläge eingeordnet und zunehmend als Teil des Problems verstanden.

„Die Probleme sind da, und es hat auch keinen Sinn, sie kleinzureden. Sächsische Flüchtlingsunterkünfte wurden beschossen, angezündet oder unter Wasser gesetzt. Öffentliche Asylproteste sind teils rabiat, Helfer wurden angepöbelt. Pegida ist weiter aktiv.“³¹¹

Diese Neujustierung geht mit einer Zunahme an Berichten einher, die Vorfälle und Übergriffe im Rahmen von Pegida-Demonstrationen dokumentieren. Solche Ereignisse hat es zwar seit Beginn der Aufmärsche gegeben³¹², sie werden aber erst mit Blick auf den ersten Jahrestag von Pegida auch in der SÄZ aufgegriffen. Pegida wird somit als Teil eines rechten und rassistischen Problems in Sachsen verstanden, das in der SÄZ als erhebliches gesellschaftliches Problem aufgefasst wird.

In diese Phase fallen auch die Kommunalwahlen in Sachsen. Pegida hat mit Tatjana Festerling für Dresden und in einigen Landkreisen eigene KandidatInnen aufgestellt. Deshalb wird Pegida in diesem Zeitraum stärker mit Themen der Lokalpolitik verknüpft. Die Ergebnisse der Wahlen werden als Hinweis gesehen,

³⁰⁹ Ebd.

³¹⁰ Wolf, Tobias: Sachsen braucht ein Flüchtlingskonzept, in: Sächsische Zeitung, 31.07.2015

³¹¹ Alexe, Thilo: Ein Appell ans Sachsen-Herz, in: Sächsische Zeitung, 21.08.2015, S.1.

³¹² <https://www.addn.me/nazis/Pegida-ist-nicht-friedlich/>, abgerufen am 30.03.2016.

dass Pegida, trotz rückläufiger Teilnehmendenzahlen, breiteren Zuspruch habe als bisher angenommen. So fasst Binniger zusammen:

„Den bittersten Nachgeschmack von diesem Wahltag in Sachsen hinterlässt erneut Pegida. Dresden ist anders – diesen Slogan hat das islamkritische Bündnis erneut bestätigt. Mehr als 21 000 Dresdner gaben der Pegida-Kandidatin ihre Stimme. Das zeigt, wie viele Menschen sich immer noch dieser diffusen Bewegung verbunden fühlen. Mehr als gedacht.“³¹³

Die SäZ setzt auch hier Pegida in einen sächsischen Kontext und sieht die Aufmärsche als Teil einer starken rechten Wählerschaft im Freistaat. Alexe warnt:

„Richtig ist, dass Pegida sachsenweit keine Rolle spielt. Das aber macht dieses Phänomen im Elbtal nicht weniger brisant. [...] Selbst wenn Festerling nicht beim zweiten Wahlgang antritt, Pegida kann jetzt auf zehn Prozent der Wähler in Dresden verweisen. Bündelt die Bewegung mit der AfD an, wird sie von der Partei ebenfalls einen Rechtsruck erwarten. Sachsen könnte so zum Experimentierfeld für Rechtskonservative, eher aber Rechtspopulisten werden. Das ist das eigentlich Beklemmende.“³¹⁴

Erst mit den rassistischen Demonstrationen in Freital Ende Juni 2015 und den gewalttätigen Protesten bei der Einrichtung eines Zeltlagers in Dresden im Juli 2015³¹⁵, die auch bundesweit mediale Beachtung finden, wird die CDU in die Verantwortung genommen.

Es lässt sich innerhalb dieser Phase feststellen, dass je näher der Jahrestag von Pegida rückt, desto eindringlicher weist die SäZ auf eine Radikalisierung von Pegida hin, die besonders durch die Verbindung mit Personen aus dem extrem rechten Spektrum belegt wird.

Ordnungsphase: Geburtstag bis Jahresende

Mit dem Jahrestag³¹⁶ ist eine Verschiebung in der Berichterstattung von Pegida zu beobachten: Wurde Pegida in der Radikalisierungsphase hauptsächlich in

³¹³ Binniger, Annette: Schwarz schwächelt in der Großstadt, in: Sächsische Zeitung, 08.06.2015, S.1.

³¹⁴ Alexe, Thilo: Experimentierfeld für Rechtspopulisten, in: Sächsische Zeitung, 09.06.2015, S.1.

³¹⁵ Die gewalttätigen Ausschreitungen in Heidenau im August 2015 werden in der SäZ nicht mit Pegida verschränkt.

³¹⁶ Die Wochenendausgabe der Sächsischen Zeitung widmete den Pegida-Demonstrationen zum Jahrestag vier Seiten. Dabei wurden Gründe, Wirkungen und Ausblicke auf den Verein beleuchtet, u.a. in einem Interview mit dem Pegida-Gründer Rene Jahn, welcher im Zuge der Spaltung Pegidas im Februar 2015 ausgetreten ist, mittlerweile aber wieder regelmäßig an Pegida-Demonstrationen teilnimmt.

Verbindung mit Demokratie und Kultur behandelt und dabei Themen wie Werte, Normen und demokratische Grundrechte sowie die politische Kultur diskutiert, wird nach dem Jahrestag Pegida zunehmend unter sicherheits- und ordnungspolitischen Gesichtspunkten diskutiert. Die Auseinandersetzung wird dabei von der abstrakteren Ebene der politischen Grundrechte und den damit in Verbindung gebrachten Werten auf eine konkretere Ebene der Bedrohung und alltäglichen Ordnung geholt. Die Berichterstattung geht weniger auf die Diskussion über das Versammlungsgesetz ein, sondern sieht Pegida und die Gegenproteste verstärkt als ein Sicherheits- und nicht mehr nur als Imageproblem. Gewalttätige Ausschreitungen stehen im Rahmen der montäglichen Aufmärsche im Zentrum der Auseinandersetzung, aber auch die Arbeit der Sicherheitsbehörden findet Beachtung. So schreibt die SÄZ im Vorfeld des Jahrestages:

„Die Lage für den Montagabend ist weiter unübersichtlich. Trotz Demonstrationsverbots mobilisiert die gewaltbereite linksextreme Antifa, nach Dresden zu kommen und die Pegida-Kundgebung in der Neustadt zu stören. Auf der anderen Seite rufen rechte Gruppen von Hooligans und Ultras ebenfalls bundesweit zum Marsch durch die Neustadt auf. Die Polizei wird mit einem Großaufgebot vor Ort sein. [...] Viele haben Angst vor Randalen wie in Leipzig.“³¹⁷

In den Berichten finden die Aufmärsche von Pegida weniger Beachtung als mögliche Ausschreitungen, die in ihrem Kontext stattfinden könnten. Dies geht einher mit einer Entpolitisierung rechter Akteure, wenn diese nicht als Neonazis oder „Rechtsextremisten“ bezeichnet werden, sondern als Fußball-Hooligans und Ultras. Zum anderen wird linker Gegenprotest, ähnlich wie zu Beginn der Pegida-Demonstrationen, als gewaltbereit und extremistisch bezeichnet. Ganz im Sinne der Extremismustheorie wird ein friedlicher und bürgerlicher Gegenprotest hervorgehoben, der die direkte Konfrontation vermeide und sich damit vom „linksextremistischen“ Gegenprotest abgrenze. Heinrich Marie Löbbers meint:

„So ermutigend es ist, wenn Tausende mit Herz gegen Hetze protestieren: Die große Massenbewegung aus der bürgerlichen Mitte ist das noch immer nicht. Das anständige, hilfsbereite, weltoffene Dresden muss geschlossen aufstehen. Es sind viele, die den friedlichen Aufstand der Anständigen täglich leben. Dieser Aufstand braucht keine Konfrontation, er braucht die Deeskalation.“³¹⁸

Es werden Kampagnen der Stadt Dresden vorgestellt, die primär auf die Wiederherstellung des positiven Rufs der Stadt abzielen. Die SÄZ berichtet über eine geplante „Deutschlandtour“ des Oberbürgermeisters:

³¹⁷ SÄZ: Stadt droht Chaos-Abend, in: Sächsische Zeitung, 21.12.2015, S.1.

³¹⁸ Löbbers, Heinrich Maria: Auf der Suche nach dem Gegengift, in: Sächsische Zeitung, 20.10.2015, S.1.

„Geplant ist, dass der Oberbürgermeister ab Ostern 2016 eine Deutschland-tour startet. Er will mit seinem Konzept durch etliche Städte der Republik ziehen, Dresden als Vorzeigestadt präsentieren, Anregungen geben, damit die Stadt als eine Art Modell gelten kann und mehr. ‚Ich will auch dafür werben, wofür Dresden sonst steht‘, sagt er. Denn derzeit werde die Stadt überregional auf Pegida reduziert, was zu den fehlenden Touristen vor allem aus Deutschland führe.“³¹⁹

Sinkende Sympathiewerte für die Stadt Dresden sowie rückgängige Übernachtungen³²⁰ scheinen auch für die SÄZ ein Grund zu sein, sich gegen Pegida zu positionieren. Den Imageschaden könne man nun anhand ökonomischer Statistiken nachweisen, womit sich bereits formulierte Befürchtungen der SÄZ bewahrheiten.

Neben diesen Aktionen tauchen Forderungen auf, die Pegida mit Verboten belegen wollen oder Bannmeilen in der Innenstadt fordern. Diese Vorstöße werden von der SÄZ thematisiert und kritisch kommentiert. Das führt dennoch dazu, dass Pegida vermehrt ordnungs- und sicherheitspolitisch betrachtet wird. Neben diesen Maßnahmen werden Anzeigen und juristische Schritte in Zusammenhang mit Pegida dokumentiert. Die SÄZ betont, dass Verbote nur durch Gerichte und nicht durch die Politik vollzogen werden könnten. Die SÄZ sieht politische Forderungen nicht als Teil der juristischen Auseinandersetzung, erkennt aber, dass Pegida und die rassistischen Proteste in Sachsen nicht durch bürokratische Maßnahmen beendet werden können, sondern politisch auf sie reagiert werden müsse. Marcus Krämer stellt fest:

„Gewiss, es gibt Grenzen der Meinungsfreiheit, und der Staat sollte sie gerade in diesen Zeiten wahren. Doch für den Rechtsstaat müssen dabei Grundwerte und Paragraphen ausschlaggebend sein - nicht politische Forderungen. Dieser Verdacht drängt sich auf: Nach einem Jahr Pegida wissen sich einige nicht mehr anders zu helfen, als um Verbote zu flehen. [...] Wer glaubt, dass jetzt mit Verboten der Protest in Dresden von der Straße zu bekommen wäre, der verkennt die Lage. [...] Lassen wir also die Staatsanwaltschaft in aller Ruhe ihre Arbeit machen und erinnern wir uns lieber daran, dass Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit im selben Maß auch für die Gegner von Pegida gelten. Vielleicht sollten die Dresdner öfter mal davon Gebrauch machen.“³²¹

Die Berichte verdeutlichen zu diesem Zeitpunkt, dass Pegida und die rassistischen Proteste in Sachsen nun auch die Staatsanwaltschaft und Gerichte beschäftigen. All diese Äußerungen führen dazu, dass Pegida nun nicht mehr nur politisch, sondern verstärkt auch unter juristischen Blickwinkeln besprochen wird. Hinsichtlich des Anstieges rechter Gewalttaten und Anschläge fordert die

³¹⁹ SÄZ/awe: Dresden geht auf Deutschland-Tournee in: Sächsische Zeitung, 07.11.2015, S.1.

³²⁰ Vgl. SÄZ/sr: Dresden verliert noch mehr Touristen, in: Sächsische Zeitung, 5.11.2015, S.1.

³²¹ Krämer, Marcus: Verbote sind auch keine Lösung, in: Sächsische Zeitung, 21.10.2015, S.1.

SäZ ein stärkeres und konsequentes Vorgehen gegen StraftäterInnen und verlangt in diesem Kontext auch, den Stellenabbau bei der Polizei zu stoppen. So verkündet die SäZ:

„Jetzt ist es amtlich: Der Freistaat Sachsen braucht künftig 14 040 Polizeibeamte, um die Sicherheit und Ordnung im Land dauerhaft zu gewährleisten. Dieses Ergebnis einer Überprüfung der Personalstruktur der sächsischen Polizei gab die vom Landtag beauftragte Fachkommission am Montag in Dresden bekannt.“³²²

Mit der Einbettung und Verschränkung von Pegida in den Diskurs zu extremen Rechten untermauert die SäZ die Beobachtung, Pegida radikalisiere sich immer mehr. Auch Pegida als Aktionsfeld von gewaltbereiten Rechten gilt als unwidersprochen. Dennoch übernimmt die SäZ die Deutung des Verfassungsschutzes, für den Pegida nicht extremistisch ist. Jedoch wird stärker ein, wenn auch nicht kausaler, Zusammenhang zwischen extrem rechten Übergriffen, der rassistischen Stimmung in Sachsen und den Pegida-Aufmärschen gezogen. Die SäZ macht deutlich, dass Pegida mit dazu beigetragen habe, dass die extreme Rechte in Sachsen starken Zulauf verzeichnen konnte und die rassistische Stimmung mit angeheizt wurde. Peter Heimann merkt an:

„Natürlich gibt es keinen unmittelbaren kausalen Zusammenhang zwischen den Straftaten und dem verbalen Hass, der sprachlichen Hetze, die von Montags-Rednern oder auf Facebook ins Land transportiert werden. Aber dass die gefährliche Radikalisierung Einzelner gar nichts mit der aufgeheizten Stimmung, der teils arg fremdenfeindlichen Atmosphäre zu tun hat, glaubt auch nur der, der den Austritt Sachsens aus der Bundesrepublik für eine gute Idee hält.“³²³

Alexe verdeutlicht:

„Feststellbar sei eine ‚anhaltende Teilnahmebereitschaft innerhalb der rechtsextremistischen Szene‘. Der Verfassungsschutz verweist auf das in jüngster Zeit gebrauchte Vokabular von ‚Widerstand‘ und ‚Schuld kult‘. Das mache die Gida-Bewegung für Rechtsextremisten trotz inhaltlicher Differenzen attraktiver.“³²⁴

Zum Ende des Jahres 2015 finden Personen in der SäZ Gehör, die bis dahin keine Beachtung in der Diskussion um Pegida bekamen. Dresdner Kulturschaffende positionieren sich in dieser Phase hörbar gegen Pegida und beeinflussen so die Auseinandersetzung. Die Initiative wird in der SäZ mit den Montagsprotesten 1989 verglichen, als Kulturschaffende ebenfalls zu politischen AkteurInnen wurden. Die Verknüpfung mit dem Diskurs über die Wiedervereinigung und die

³²² Saft, Gunnar, Schlottmann, Karin: 1000 neue Polizisten in Sicht, in: Sächsische Zeitung, 15.12.2015, S.1.

³²³ Heimann, Peter: Eine Schande fürs Abendland, in: Sächsische Zeitung, 23.10.2015, S.1.

³²⁴ Alexe, Thilo: So viele rechtsextreme Demos in Sachsen wie nie, in: Sächsische Zeitung, 09.12.2015, S.1.

DDR führt zu dem Bild einer geschichtlich bedeutenden und einzigartigen Situation und bedient sich indirekt des Narratives Pegidas, die sich gern in der Tradition von 1848 und 1989 sehen. So schreibt die SÄZ:

„Das Staatsschauspiel thematisiert darin die Pegida-Bewegung und bezieht eindeutig Stellung dagegen. In dem Stück spricht ein Bürgerchor unter anderem Aussagen, wie sie bei Pegida und bei Demonstrationen in Freital oder Heidenau gefallen sind. Wie zur Wende 1989 in der DDR treten Akteure aus ihren Rollen heraus und wenden sich direkt an das Publikum. Viele Zuschauer erhoben sich am Ende von den Plätzen und legten so ein Bekenntnis ab, auf welcher Seite sie stehen.“³²⁵

Fazit – Wissen im Pegida-Kernland

Die Berichterstattung der SÄZ war im Untersuchungszeitraum von Oktober 2014 bis Ende 2015 intensiv und unterlag Schwankungen. Zu Beginn existierte eine gewisse Ratlosigkeit, wie mit Pegida umgegangen werden sollte. Obwohl die SÄZ durchaus dafür plädierte, über Asyl und Flucht öffentlich zu debattieren und dort ebenfalls Probleme sah, wurde die Form des Protestes durch Pegida abgelehnt. Während dieser Phase nimmt die SÄZ eine kritische bis skeptische Haltung gegenüber Pegida ein. Pegida wird weniger mit einer Debatte um den Islam in Deutschland in Verbindung gebracht, als vielmehr mit steigenden Asylsuchendenzahlen und einer administrativen Krise, diese adäquat unterzubringen. Das Unbehagen gegenüber Pegida rührt hauptsächlich aus der Rufschädigung für Dresden und Sachsen und den drohenden ökonomischen Verlusten, insbesondere im Tourismus. Die zu diesem Zeitpunkt bereits bestehenden antirassistischen Gegenproteste finden inhaltlich kaum Beachtung und wirken lediglich als Begleiterscheinung zu Pegida, ohne dass sie für die SÄZ eigene Positionen formulieren.

Eine erste Wendung vollzieht sich nach dem breit mobilisierten und auch von der Zivilgesellschaft Dresdens getragenen Sternmarsch. Als dieser die erhoffte Wirkung verfehlt und ein Rückgang der Teilnehmendenzahlen bei Pegida ausbleibt, ändert sich auch die Berichterstattung. Die Gesprächs- und Dialogphase wird eingeleitet. In dieser Phase, in der PolitikerInnen zunehmend einen Dialog mit Pegida einfordern und es auch zu Gesprächsrunden kam, interpretiert die SÄZ dies als Form einer demokratischen Diskussionskultur, die mitunter sogar rassistische Äußerungen legitimiere. Die sogenannten „Ängste und Sorgen“ der BürgerInnen werden fokussiert und Gesprächs- und Dialogveranstaltungen als

³²⁵ SÄZ: Pegida im Theater begeistert Publikum, in: Sächsische Zeitung, 30.11.2015, S.1.

demokratische Antwort auf Pegida begrüßt. Die auch zu diesem Zeitpunkt noch andauernden antirassistischen Proteste verschwinden nahezu völlig in der Berichterstattung. In dieser Phase wird die Unterscheidung zwischen Pegida-TeilnehmerInnen und „Orga-Team“ vorgenommen. Die Ängste und Sorgen von Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt und der ankommenden Asylsuchenden finden keinerlei Gehör.

Mit der Veröffentlichung rassistischer Äußerungen und einem Hitler-Foto“ von Bachmann wird dann eine Radikalisierungsphase eingeleitet, die jedoch die Dialog- und Gesprächsphase nicht direkt ablöst, sondern zu Beginn parallel zu ihr verläuft. Die Spaltung von Pegida im Zuge der Debatte um die Facebook-Posts von Bachmann rücken erstmals extrem rechte AkteurInnen in den Fokus der SäZ. Über den Sommer 2015 werden auch kritische Stimmen gegenüber Dialogveranstaltungen und der sächsischen Landesregierung laut und Pegida wird zunehmend in einen landespolitischen Kontext gesetzt. Dabei wird Pegida jedoch nicht explizit als rassistisch oder extremistisch bezeichnet, sondern lediglich als Ausdruck eines allgemeinen Rechtsrucks in Sachsen wahrgenommen. Die SäZ verlangt jedoch verstärkt eine klare Positionierung der sächsischen Landesregierung gegen rechte Ansichten und bringt den Anstieg der rassistischen Proteste in Sachsen mit Pegida in Verbindung.

Bis zum einjährigen Jahrestag von Pegida werden diese kritischen Stimmen immer lauter und es herrscht Einigkeit darüber, dass Pegida eine Radikalisierung vollzogen habe. Mit dem Jubiläum von Pegida wird eine Ordnungsphase eingeleitet. In dieser Phase ist Pegida für die SäZ endgültig zum Problem geworden und darüber hinaus zur konkreten Bedrohung. Ausschreitungen und Übergriffe im Rahmen von Pegida werden erstmals verstärkt aufgegriffen und zunehmend auch die juristische Aufarbeitung dieser.

Eine weitere Auffälligkeit ist die Einordnung der Gegenproteste während des gesamten Zeitraums. Der linke Protest gegen Pegida erscheint inhaltslos, ohne eigenständige politische Agenda. Ebenso wird der Protest stets in einem extremismustheoretischen Kontext dargestellt. Damit aber wird der antirassistische Protest entwertet. Wenngleich die SäZ auch eine mangelhafte bürgerliche Gegenbewegung feststellt, die nach ihrer Ansicht wichtig sei, bleibt die abneigende Haltung gegenüber linken Positionen bestehen.

Die Mitte sind wir. Das Sagbarkeitsfeld zu Pegida

In allen hier untersuchten Zeitungen sind deutliche Entwicklungen im Jahr 2015 feststellbar.

Pegida bewegt sich in der Berichterstattung in einem Feld zwischen der Bewertung als bürgerliches Bündnis bis hin zu einer extrem rechten Bewegung. Diese beiden Pole scheinen sich auszuschließen. Nur selten wird formuliert, dass bei Pegida sowohl Neonazis mitmarschieren als auch solche, die in ihrem Selbstbild der bürgerlichen „Mitte“ angehören. Und wenn dies formuliert wird, wird meist unterschieden in ein rechtes Orga-Team und bürgerliche TeilnehmerInnen, die instrumentalisiert würden. Wird Pegida als bürgerlich wahrgenommen, impliziert dies, dass die Gruppierung nicht rassistisch sei. Dies verweist auf extremismustheoretische Konstruktionen, nach denen Rassismus ein Merkmal der politischen Ränder sei. Wird Pegida als rechtsextrem begriffen, gelten die gleichen Aussagen als rassistisch. Was für die inhaltliche Frage nach Rassismus gilt, gilt auch für die nach Gewalt. Ist die Gruppierung bürgerlich, so ist sie friedlich, wird sie als rechtsextrem wahrgenommen, so ist sie gewaltvoll – ungeachtet der tatsächlichen Übergriffe durch TeilnehmerInnen von Pegida-Märschen. In den Artikeln, die Pegida als bürgerlich beschreiben, wird Pegida nicht als Problem wahrgenommen, vielmehr kurble Pegida eine notwendige migrationspolitische Debatte an. In den Beiträgen, die Pegida als extrem rechts wahrnehmen, gilt das Bündnis als schädlich für Deutschland und zudem als verantwortlich für Tourismuseinbußen in Dresden. Ein rassistisches Bündnis, das aus der bürgerlichen „Mitte“ stammt und gewaltvoll vorgeht, scheint in der deutschen Berichterstattung kaum vorstellbar zu sein. Hier liegt das erkenntnishindernde Moment der Extremismuskonstruktion. Diese macht sich auch bemerkbar, wenn Pegidas „Extremismus“ thematisiert wird und zugleich auf „Linksextremismus“ verwiesen wird, der tendenziell bedrohlicher sei. Problematisierungen der politischen Linken übrigens werden an keiner Stelle geteilt. Eine vermeintliche politische Mitte sei von beiden gleichermaßen bedroht, insofern Pegida überhaupt als Problem wahrgenommen wird. Gerade zu Beginn der Berichterstattung wird Pegida jedoch als Ausdruck funktionierender Demokratie und nicht als Hinweis auf ein Demokratiedefizit begriffen. In diesem Zusammenhang ist es auffällig, dass in etlichen Artikeln die Übergriffe dethematisiert werden, die von Pegida-Demonstrationen gegen MigrantInnen, AntifaschistInnen und

JournalistInnen ausgingen. Wird Pegida als Ausdruck eines Demokratiedefizits begriffen, so wird das Bündnis entsprechend explizit mit dem rapiden Anstieg von Angriffen auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland in Verbindung gebracht.

Inhaltliche Auseinandersetzungen mit Pegida finden sich vor allem anfänglich in den Themenbereichen Flucht, Migration und Islam. In diesen Feldern werden quer durch die untersuchten Zeitungen Positionen formuliert, die dem von Pegida als Grundproblem formulierten Ansatz zustimmen, dass Migration und Flucht ein gesellschaftliches Problem darstellen würden. Die Denormalisierung von Migration durch Pegida und der Wunsch nach einer Reduktion der Zahl der Geflüchteten werden so mitgetragen. Auch wenn in den Zeitungen eine zunehmende Distanz zu Pegida zu beobachten ist, ändert dies diesen ideologischen Standpunkt nicht. Die aktuelle Migrationspolitik Deutschlands wird als zu liberal gewertet. Nicht die Denormalisierung von Migration sondern eine verstärkte Anwesenheit von MigrantInnen gilt innerhalb dieser Positionen als rassistisches Element.

Den „Ängsten“ und „Sorgen“ von Nicht-Geflüchteten vor Geflüchteten wird eine gewisse Legitimation zugesprochen. Allerdings werden auch gegenteilige Positionen vertreten und die Denormalisierung von Migration als Migrationsfeindlichkeit oder Rassismus benannt. In diesem Zusammenhang wird auf die Perspektive derer verwiesen, die tatsächlich ausgegrenzt werden und von Pegidas Rassismus betroffen sind.

Wird die unter dem Stichwort „Lügenpresse“ formulierte „Medienkritik“ zumeist zurückgewiesen, ist aber auch in diesem Bereich eine inhaltliche Zustimmung zu erkennen. Mitunter wird der Standpunkt geteilt, Medien würden mit einer migrationsfreundlichen Berichterstattung einer „objektiven“ Berichterstattung nicht gerecht und seien somit zu Recht mit einer Feindschaft konfrontiert. Medienkritik wird zudem als Reaktion auf Diffamierung von Pegida durch die bürgerliche Presse interpretiert, also als etwas, das einem tatsächlichen Problem geschuldet sei. Es sei eine Abwehrreaktion auf illegitime Diffamierung. Diese Diffamierung vollziehe sich durch die Benennung des Rassismus bei Pegida. Nicht Pegidas Rassismus wird so kritisiert, sondern die, die ihn benennen. Letzteren wiederum wird attestiert, damit die Angriffe auf den Journalismus zu evozieren. Ausschließend sei nicht Rassismus sondern die Benennung des Rassismus. Diese würde Abwehrhaltungen und Misstrauen gegenüber der Presse hervorrufen. Auffällig ist hierbei, dass die Berichterstattung über Pegida der These einer migrationsfreundlichen Berichterstattung und einer durchgängigen Distanz zu Pegida widerspricht.

In den Themenbereichen Eliten- und Systemkritik findet sich keinerlei Zustimmung zu Pegida. Diese Themen scheinen für die Leitmedien nicht anschließbar zu sein.

Ursächlich für Phänomene wie Pegida seien ein Verlust der Integrationskraft demokratischer, kirchlicher und bürgerlicher Institutionen und ein mangelhafter Umgang mit der extremen Rechten in Deutschland, der von Ignoranz bestimmt sei. In diesem Zusammenhang wird auf eine gefährliche Vermischung verschiedener extrem rechter Spektren hingewiesen und auf rassistische Agitation als Nährboden für rassistische Gewaltanwendung. Schließlich werden die Ursachen für Rechtsextremismus auch in linker Politik gesucht. So wird Rechtsextremismus häufig als Ost-Phänomen dargestellt, das bedingt sei durch den Staatsantifaschismus der DDR oder aber durch vermeintliche Redeverbote, die wiederum unter dem Stichwort der Political Correctness ebenso durch Linke aufgestellt worden seien und tief hinein in die bürgerliche Gesellschaft samt Presse wirken würden. Es ist eine gewisse linke Hegemonie, die hier konstruiert wird, gegen die sich Pegida wehren würde.

Das Feld des Sagbaren, geht es um den als notwendig erachteten Umgang mit Pegida, ist weit und bemisst sich an der je eigenen Diskursposition. Die Dialogoption wird kontrovers diskutiert, wobei das geforderte Zugehen auf Pegida so weit reicht, dass deren Grundforderungen umgesetzt werden sollten. Für die einen ist eine Abgrenzung von Pegida und eine Benennung des Rassismus eine nicht hinnehmbare Ausgrenzung, für die anderen ist der Dialog mit Pegida unvorstellbar. Man solle hingegen mit denen in einen Dialog treten, die berechtigte Angst vor Pegida haben, da sie zu den gesellschaftlichen Gruppen gehören, die durch Pegidas rechte und rassistische Positionen ausgegrenzt würden.

Zugespitzt könnten die Lösungsstrategien der drei Zeitungen wie folgt lauten: In der FAZ schlägt man anfangs vor, Pegida so ernst zu nehmen, dass man etlichen der politischen Forderungen nachkommen möchte, vor allem, wenn es um migrationspolitische Fragen geht. Später werden punktuell sicherheitspolitische Maßnahmen gegen Pegida gefordert. In der SZ positioniert man sich durchgängig gegen Pegida und setzt vor allem auf zivilgesellschaftliches Engagement, das sich gleichsam von der extremen Rechten als auch von der radikalen Linken abgrenzen müsse. Da dieses Engagement ausbleibt, wird der Staat aufgefordert, sicherheitspolitisch gegen Pegida aktiv zu werden und beispielsweise Volksverhetzung konsequenter zu verfolgen. In der S&Z setzt man anfangs ebenso auf bürgerliches Engagement gegen Pegida, fordert nach dessen Ausbleiben den Dialog, der die sogenannten Ängste und Sorgen der Demonstrierenden ins Zentrum stellt. Die Dialogbefürwortung wird spätestens ab Sommer 2015 wiederum in Frage gestellt und auch hier ruft man nun den Staat, in Gestalt der sächsischen Landesregierung an. Diese solle sich klar gegen rechts positionieren.

Auffällig ist, dass bezüglich Pegida immer wieder vor allem nach den „Ängsten“ derer gefragt wird, die ausgrenzende Agitation betreiben und weniger bis gar nicht nach den Ausgegrenzten. Pegida wird, auch mit der inhaltlichen Zustim-

mung gegenüber den migrationspolitischen Problematisierungen der Gruppe, eine gewisse Legitimität zugeschrieben. Dabei verorten sich alle Zeitungen selbst in der politischen Mitte. Abgrenzungen finden nicht vornehmlich über politische, inhaltliche Auseinandersetzungen statt, die die Problematisierung der extremen Rechten zurückweisen, sondern über extremismustheoretische Verortungen.

Fazit und Ausblick

Nie zuvor gab es in der Bundesrepublik eine extrem rechte Organisation, die regelmäßig so viele Menschen auf die Straße brachte und bringt. Alleine die Bewertung, ob Pegida aus der extremen Rechten stammt oder ob es doch vor allem „Bürger und Bürgerinnen“ sind, die „nur“ ihre „Ängste und Sorgen“ artikulieren wollen, war im vergangenen Jahr ein heftiger Streitpunkt in der medialen, wissenschaftlichen und politischen Öffentlichkeit. Anhand der in dieser Studie dargestellten inhaltlichen Definition der extremen Rechten mittels der Kriterien des völkischen Nationalismus lässt sich sagen, dass Pegida eine Gruppierung ist, die in der extremen Rechten verortet werden muss. Dabei erinnert die Gruppierung in Fragen des politischen Auftretens, der Zusammensetzung, der Ästhetik und der politischen Formulierungen an das rechtspopulistische Spektrum der extremen Rechten, vor allem in der Konstruktion „wir hier unten“ gegen „die da oben“. Zugleich sind aber gerade in der straffen Führung durch das „Orga-Team“ und den inhaltlichen Ausrichtungen der Reden auf den Demonstrationen auch elitäre Züge der Neuen Rechten zu erkennen.

In der medialen Rezeption von Pegida wurde deutlich, dass eine inhaltliche Einordnung von Pegida sehr schwer fiel. Problematisch schien, politische Positionen einzuordnen, die auch jenseits gängiger Organisationsmuster geäußert wurden.

Hier mag die Extremismustheorie, die in vielen Argumentationen durchschien, ein erkenntnishinderndes Moment sein. Völkisch nationalistische Positionen werden nur dann als solche erkannt, wenn sie aus Zusammenhängen geäußert werden, die als „extremistisch“ angesehen werden. Dass gerade aber rassistische und andere menschenfeindliche Einstellungen auch in der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ anzutreffen sind, wird mit einem solchen Fokus nicht erkannt. Die Debatte um die Frage, ob Pegida bürgerlich sei, enthält somit oftmals auch das Implikat, das sie nicht extrem rechts sei. Doch völkisch nationalistische Positionen sind nicht erst mit Pegida bis weit in die „Mitte“ der Gesellschaft vorgeedrungen. Pegida ist für diese Entwicklung aber ein Beschleuniger und formuliert Anschlusspunkte an sogenannte Mitte-Diskurse, die der extremen Rechten zum Erfolg verhelfen.

Die Notwendigkeit, sich inhaltlich und nicht nur extremismustheoretisch mit den Positionen der extremen Rechten auseinanderzusetzen darf aber keinesfalls bedeuten, ihre Problematisierungen zu übernehmen. Die häufig formulierte Aussage, dass Rassismus – als „Angst“ beschönigt – eine Folge von Flucht bzw. der

Anwesenheit von Geflüchteten sei, ist kein Fakt sondern eine diskursive Setzung. Rassismus entsteht durch Zuschreibungen von vermeintlichen Eigenschaften, durch die Konstruktion von einem „Wir gegen die anderen“ und kann durch Bedrohungsszenarien aktualisiert und mobilisiert werden. An dem Aufbau dieser Bedrohungsszenarien beteiligen sich auch die Medien. Rassismus kann nicht bekämpft werden, indem die Rechte Geflüchteter eingeschränkt werden, ganz im Gegenteil. Die diskursiven Kontexte, in denen Pegida entstand, sind sowohl in internationalen Geschehnissen als auch in den Entwicklungen der Protestkultur und der Parteienlandschaft in Deutschland in den letzten Jahren zu sehen. Ab 2012 gründeten sich Gruppen und Netzwerke, die sich abseits der Parlamente einordneten und eine umfangreiche Demonstrationstätigkeit entfalteten. Sowohl die „Hooligans gegen Salafisten“, die „Mahnwachen für den Frieden“, als auch die „Identitäre Bewegung“ zählen zu diesen Gruppierungen. Zwischen Pegida und diesen Gruppierungen gibt es eine Vielzahl inhaltlicher und personeller Überschneidungen. Hierin besteht die Gefahr, dass eine bislang zerstrittene extreme Rechte durch gemeinsames Handeln neuen Aufschwung erhält.

Das Erstarren dieser Gruppen, vor allem von Pegida und der AfD, muss auch im Kontext der humanitären Katastrophe im Nahen Osten und Nordafrikas betrachtet werden.

Zentral für Pegida ist die Inszenierung. Die Konstruktion eines „unten“, einer Vertretung der „schweigenden Mehrheit“ gegen „die da oben“ stellte sich als zentrales Element und Erfolgsgarant der Demonstrationen heraus. Weiterhin von hoher Bedeutung ist der Eventcharakter der Montagsveranstaltungen, der die Beteiligten aufputscht und zur lautstarken Teilnahme animiert.

Zentraler Inhalt ist dabei die vermeintliche „Islamisierung“ Deutschlands. Diese wurde bei Pegida zu einem Schlagwort, das den Islam als Bestandteil der Gesellschaft ablehnt und auf antimuslimisch-rassistischer Argumentation fußt. Zusehends übernahm und propagierte Pegida dabei Inhalte der Neuen Rechten. Weiteres Element ist der vermeintliche Protest gegen soziale Ungerechtigkeit, der mit einem rassistischen Diskurs über MigrantInnen ethnisiert wurde. Ein weiteres Thema ist die Rolle der Medien, deren VertreterInnen, als „Lügenpresse“ betitelt, und verbal wie körperlich angegangen wurden und werden.

Pegida kann als ein Akteur angesehen werden, der über das Jahr 2015 hinweg die Berichterstattung zu den Themen Islam, Einwanderung, Asyl und Demokratie in Deutschland mitbestimmte. Die Gruppierung wurde von vielen als ein legitimer Pol in diesen Debatten betrachtet. Die massiven rassistischen Ausfälle, Ausschreitungen und Angriffe auf politische GegnerInnen oder MigrantInnen wurden oft nicht oder nur spät thematisiert. Zurzeit befindet sich Pegida in einer Phase von konstant niedrigen Teilnehmendenzahlen und erfährt daher weniger mediale Aufmerksamkeit. Die rassistische Deutung der massiven sexistischen Übergriffe in Köln in der Silvesternacht hat aber gezeigt, wie schnell ras-

sistische Ressentiments und Menschen, die sie auf die Straße tragen, mobilisiert werden können. Und schon steht ein weiterer extrem rechter Akteur im Mittelpunkt der Betrachtungen: Die AfD konnte bei den letzten Landtagswahlen zweistellige Ergebnisse erzielen. Auch sie profitiert von einer gesellschaftlichen Stimmung, in der nicht zuletzt durch Pegida rassistische und völkische Positionen sagbar gemacht wurden.

Literaturverzeichnis

- Becher, Phillip: Rechtspopulismus, Köln, 2013.
- Becher, Phillip: Der Aufstand des Abendlandes. AfD, Pegida & Co, Köln 2015.
- Botsch, Gideon/Kopke, Christoph: Die NPD und ihr Milieu, Münster/Ulm, 2009.
- Bier, Nanett: Journalisten und der NSU-Prozess, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 40/2015, S. 48-54.
- Bruns, Julian, Glösel, Kathrin und Strobl, Natascha: Rechte Kulturrevolution. Wer und was ist die Neue Rechte von heute? Hamburg 2015.
- Bührmann, Andrea D./Schneider, Werner: Vom Diskurs zum Dispositiv: eine Einführung in die Dispositivanalyse, Bielefeld, 2012.
- Decker, Frank: AfD, Pegida und die Verschiebung der parteipolitischen Mitte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 40/2015, S. 27-32.
- Falter, Matthias: Critical Thinking Beyond Hufeisen. „Extremismus“ und seine politische Funktionalität, in: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hg.): Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells, Wiesbaden, 2011, S. 85-101.
- Foucault, Michel: Archäologie des Wissens, übers.v. Ulrich Koppen, Frankfurt a. M., 1970.
- Friedrich, Sebastian (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft, Münster, 2011.
- Friedrich, Sebastian / Schultes, Hannah: Der antimuslimische Diskurs in Deutschland, in: Wamper, Regina / Jadtschenko, Ekaterina / Jacobsen, Marc (Hg.): „Das hat doch nichts mit uns zu tun!“ Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien, Münster, 2011, S. 23-32.
- Geden, Oliver: Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien, Berlin, 2007.
- Geiges, Lars / Marg, Stine / Walter, Franz: Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft, Bielefeld, 2015.
- Gür-Seker, Derya: „In Deutschland die Soko Bosphorus, in der Türkei die Soko Ceska.“ Die Berichterstattung über die NSU-Morde in deutsch- und türkischsprachigen Medien im Vergleich, in: Friedrich, Sebastian / Wamper, Regina / Zimmermann, Jens (Hg.): Der NSU in bester Gesellschaft. Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat, Münster, 2015, S. 93-114.

- Hall, Stuart: Rassismus als ideologischer Diskurs, in: Das Argument Nr. 178, Hamburg, 1989, S. 913-921.
- Hall, Stuart: „Rasse“, Artikulation und Gesellschaften mit struktureller Dominanz, in: Hall, Stuart: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Hamburg, 1994, S. 89-136.
- Häusler, Alexander: Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden, 2016.
- Häusler, Alexander: Rechtspopulismus als Stilmittel zur Modernisierung der extremen Rechten in: Häusler, Alexander (Hg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden, 2008, S. 37-54.
- Haller, Michael: Rechtsterrorismus in den Medien, Berlin, 2013.
- Jäger, Margarete/Jäger, Siegfried: Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse, Wiesbaden, 2007.
- Jäger, Siegfried: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Münster, 2012.
- Jäger, Siegfried/Zimmermann, Jens: Lexikon Kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste, Münster, 2010.
- Kellershohn, Helmut: Das Projekt Junge Freiheit. Eine Einführung, in: Kellershohn, Helmut (Hg.): Das Plagiat. Der völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg, 1994, S. 17-50.
- Kellershohn, Helmut: Vom rechten Verständnis der Nation. Einführung in den Völkischen Nationalismus der „Jungen Freiheit“, in: Dietzsch, Martin u.a. (Hg.): Nation statt Demokratie. Sein und Design der ‚Jungen Freiheit‘, 2. Auflage, Münster, 2004, S. 13-40.
- Kellershohn, Helmut (Hg.): Die ‚Deutsche Stimme‘ der ‚Jungen Freiheit‘. Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten, Münster, 2013.
- Kuhn, Inva: Antimuslimischer Rassismus. Auf Kreuzzug für das Abendland, Köln, 2015.
- Küpper, Beate / Zick, Andreas: Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn, 2015.
- Müller-Uri, Fanny: Antimuslimischer Rassismus, Wien, 2014.
- Patzelt, Werner J. / Klose, Joachim, (Hg.): PEGIDA. Warnsignale aus Dresden, 2016.
- Quent, Matthias: Sonderfall Ost - Normalfall West? Über die Gefahr, die Ursachen des Rechtsextremismus zu verschleiern, in: Frindte, Wolfgang u.a. (Hg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden 2016, S. 99-117

- Rensmann, Lars: Populismus und Ideologie, in: Decker, Frank (Hg.): Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Bonn, 2006, S.59-80.
- Reuband, Karl-Heinz: Wer demonstriert in Dresden für Pegida? Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen, in: Mitteilungen Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung 2015, Düsseldorf, 2015, S.133-143.
- Rucht, Dieter et al.: Protestforschung am Limit: Eine soziologische Annäherung an Pegida, Berlin, 2015.
- Salzborn, Samuel: Demokratiefierne Rebellionen. Pegida und die Renaissance völkischer Verschwörungsphantasien, in: Frindte, Wolfgang u.a. (Hg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen (=Edition Rechtsextremismus), Wiesbaden, 2016, 359-366.
- Schedler, Jan/Häusler, Alexander (Hg.): Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden, 2011.
- Schellenberg, Britta: „Lügenpresse“? „Rechtsextremismus“ und „Rassismus“ in den Medien, in: Frindte, Wolfgang u.a. (Hg.): Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden, 2016, S. 309-340.
- Schulze, Christoph: Das Viersäulenkonzept der NPD, in: Braun, Stephan / Geisler, Alexander / Gerster, Martin (Hg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden, 2009, S. 92-108.
- Storz, Wolfgang: „Querfront“. Karriere eines politisch-publizistischen Netzwerks, Frankfurt a. M., 2015.
- Staud, Toralf: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, 3. Auflage, Köln, 2009.
- Vorländer,Hans: Pegida. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung, Wiesbaden, 2016.